



# BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Mit Bestürzung und Entsetzen ob der furchtbaren Anschläge in Würzburg, München und Ansbach reagierten die Regierungen in Bund und Freistaat und auch die kommunalen Repräsentanten. In Trauerfeiern und Gedenkgottesdiensten wurde der Opfer gedacht und der zahlreichen

Helfer, insbesondere der bayerischen Polizei und den Rettungskräften, gedankt. Innenminister Joachim Herrmann kündigte inzwischen intensive Ermittlungen und eine deutliche Stärkung der Sicherheitskräfte an (vgl. Seite 3). Bildarchiv Bayerischer Landtag, Bild: Rolf Poss

## 4. Bayerisches Wasserkraftforum in Hirschaid:

# Starke Stimmen für die Wasserkraft

Die Wasserkraft kann bei der Umsetzung der Energiewende einen wichtigen Beitrag leisten. Sie ist Bayerns wichtigste zuverlässige und älteste erneuerbare Stromquelle. Das 4. Bayerische Wasserkraftforum im Energiepark Hirschaid bei Bamberg bot für die verantwortlichen Repräsentanten von Bayerns Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken breiten Raum für den fachlichen Informations- und Erfahrungsaustausch.

Über 30 Partner und Aussteller präsentierten den zahlreichen Gästen in der element-e Halle ihre Innovationen und Angebote. Zudem standen ein Dutzend Fachvorträge, unter anderem zum Thema „Wasserkraft in Bayern – aktuelle Entwicklungen“ als Gastbeitrag des Ministerialdirigenten

Rudolf Escheu (Leiter der Abteilung Erneuerbare Energien, Energieeffizienz im Bayerischen Wirtschaftsministerium) oder auch über „Wasserkraft im kommunikativen Umfeld der Energiewende“ von Dr. Albrecht Schleich (Vorstand der Rhein-Main-Donau AG) auf der Agenda.

das Gesamtsystem zu integrieren. Auch aus diesem Grunde wäre der Ausbau der Wasserkraft in Bayern unverzichtbar. Ihr Appell: „Lassen Sie uns die Chancen ausloten, die die sorgsame Nutzung der Wasserkraft bietet und gemeinsam daran arbeiten, in einem guten Dialog mit der Bevölkerung das Für und Wider qualifiziert abzuwägen, damit wir der Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder gerecht werden!“

### Einsatz für bayerische Interessen

Ministerialdirigent Rudolf Escheu zufolge hat sich die Zahl der Wasserkraftanlagen gegenüber 2015 um 26 erhöht. Der Zubau in absoluter Höhe von 2,5 MW erfolgte allerdings ausschließlich in der Leistungsklasse kleiner 1 MW. Die Leistung der 7 bayerischen Pumpspeicherkraftwerke beläuft sich auf rund 540 MW; die Speicherkapazität beträgt rund 4.500 MWh. Die Jahreserzeugung liegt im langjährigen Mittel bei rund 12,5 TWh (= 12,5 Mrd. kWh). Damit liefert die Wasserkraft rund 14 % der Bruttostromerzeugung in Bayern.

Wie der Vertreter des Bayerischen Wirtschaftsministeriums weiter mitteilte, enthält die vom Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Energie verabschiedete EEG-Novelle 2016 keine Ausschreibungen für Wasserkraftanlagen (Grund: kein ausreichender Wettbewerb wegen geringer Anzahl der geplanten Anlagen). Auch gebe es keine substanziellen Änderungen für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Wasserkraft. Die Höhe der anzulegenden Werte ist durch § 40 gesetzlich bestimmt. In anzulegenden Werten greift die Degressionsregelung aus dem EEG 2014 (2 \* 0,5 %): bei Bemessungsleistung von mehr als 50 Megawatt: 3,47 ct/kWh; bis einschließlich einer Bemessungsleistung von 500 Kilowatt: 12,40 ct/kWh. Escheu: „Wir werden uns weiterhin für die bayerischen Interessen stark einsetzen. Wir arbeiten an Maßnahmen insbesondere im Rahmen der Energieeffizienz weiter. Wir setzen den Dialog fort.“ (Fortsetzung auf Seite 4)



Energiepark-Chef Frank Seuling, Ministerialdirigent Rudolf Escheu, GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel, RMD-Vorstand Dr. Albrecht Schleich und Hirschaid's Erster Bürgermeister Klaus Homann (v. l.). Bild: Jessica Kassner



Am Rande des KPV-Sommerempfangs führte Staatssekretär Albert Füracker Gespräche mit Landrat Stefan Rößle, Oettingens Bürgermeisterin Petra Wagner und Bürgermeister Hubert Eberle aus Oberndorf. Die Kommunalpolitiker nutzten die Gelegenheit, ihre Anliegen bezüglich des geplanten Mittelzentrums Oettingen/Wassertrüdingen bzw. die Bitte um Erhöhung der staatlichen Mittel für die Dorferneuerung vorzutragen. Bilder: Jörg Kunstmann



## KPV-Sommerempfang 2016:

# Im Dienste des Gemeinwohls

„Wir haben als KPV viel erreicht, aber wir haben noch viel vor!“ Mit diesem Zitat von Stefan Rößle lässt sich der Grundtenor des Sommerempfangs der KPV in München zusammenfassen. Wie der Landesvorsitzende betonte, sollte damit den kommunalen Führungskräften für deren politische Arbeit und Engagement im Dienste des Gemeinwohls gedankt werden.

Vor mehr als 100 Gästen erklärte Rößle, dass die KPV bestens auf allen politischen Ebenen vernetzt sei. „Wir bündeln kommunale Interessen, die direkt von der Basis kommen und bringen sie auf direktem Wege zu den entsprechenden Entscheidungsträgern.“

Der Landesvorsitzende verwies dabei auch auf aktuellem Anlass auf die Erfolge der KPV bei den Verhandlungen zum Kommunalen Finanzausgleich 2017. „Es freut uns, dass man unsere Forderungen zur Erhöhung der Zuweisung nach Art. 10 des Finanzausgleichsgesetzes auf 500 Millionen Euro und zur Mittelerhöhung beim Personal über die Pro-Kopf-Pauschale im Art. 7 erfüllte.“ Damit könnten die Kommunen mehr investieren.

Ehrgast MdL Albert Füracker, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, unterstrich, dass kein anderes Bundesland seine Kommunen so unterstützt wie Bayern. Das hohe Vertrauen der Staatsregierung in die Kommunen werde auch beim Landesentwicklungsplan sichtbar. „Entscheidungen sollen vor Ort

aktiviert werden“, so Füracker zur Strategie des LEP. Mit Blick auf den Zuzug von Flüchtlingen sprach er von großem Engagement der bayerischen Behörden, aber gerade auch der Bevölkerung. Der Freistaat stelle für die Versorgung und Unterbringung heuer 3,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Das zeige auch die Ernsthaftigkeit Bayerns im Umgang mit dem Thema Integration. Des Weiteren stellte Landesgeschäftsführer Jörg Kunstmann den neuen Facebook-Auftritt der KPV vor, der unter facebook.com/



Allgemeine Verunsicherung greift um sich, nachdem es an diversen Orten in Bayern zu Anschlägen und Amokläufen kam. Der Bürgermeister lässt sich davon nicht aus der Ruhe bringen. Gerade jetzt sei es wichtig, das öffentliche Leben aufrecht zu erhalten und sich nicht einschüchtern zu lassen. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

## Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

In der Mittagspause hatten die Gäste Gelegenheit, an einer Führung durch den Energiepark Hirschaid teilzunehmen. Inhaber Frank Seuling informierte über ein einzigartiges, innovatives Gebäudekonzept in Verbindung mit über 20 installierten Energietechnologien sowie nachhaltiger Innen- und Außenarchitektur.

Als neues und nachhaltiges Veranstaltungszentrum in der Metropolregion Nürnberg setzt der Energiepark Hirschaid auf die Organisation und Durchführung von green meetings & events. 2014 wurde die Aktionsplattform mit dem Green Building Award ausgezeichnet.

GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel verwies in ihrer Begrüßung auf das Potenzial der Wasserkraft, die anderen, stark schwankend einspeisenden erneuerbaren Energien aus Sonne und Wind in

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Kabinettsklausur: Chancen im ganzen Land	2
<b>GZ-Kolumne Josef Mederer: Faire Finanzierung der Jugendhilfe</b>	<b>3</b>
Neues Sicherheitskonzept: Sicherheit durch Stärke	3
Hanns-Seidel-Stiftung: Umfangreiche Leistungsbilanz	4
Investitionsschub für Krankenhäuser	5
<b>GZ-Fachthemen: Kommunaler Garten- und Landschaftsbau</b>	<b>7</b>
<b>Kommunale Bauthemen</b>	<b>8-9</b>
<b>Wasser- Abwasser</b>	<b>10-12</b>
Aus den bayerischen Kommunen	13-16

## BKPV-Geschäftsbericht 2015:

# Chancen und Stolpersteine

**Aktuelle Fragen aus der Prüfungs- und Beratungstätigkeit bilden den Schwerpunkt des Geschäftsberichts 2015 des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, München. Neben Erkenntnissen aus Geschäftsprozessen als Basis für Entscheidungen kommunaler Organe und Verwaltungen sowie Informationen zur Eingruppierung nach dem Tarifvertrag Versorgungsbetriebe (TV-V) werden die Themen Baugrunderkundung sowie Überleitungsfälle zur HOAI 2009 und zur HOAI 2013 und darüber hinaus die Neuregelung der Umsatzbesteuerung von Körperschaften des öffentlichen Rechts eingehend beleuchtet.**

In ihrem Beitrag zum Geschäftsprozessmanagement weisen Martin Götz, Astrid Gattinger, Volker Schafberger und Oliver Wyrich darauf hin, dass im Rahmen ihrer Beratungsleistungen bei der Modellierung überwiegend folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- rechtliche Rahmenbedingungen und Standards einhalten, um die Qualität der Ergebnisse zu sichern oder zu verbessern
- Bürgerorientierung verbessern
- E-Governmentfähigkeit der Prozesse sicherstellen
- Schnittstellen und behördenin-

ternen Kommunikationsaufwand minimieren

- vorhandene Programmöglichkeiten nutzen
- Liegezeiten feststellen
- Vergleichsmöglichkeiten schaffen und Kennzahlen generieren
- Prozesse als Grundlage für Organisationsarbeit (Stellenbemessung, Stellenbewertung) nutzen.

Weitere Schwerpunkte und Ziele bei der Prozessherhebung können die Erstellung eines internen Kontrollsystems, der Aufbau eines Wissensmanagements, einheitliche Standards in der Sachbearbei-

tung (Handbücher zur Einarbeitung neuer Kollegen u. a.) oder die interkommunale Zusammenarbeit sein. In diesen Fällen seien weitere Informationen zu erheben.

Wenn Prozesse angestoßen werden, sollten zudem die Notwendigkeit und die Anforderungen eines internen Kontrollsystems aus Wirtschaftlichkeitsgründen direkt berücksichtigt werden. Bei den Prozessen sind zusätzliche Informationen, wie z. B. Risiken und Kontrollmöglichkeiten, zu erheben. Bei der Konzeption eines internen Kontrollsystems sollte geprüft werden, ob bereits vergleichbare Grundlagen in der jeweiligen Kommune vorhanden sind oder erarbeitet werden.

## Prozessoptimierung

Wie die Autoren betonen, „ist in den Kommunen häufig unklar, wie und mit welchem Aufwand Prozesse ablaufen. Zudem wird sichtbar, dass selbst standardisierte Prozesse mit zum Teil festgelegten Aktivitäten im interkommunalen Vergleich sehr unterschiedlich durchgeführt werden.“

Der erste Schritt zur Prozessoptimierung bestehe darin, die richtige Auswahl von optimierungswürdigen und -fähigen Prozessen zu finden. Ausschlaggebend könnten hier die Verbesserung des Bürgerservices, Fallzahlen, Ressourcenbindung, Fehlerhäufigkeiten, Komplexität oder auch der Einsatz von E-Government-Komponenten sein. Weiter könnten Prozessoptimierungen durch Organisationsuntersuchungen mit den Zielen einer Verbesserung der Leistungsprozesse bzw. der gesamten Ablauforganisation initiiert werden.

„Prozessoptimierung ist immer im Zusammenhang mit Informationstechnologie zu sehen und zu steuern“, heißt es. Wenn Prozesse identifiziert sind, könne fachlich und sachlich fundiert die erforderliche Hard- und Software beschafft werden. Ohne die Analyse von prozessorientierten Anforderungen bestehe die Gefahr, dass die eingeführte Software nur bedingt genutzt wird. Die Verantwortung der Umsetzung der Prozessoptimierung sollte auf der Fachebene liegen. Nur so sei die notwendige Akzeptanz zu erzielen, die wiederum Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung der Verbesserungen ist.

Im September 2015 wurde der Ergänzungsband 2015 zur VÖB/C 2012 eingeführt. Die jahrzehntlang praktizierte Beschreibung des Baugrunds mittels Boden-, Fels- und Vortriebsklassen wurde darin aufgegeben. Der Baugrund ist stattdessen nach den Vorgaben der neuen Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen (ATV) mit Hilfe von Homogenbereichen zu beschreiben. Dies gilt für bayerische kommunale Auftraggeber bereits seit September 2015.

Der Geschäftsberichtsbeitrag „Die Beschreibung des Baugrunds mittels Homogenbereichen statt Bodenklassen - Chance oder Stolperstein für den kommunalen Auftraggeber?“ von Andreas Wernthaler soll den kommunalen Bauherrn an die neue Thematik „Homogenbereiche“ herführen und Chancen, Möglichkeiten, aber auch Risiken, die mit der Baugrundbeschreibung mittels Homogenbereichen einhergehen, aufzeigen.

Um die zur Bestimmung der Homogenbereiche erforderliche, aufeinander aufbauende Zusammenarbeit zwischen Objektplaner und Baugrundsachverständigem zu ermöglichen, wird vorgeschlagen, die Baugrunderkundung in folgenden drei Stufen abzuwickeln:

1. Voraberkundung; Gemein-

same Festlegung der relevanten Tiefbaugewerke durch Bauherrn, Objektplaner und Geotechniker; Vorschlag des Baugrunduntersuchungsprogramms durch den Geotechniker

2. Freigabe und Beauftragung des Baugrunduntersuchungsprogramms durch den Bauherrn; Durchführung des Baugrunduntersuchungsprogramms

3. Baugrundsachverständiger und Objektplaner legen gemeinsam die gewerkbezogenen Homogenbereiche fest; Baugrundsachverständiger erstellt den geotechnischen Bericht nach DIN EN 1997-2 und fertigt den geotechnischen Längsschnitt.

„Wenngleich mit der Einführung der Baugrundbeschreibung mittels Homogenbereichen noch nicht in allen Leistungsbereichen des Tiefbaus eine eindeutige und erschöpfende Leistungsbeschreibung im Sinne von § 7 VOB/A erreicht wird, lässt sich in der Gesamtschau feststellen, dass sich der Baugrund durch die Einstufung in Homogenbereiche insgesamt zweckoptimiert und genauer beschreiben lässt, als dies

## Kabinettsklausur in St. Quirin:

# Perspektiven für Bayern

**Bei seiner Klausurtagung in St. Quirin am Tegernsee hat der Ministerrat ein Strukturkonzept beschlossen. Chancen im ganzen Land - dafür stehe die Heimatstrategie der Landesregierung mit ihren fünf Säulen kommunaler Finanzausgleich, Strukturentwicklung für ganz Bayern, Breitbandausbau und eGovernment, Nordbayern-Initiative und Behördenverlagerung.**

„Die Bayerische Verfassung gibt uns den Auftrag, für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in allen Regionen zu sorgen (Art. 3 Abs. 2 Satz 2 BV). Für Chancen, Arbeit, Perspektiven im ganzen Land haben wir große Erfolge erreicht: Die Arbeitslosenzahlen in den Regierungsbezirken sind niedrig und haben sich in den letzten Jahren weitgehend angenähert. Im Jahr 2005 betrug die Spannweite zwischen den Regierungsbezirken in Bayern noch 3,4 Prozent, während sie im Jahr 2015 mit nur noch 1,2 Prozent um zwei Drittel niedriger lag. In den letzten zehn Jahren sind 900.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Dies ist die Ernte einer jahrzehntelangen offensiven Strukturpolitik wie etwa durch die Gründungen der Fachhochschulen und Existenzgründerzentren überall im Land. In der Hochschulpolitik schaffen wir mit dem Universitätsklinikum Augsburg und der Hochschule Straubing für Biotechnologie und Nachhaltigkeit nochmals zwei neue Leuchttürme“, gab die Staatsregierung bekannt.

## Niedrigste Arbeitslosigkeit

Beste Ausweis für das positive Klima seien die aktuell niedrigste, jemals gemessene Arbeitslosigkeit und die steigenden Geburtenraten: „Bayern ist Chancenland. Diesen Weg gehen wir weiter und fördern den Aufschwung gezielt in strukturschwächeren Kommunen und Räumen mit besonderem Handlungsbedarf, die es in jedem Regierungsbezirk gibt. Dafür wollen wir noch punktgenauer und vernetzter handeln.“

Chancen im ganzen Land - dafür stehe die Heimatstrategie mit ihren fünf Säulen kommunaler Finanzausgleich, Strukturentwicklung, Breitbandausbau und eGovernment, Nordbayern-Initiative und Behördenverlagerung. 2015 habe man den Startschuss für die größte Behördenverlagerung der letzten Jahrzehnte gegeben und damit starke Signale für Standortentscheidungen der Wirtschaft ausgesandt: „Wir verlegen über 50 staatliche Einrichtungen in ländliche Regionen (mit über 3.155 Personen: 2.225 Beamte und Tarifbeschäftigte sowie 930 Studierende).“

Eine strukturelle Leitentscheidung war insbesondere die Eta-

## Serviceforum:

### „Bürgererlebnis 2020: Herausforderungen und Konzepte in Kommunen“

Gemeinsam mit der Bayerischen Gemeindezeitung und der TÜV SÜD Management Service GmbH veranstalten das Institut für Public Management und die Hochschule für angewandtes Management am 1.12.2016 das 2. Serviceforum „Bürgererlebnis 2020: Herausforderungen und Konzepte in Kommunen“.

Prominente Praxisbeispiele und neueste wissenschaftliche Erkenntnisse rund um die Themen Bürgerorientierung, Bürgerservices und Bürgerbüroösungen garantieren einen informativen Tag. Angesprochen sind dabei vor allem die Spitzen der Kommunalverwaltungen und die jeweiligen Fachverantwortlichen. Der Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben. □

bisher mittels der Bodenklassen erfolgte“, erläutert Wernthaler.

## Baugrunderkundung

Selbst wenn im Bereich der Baugrunderkundung durch die Einführung der Homogenbereiche Mehrkosten im Bereich der Baugrundgutachten entstehen sollten, dürfte es sich laut Wertmaler aus heutiger Sicht um eine gute Investition handeln, da mit der Einführung von Homogenbe-

reichen die Chance verbunden ist, das Nachtrags- und Streitpotenzial deutlich zu verringern.

Ob sich diese Chance tatsächlich verwirklicht, könne nur die Praxis zeigen, wobei naturgemäß Statistiken der durch sachgerechte Planung „vermiedenen“ Mehrkosten kaum erstellbar sind, da es diese eben nicht gibt. „Durchaus kann und muss aber beobachtet werden, ob Nachtragsstreitigkeiten im Bereich der Tiefbauarbeiten zurückgehen oder nicht.“ **DK**

Forsten wird 200 Beschäftigte nach Ruhstorf verlagern, um dort eine Zweigstelle der Landesanstalt für Landwirtschaft aufzubauen. Es soll ein Zentrum für angewandte, praxisorientierte Agrarforschung (Mögliche Themen: Digitalisierung, Tierwohl, landwirtschaftliche Produktion und Vermarktung) entstehen. Die Stellen werden von Standorten aus dem Großraum München zur Verfügung gestellt. Aufgrund der Lage Ruhstoffs ergeben sich für die Zukunft interessante Kooperationsmöglichkeiten mit der in Planung befindlichen Agrarhochschule in Reichersberg, Oberösterreich und der Universität Passau (Digitalisierung). Im südöstlichen Bereich des Landkreises Passau wird an der A94 bis zum Jahr 2022 eine zur Autobahnverwaltung Südbayern gehörige neue Autobahnmeisterei mit rund 30 Mitarbeitern errichtet.

## Polizeikooperationszentrum

• In Passau wird dauerhaft das Deutsch-Österreichische Polizeikooperationszentrum etabliert, um insbesondere die Koordination polizeilicher Kontrollmaßnahmen und die Rückführung von Ausländern sowie die Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität zu unterstützen. In der zunächst ersten Ausbaustufe arbeiten dort 34 Polizeibeamte rund um die Uhr (13 Bundespolizisten, 11 Bayerische Polizei, 10 Österreichische Polizei).

• In Freyung soll ein Trainingszentrum für alle Spezialeinheiten der Bayerischen Polizei errichtet werden. Neben den übenden Einheiten sind mindestens 50 Mitarbeiter für den Betrieb der Einrichtung vorgesehen.

Mittelfristig soll der Standort auch für die Ausbildung neuer Polizeianwärter ausgebaut werden.

• Die in Wegscheid eingerichtete Außenstelle des Landeskriminalamtes (LKA) mit zunächst 10 Mitarbeitern wird zur Zeit für die Unterbringung von 24 Mitarbeitern umgebaut. Bis zum Jahr 2022 wird die Dienststelle auf 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgebaut.

• In der nördlichen Oberpfalz unterstützt und fördert man die Planungen des Bayerischen Roten Kreuzes, ein Ausbildungszentrum zur Katastrophen- und Terrorabwehr für alle Rettungsorganisationen in Bayern zu errichten. Auf der Grundlage einer gemeinsamen Vereinbarung aller Rettungsorganisationen soll das BRK

(Fortsetzung auf Seite 4)

## Wir gratulieren

### ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dr. Karl Dürner  
84419 Schwindegg  
am 11.8.

### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Werner  
96274 Itzgrund  
am 2.9.

Bürgermeister Wolfgang Back  
97708 Bad Bocklet  
am 5.8.

Bürgermeister  
Klemens Holzmann  
82436 Eglfing  
am 8.9.

Bürgermeister Helmut Angl  
86983 Lechbruck  
am 14.9.

Bürgermeister Dr. Herbert Heiml  
84559 Kraiburg a. Inn  
am 18.8.

Bürgermeister Hans Peis  
85467 Oberneuching  
am 22.8.

### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Hörmann  
85469 Walpertskirchen  
am 6.9.

Landrat Klaus Peter Söllner  
95326 Kulmbach  
am 6.9.

Bürgermeister Ludwig Robold  
84061 Ergoldsbach  
am 7.9.

Bürgermeister Franz Schönmoser  
94094 Roththalmünster  
am 9.9.

Bürgermeister  
Karl-Heinz Kandler  
96166 Kirchlauter  
am 10.9.

Bürgermeister Gerhard Martin  
86641 Rain am Lech  
am 10.9.

Bürgermeister Anton Birle  
86473 Ziementshausen  
am 12.8.

Bürgermeister Helmut Krämer  
91332 Heiligenstadt  
am 13.9.

Bürgermeister Piet Mayr  
85604 Zorneding  
am 16.8.

Bürgermeister Reinhard Heinrich  
85293 Reichertshausen  
am 17.8.

Bürgermeister Josef Flatscher  
83395 Freilassing  
am 23.8.

Bürgermeister Norbert Gräbner  
96364 Marktrodach  
am 23.8.

Bürgermeister Dr. Wieland Gsell  
97225 Zelligen  
am 23.8.

Bürgermeister Manfred Schüßler  
63840 Hausen  
am 28.8.

### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jan Neusiedl  
82031 Grünwald  
am 6.8.

Bürgermeister Xaver Gmach  
93480 Hohenwarth  
am 9.9.

Landrat Franz Löffler  
93413 Cham  
am 10.9.

Bürgermeister Andreas Zuschlag  
97859 Wiesthal  
am 11.8.

Bürgermeister Dr. Jürgen Pfeiffer  
91560 Heilsbrunn  
am 11.9.

Bürgermeister Peter Kornell  
97332 Volkach  
am 11.9.

Bürgermeister Johann Gaßlbauer  
84552 Geratskirchen  
am 23.8.

### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Seitz  
63829 Krombach  
am 4.8.

Bürgermeister Michael Kusch  
89367 Waldstetten  
am 8.8.

Bürgermeister Wolfgang Desel  
96129 Strullendorf  
am 12.9.

Bürgermeisterin Andrea Mickl  
85080 Gaimersheim  
am 13.9.

Bürgermeister Wolfgang Jarasch  
86485 Biberbach  
am 15.8.

Bürgermeister  
Andreas Kemmelmeier  
85774 Unterföhring  
am 19.8.

### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Anton Margreiter  
83677 Greiling  
am 8.9.

Bürgermeister Reiner Rewitzer  
92714 Pleystein  
am 14.9.

Bürgermeister Ernst Kandlbinder  
94151 Mauth  
am 25.8.

Bürgermeister Christian Süß  
94536 Eppenschlag  
am 29.8.

Bürgermeister Markus Baierl  
94164 Moosthenning  
am 31.8.

### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Richard Reischl  
85241 Hebertshausen  
am 28.8.

### ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Björn Jungbauer  
97268 Kirchheim i. Ufr.  
am 13.9.

## Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

## Reaktion der Landesregierung auf Anschläge:

## „Sicherheit durch Stärke“

Bei seiner Klausurtagung in St. Quirin am Tegernsee hat der Ministerrat in Reaktion auf die Geschehnisse in Würzburg, München und Ansbach das neue Sicherheitskonzept „Sicherheit durch Stärke“ beschlossen.

Die Staatsregierung skizziert die Situation drastisch: „Die schrecklichen Geschehnisse in Würzburg, München und Ansbach sind ein Angriff auf unsere Sicherheit, auf unsere Freiheit. Würzburg und Ansbach zeigen: Der islamistische Terrorismus ist bei uns in Bayern angekommen. Anschläge wie in Paris, Brüssel und Nizza, menschenverachtende Gewalt wie zuletzt beim Anschlag in einer französischen Kirche sind eine neue Dimension des Terrors. Terroristische Gefahren, organisierte Kriminalität, Internet- und Computerkriminalität führen zu einer akuten Bedrohungslage.“

Nun müsse der Rechtsstaat laut Ministerrat reagieren: „Die Bürger erwarten zu Recht, dass der Staat Kontrolle und Wehrhaftigkeit beweist, aber auch präventiv handelt. Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Sicherheit durch Stärke - dafür steht der Freistaat Bayern.“ Schon in den vergangenen Jahren habe man die Sicherheitsapparate kraftvoll ausgebaut. Deshalb sei Bayern das sicherste Land in Deutschland.

Wegen der neuen Bedrohungslage sollen Polizei, Justiz und Verfassungsschutz weiter gestärkt werden: „Wir kämpfen für mehr Befugnisse für den Rechtsstaat, damit er nicht hinter den Möglichkeiten seiner Feinde zurückbleibt. In Bayern können sich Bürger darauf verlassen: Der Staat tut alles Menschenmögliche für ihre Sicherheit. Wir erwarten dringend, dass auch der Bund und Europa offensiv agieren. Jetzt muss gehandelt werden!“

Im Einzelnen benennt das Kabinett drei Schwerpunkte. Der erste ist „Sicherheit durch starke Polizei, Justiz und Verfassungsschutz“. Der zweite lautet „Integration und Prävention“, und der dritte ist „Zuwanderung begrenzen – Recht und Ordnung durchsetzen“.

### 1. Sicherheit durch starke Polizei, Justiz und Verfassungsschutz

#### Ausstattung der Justiz und Sicherheitsbehörden:

- Wir werden 2017 bis 2020 jedes Jahr zusätzlich 500 Polizisten und Polizistinnen einstellen - 2.000 Stellen für spürbar mehr Präsenz und Sicherheit.
- Wir statten die Polizei auch weiterhin mit modernster Ausrüstung aus, unter anderem mit ballistischen Helmen, neuartigen Schutzwesten, modernen Dienstwaffen und gepanzerten Fahrzeugen. Mit mobilen Geräten und Apps wird jeder Polizist die einsatzrelevanten Informationen sofort in der Hand haben.
- Wir verstärken unsere Observations- und Spezialeinsatzkräfte personell und rüsten sie mit modernster Technik aus.
- Wir intensivieren die Bekämpfung der Internet- und Computerkriminalität, u.a. durch Einsatz von mehr Internetpolizisten. Wir stärken das Kompetenzzentrum Cybercrime beim Bayerischen Landeskriminalamt und die Zentralstelle bei der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg. Wir wollen damit auch eine stärkere Überwachung und Kontrolle des sogenannten „Darknets“ erreichen. Wir verbessern den Schutz der Kinder vor den Gefahren des Internets.
- Die Polizei wird ihre Kapazitäten im Bereich der Sozialen Medien ausbauen, um Bürger sofort vor Gefahren zu warnen und zu informieren.
- Wir wollen eine schnelle Rechtsprechung und einen konsequenten Vollzug des Rechts. Wir werden auf allen Ebenen die Justiz personell besser ausstatten -

vom Justizwachtmeister über den Staatsanwalt bis hin zum Richter.

- Wir werden die Schlagkraft der Justiz im Bereich des Staatsschutzes erhöhen, z.B. durch eine neue „Zentralstelle Extremismus“ bei der Generalstaatsanwaltschaft München sowie gestärkte Staatsanwaltschaften und Gerichte.

- Wir werden die Videoüberwachung etwa an Bahnhöfen, in Zügen des öffentlichen Nahverkehrs oder an gefährlichen Orten ausbauen.
- Wir werden Maßnahmen zum Schutz des bayerischen Behördennetzes und der IT-Systeme des Freistaats ergreifen. Deswegen errichten wir ein neues Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI).

- Das Cyber-Allianz-Zentrum im Landesamt für Verfassungsschutz wird gestärkt zum Schutz der Wirtschaft, Forschung und kritischer Infrastrukturen vor elektronischen Angriffen.

- Die EU muss die gesetzlichen und technischen Voraussetzungen für eine Vernetzung der nachrichtendienstlichen und polizeilichen Datenbanken aller EU-Staaten schaffen.

#### Verschärfung der Rechtsgrundlagen:

- Gewalttätige Angriffe auf Polizisten, Justizbedienstete und Rettungskräfte müssen wesentlich schärfer bestraft werden. Das Strafmaß von derzeit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe oder Geldstrafe bei einem Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte soll in diesen Fällen erhöht werden auf eine Mindeststrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe. Dieser Schutz soll sich generell auf alle Handlungen im Zusammenhang mit dem Dienst erstrecken.

- Wohnungseinbruchdiebstähle müssen wirksamer bekämpft und schärfer bestraft werden. Im Strafrecht darf es keinen minder schweren Fall des Wohnungseinbruchs mehr geben. Wohnungseinbruch soll künftig generell als schweres Delikt gelten. Bei Wohnungseinbrüchen muss sowohl Telekommunikationsüberwachung als auch Verkehrsdatenerhebung möglich sein, auch wenn kein Bandendiebstahl vorliegt. Die Aufklärungsquote bei Wohnungseinbrüchen muss signifikant erhöht werden.

- Die Speicherung und Erhebung von Telekommunikationsverkehrsdaten muss praxisgerechter ausgestaltet werden. Auch die Anbieter von E-Mail-Diensten und die Betreiber Sozialer Medien müssen verpflichtet werden, Verkehrsdaten zu speichern. Der Straftaten-Katalog, der zu einer Verkehrsdatenspeicherung ermächtigt, muss erweitert werden, etwa um den Tatbestand der Terrorismusfinanzierung. Die Frist für die Speicherung von bisher nur zehn Wochen ist deutlich zu erhöhen.

- Für die Entschlüsselung einer chiffrierten Kommunikation über das Internet im Rahmen der Telekommunikationsüberwachung muss eine Rechtsgrundlage geschaffen werden (sog. Quellen-TKÜ).

- Verurteilte Extremisten, von denen weiterhin eine Gefahr ausgeht, müssen als ergänzendes Mittel mit einer elektronischen Fußfessel überwacht werden können. Dazu werden wir im Land die entsprechenden Rechtsgrundlagen schaffen und solche auch auf Bundesebene einfördern.
- Die Sympathiewerbung für terroristische und kriminelle Vereinigungen muss wieder unter Strafe gestellt und Vermögens-

einziehungen müssen erleichtert werden.

Für die Feuerwehren, Rettungsdienste und den Katastrophenschutz werden die bestehenden Einsatzkonzepte und Planungen an die neue Bedrohungslage angepasst. Die Staatsregierung unterstützt diese wichtigen Leistungen weiter umfassend und auf hohem Niveau.

Bürger schützen Bürger: Die ehrenamtliche Sicherheitswacht schaffe Sicherheit im öffentlichen Raum. Binnen vier Jahren soll von rund 770 auf 1.500 Mitglieder aufgestockt werden.

Außerdem soll der Einsatz der Bundeswehr im Innern zur Abwehr terroristischer Gefahren und zur Grenzsicherung über die bereits bestehenden Einsatzmöglichkeiten hinaus erleichtert werden. Dies soll dem Wunsch der Staatsregierung nach durch eine Änderung des Grundgesetzes klargestellt werden.

### 2. Integration und Prävention

Integration, Prävention und Sicherheit gehen Hand in Hand. Bayern schafft mit einem bundesweit einmaligen Integrationspaket die Grundlagen für eine gelingende Integration von vielen Flüchtlingen. Mit unserem Integrationsgesetz geben wir unseren Anstrengungen einen völlig neuen gesetzlichen Rahmen und nehmen ganz bewusst auch die Flüchtlinge und Zuwanderer in die Verantwortung für die Integration in unser Land.

- Wir werden zu den bestehenden Maßnahmen gegen Salafismus, Islamismus und Extremismus hinzu bayernweite Präventionsstrukturen aufbauen, um gezielt auch das Umfeld von Gefährdern zu sensibilisieren: In kommunalen Präventionsnetzwerken sollen alle eingebunden werden, die einen direkten Zugang zu gefährdeten Gruppen haben. Schulen, Polizei, Jugend- und Sozialarbeit sind in ständigem Austausch und bilden damit vor Ort eine wichtige Schnittstelle zwischen Prävention und Sicherheit. In speziellen Initiativen werden Mütter besonders sensibilisiert und befähigt, ihr Wissen über Radikalisierung und die Gefahren von Salafisten an andere Mütter weiterzugeben. Wir starten eine Radikalisierungsprävention auch im Internet.

- Eine zentrale Rolle bei der Integration haben die Einrichtungen der Jugendhilfe und die Schulen. In die Deutschförderung und Wertevermittlung wird weiter massiv investiert. An unseren Schulen wird Prävention und Krisenintervention von Schulpsychologen geleistet. Dies wollen wir weiter verstärken.

- Wir schaffen einen Krisendienst für Menschen in psychischen Notlagen. Das Gesetz zur Hilfe und zum Schutz psychisch erkrankter Menschen wird derzeit mit allen Beteiligten vorbereitet und wird die rechtliche Grundlage für diesen Krisendienst legen. Hochspezialisierte Berater werden bayernweit Betroffenen und deren Angehörigen rund um die Uhr zur Verfügung stehen und bei Bedarf schnelle Hilfe veranlassen. Wir werden die Gesundheitsverwaltung weiter stärken, um die Situation von Menschen mit psychischen Erkrankungen zu verbessern. Hierbei sollen Strategien und Konzepte weiter entwickelt werden.

- Wir werden die modernen Strukturen der Extremismusprävention und der Deradikalisierung im Justizvollzug ausbauen

### 3. Zuwanderung begrenzen – Recht und Ordnung durchsetzen

Bayern ist ein weltoffenes Land. Wir wollen keine Abscho-

GZ

Kolumne  
Josef Mederer

#### Liebe Leserinnen und Leser,

der Bezirkstag von Oberbayern hat in seiner Plenarsitzung Ende Juli einstimmig eine Resolution verabschiedet, die den Freistaat eindringlich auffordert, sämtliche Kosten für junge unbegleitete eingereiste minderjährige und junge erwachsene Flüchtlinge zu übernehmen, statt diese wie bisher teilweise auf die Kommunen abzuwälzen. Wir haben im Bezirkstag aber gleichzeitig sehr deutlich gemacht, dass diese Resolution sich nicht gegen die jungen Menschen richtet, sondern dass es ausschließlich um eine faire Finanzierung geht.

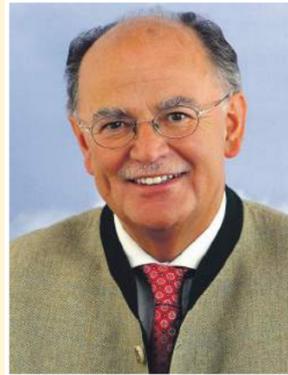
Das Kostenerstattungsverfahren im Flüchtlingsbereich ist bekanntlich kompliziert: Die

### Faire Finanzierung der Jugendhilfe

Kosten für unbegleitete eingereiste minderjährige Flüchtlinge übernimmt der Freistaat. Die Jugendlichen werden in den Landkreisen und kreisfreien Städten betreut. Die Kosten werden den Bezirken in Rechnung gestellt, die wiederum vom Freistaat dafür Geld bekommen. Abgesehen von zeitlichen Verschiebungen durch nachträgliche Abrechnungen funktioniert dieses Prinzip.

Auf den Kosten sitzen bleiben die Bezirke allerdings in den Fällen, in denen die ehemals Jugendlichen nun volljährig geworden sind, aber weiterhin in Maßnahmen der Jugendhilfe leben. Die Finanzierung läuft dann unverändert über die Jugendhilfe und nicht über das Asylbewerberleistungsgesetz. Konkret bedeutet das, dass den Bezirken diese Kosten nicht erstattet werden. Dies gilt oberbayernweit für einen sehr hohen Prozentsatz von jungen Erwachsenen. Zum Stichtag des 18. Geburtstags sind das je nach Landkreis und kreisfreier Stadt zwischen 70 und 90 Prozent.

Bereits 2016 werden sich für den Bezirk Oberbayern die damit verbundenen Kosten auf 66,7 Millionen Euro belaufen, können jedoch durch einen Griff in die Rücklage gedeckt werden. Dies beschloss der Bezirkstag mit großer Mehrheit und verabschiedete einen Nachtragshaushalt. Glücklicherweise haben wir in den letzten, finanziell prosperierenden Jahren unsere Schulden so gut es



ging getilgt und Rücklagen aufgebaut. Allerdings waren diese Rücklagen dafür gedacht, zukünftige Schwankungen im Steueraufkommen abzuf puffern und damit die Bezirksumlage auf Jahre stabil und kalkulierbar zu halten. Unsere Rücklagen sind eigentlich nicht dazu da, staatliche Aufgaben kommunal zu finanzieren! In anderen Bundesländern werden deshalb auch die Kosten für die jungen erwachsenen Flüchtlinge vom Land getragen. Dies muss auch in Bayern gelten, so

die Forderung von uns Kommunalpolitikern. Auch wenn sich die Kostenproblematik bisher nur in Oberbayern so drastisch darstellt, weil bei uns die mit Abstand meisten jugendlichen Flüchtlinge angekommen sind und trotz Königsteiner Schlüssel auch bleiben, ist abzusehen, dass zukünftig auch andere Bezirke tief in die eigene Tasche und damit wohl auch in die Taschen der Landkreise und kreisfreien Städte greifen müssen. Dies wird auf der Agenda sein, sobald neue Flüchtlinge nachkommen, die nach dem bayernweiten Verteilungsmodus dann vorerst nicht Oberbayern, sondern anderen Bezirken zugewiesen werden. Dort dürfte die Thematik somit zwar abgeschwächt und zeitverzögert ankommen, aber auch zum Problem werden.

Der Höhepunkt der Kostenwelle in Oberbayern ist indes noch nicht erreicht: Für 2017 rechnen wir mit etwa 165 Millionen Euro und daraus resultierend mit einer Erhöhung der Bezirksumlage um zwei Prozentpunkte. 2018 gehen wir von einer weiteren Steigerung auf knapp 180 Millionen Euro aus. Die Prognose bezieht sich nur auf die heutige Anzahl an Flüchtlingen und kalkuliert nicht ein, dass neue Flüchtlinge hinzukommen könnten und sicherlich auch werden.

Bei einer Besprechung mit den oberbayerischen Landräten und Oberbürgermeistern habe ich diese vorsichtige Hochrechnung in den Raum gestellt und erwartungsgemäß einen heftigen Aufschrei geerntet. Wir haben uns verabredet, einen gemeinsamen Termin mit dem Ministerpräsidenten zu erwirken, um ihm den kommunalpolitischen Sprengstoff dieser Problematik zu verdeutlichen. Ich baue sehr darauf, dass Horst Seehofer mit seinem politischen Instinkt erkennt, dass hier staatliche Hilfe Not tut. In der Zwischenzeit wird die Resolution an alle oberbayerischen Gemeinden, Städte und Landkreise sowie an den Bayerischen Bezirkstag geschickt.

#### Ihr Josef Mederer

Bezirkstagspräsident von Oberbayern  
Präsident des Bayerischen Bezirkstags

Bayern leistet seinen Beitrag, Menschen Obhut zu gewähren, die berechtigt Schutz vor Krieg, Vertreibung und politischer Verfolgung suchen. Unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten aber auch zu Recht, dass bei der Zuwanderung Recht und Ordnung durchgesetzt, Missbrauch abgestellt und Mängel beseitigt werden.

#### Sicherheit der Grenzen:

- Europa muss seine Außen Grenzen wirksam schützen. Die Sicherheitsbehörden der EU-Staaten müssen einen Zugriff auf das Europäische Fingerabdruck-identifizierungssystem EURO-DAC und auf das noch zu schaffende Europäische Ein- und Ausreiseregister erhalten. Asylverfahren müssen an den EU-Außengrenzen binnen drei Monaten durchgeführt und entschieden werden. Menschen ohne Schutzbedürfnis müssen bereits dort zurückgewiesen werden. Menschen mit Schutzbedürfnis müssen gerecht in ganz Europa verteilt werden. Dabei liegt die für eine gelingende Integration und wegen der Sicherheit verkraftbare Obergrenze von neuen Flüchtlingen für Deutschland bei jährlich 200.000 (für Bayern bei 30.000).
- Vereinbarungen mit Herkunft- und Transitstaaten außerhalb der EU können einen Beitrag dazu leisten, Zuwanderung in die EU zu steuern und zu begrenzen, ersetzen aber weder eine effektive Kontrolle der EU-Außengrenzen noch ein funktionierendes europäisches Asylsystem.

- Solange ein ausreichender Schutz der EU-Außengrenzen nicht gewährleistet ist, sind wirksame Kontrollen der Binnengrenzen unerlässlich. Auch im Interesse der Sicherheit unserer Bevölkerung müssen die Kontrollen an den Grenzen Deutschlands im notwendigen Umfang durchgeführt werden. Soweit die Bundespolizei dazu auf Hilfe angewiesen ist, erneuert Bayern sein Angebot zur Unterstützung durch die Bayerische Landespolizei.
- Bayern wird die Schleierfahndung verstärken und erwartet dies auch von anderen Ländern.
- Wer ohne Papiere einreist oder seine Identität nicht belegen kann, muss an den deutschen Grenzen zunächst festgehalten und gegebenenfalls zurückgewiesen werden. Die Staatsregierung hat dazu schon frühzeitig mit ihrem Vorschlag für Transitzentren das Notwendige gefordert. Wir brauchen eine klare Rechtsgrundlage, um ererkennungs dienliche Maßnahmen zwangsweise durchzusetzen, sowie eine europaweite Vernetzung und die erforderlichen Zugriffsmöglichkeiten der Sicherheitsbehörden auf Fingerabdruck- und DNA-Datensätze.
- Die nach den Dublin-Regeln bestehenden Möglichkeiten der Rückführung von Schutzsuchenden in EU-Staaten müssen konsequent genutzt werden.
- Der derzeitige Rückgang der Zuwanderungszahlen ist auf die Schließung der Balkanroute zurückzuführen. Bayern dankt Österreich, Ungarn, Mazedonien und den Staaten der Balkanroute

für ihr konsequentes Handeln.

- Es darf keine unkontrollierten Einreisen mehr geben. Weitere Visaliberalisierungen und Visafreierungen darf es vor einem effektiven EU-weiten System der Aus- und Einreisekontrollen nicht geben. Angesichts der Entwicklungen in der Türkei müssen die EU-Beitrittsverhandlungen gestoppt werden.

#### Fluchtursachenbekämpfung:

Bayern als Zielland für Migration stellt sich der Verantwortung, im Rahmen seiner Möglichkeiten Lebensperspektiven für Flüchtlinge und Migranten in ihrer Heimat oder deren unmittelbaren Nachbarländern zu verbessern. Dieses humanitäre Engagement Bayerns dient zugleich der Prävention: Wenn wir sichtbar dazu beitragen, dass die Situation der Menschen vor Ort verbessert wird, verringern wir den Migrationsdruck auf Europa. Daher beteiligen wir uns in eigener Verantwortung und ergänzend zum Bund und anderen Akteuren an einer Hilfe in ausgewählten Ländern, nämlich im Nordirak, im Libanon, in Tunesien und im Senegal. Wir fördern dort im Gesamtumfang von 20 Millionen Euro Projekte vorrangig in der Wasser- und Gesundheitsversorgung, der schulischen und beruflichen Bildung sowie für spezielle Frauen- und Verwaltungsprojekte.

#### Sicherheit, Transparenz, Recht und Ordnung beim Flüchtlingsgeschehen in Deutschland:

- Asyl in Deutschland darf nur gewährt werden, wenn das Vorbringen zur Asylgewährung auch (Fortsetzung auf Seite 4)

Jahresbericht 2015 der Hanns-Seidel-Stiftung:

## Umfangreiche Leistungsbilanz

**Auf ein bewegtes Jahr blickt der soeben erschienene Jahresbericht 2015 der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) zurück. Die Publikation zeigt die wichtigsten Entwicklungen der Stiftungsarbeit in den Bereichen Politische Bildung, Politikberatung, Begabtenförderung und Entwicklungszusammenarbeit auf. In über 60 Ländern waren Kompetenz und Expertise gefragt, um die Demokratie zu fördern oder die Armut zu lindern.**

Wie die Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, Prof. Ursula Männle und Hauptgeschäftsführer Dr. Peter Witterauf darlegen, „endete mit der ebenso notwendigen wie schwierigen Entscheidung, den Mietvertrag für Wildbad Kreuth nicht zu verlängern, die vierzigjährige Erfolgsgeschichte unserer politischen Begegnungsstätte“. Zugleich bedeutete dies den „Startschuss in eine neue Ära unseres Kernauftrags Politische Bildung, die wir mit innovativen Ideen und kreativem Elan bereits eingeläutet haben“.

### Inhaltliche Ausrichtung

Auch die unterschiedlichen nationalen und internationalen Krisenherde, angefangen von Syrienkrieg und Ukraine-Krise über die Terroranschläge auf europäischem Boden bis hin zur Flüchtlingskrise und dem Erstarren neuer populistischer Gruppierungen, hätten sich deutlich auf die inhaltliche Ausrichtung der Stiftungsarbeit ausgewirkt. Einen bisher nie beschriebenen Umfang, eine nie gekannte Dynamik und nie beobachtete Strukturen haben die Migrations- und Fluchtbewegungen weltweit angenommen. Konflikte, Menschenrechtsverletzungen und schlechte Regierungsführung, aber auch die Suche nach besseren sozioökonomischen Lebensbedingungen bringen immer mehr Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Experten gehen davon aus, dass sich die globale Migrations- und Fluchtproblematik vorerst nicht entschärfen wird. Die Hanns-

## Sicherheit ...

(Fortsetzung von Seite 3)

in einer mündlichen Anhörung - soweit notwendig unter Hinzuziehung der Nachrichtendienste - umfassend geprüft wurde. Bloße schriftliche Anhörungen dürfen nicht mehr genügen. Schnelle Asylverfahren dürfen nicht zu Lasten der Sicherheit gehen.

- Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat in den letzten Monaten eine Vielzahl von Asylverfahren ohne ausreichende mündliche Anhörung durchgeführt. Anerkannte Asylbewerber aus solchen Verfahren müssen nachträglich unter Sicherheitsgesichtspunkten überprüft werden.
- Wir müssen zuverlässig wissen, wer und wie viele Asylbewerber ins Land gekommen sind und kommen. Dafür ist eine verlässliche Datengrundlage zu schaffen und regelmäßig Transparenz für die Öffentlichkeit herzustellen.
- Wir müssen unter Sicherheitsgesichtspunkten besser wissen, was in Asylbewerberunterkünften geschieht. Hierzu sind die erforderlichen Überwachungsmaßnahmen unerlässlich.
- Ausländische Straftäter müssen schneller ihr Aufenthaltsrecht verlieren und schneller - auch in Krisengebieten - abgeschoben werden.

Ein Einwanderungsgesetz mit dem Ziel, die Zuwanderung auszuweiten lehnt die Staatsregierung ab: „Wir brauchen eine bessere Steuerung und eine effektive Begrenzung der Zuwanderung.“ □

Seidel-Stiftung führte insgesamt mehr als 40 Tagungen zu dem Themenkomplex Flucht und Migration durch. Zum Themenkomplex sind in der Stiftung 2015 zwölf Veröffentlichungen erschienen.

### Umbruchprozesse

Vielfältig eingebunden in die Umbruchprozesse einer volatilen Welt, habe sich die Hanns-Seidel-Stiftung auch im zurückliegenden Jahr als verlässlicher Partner und Ort des konstruktiven Dialogs erwiesen, so Männle und Witterauf. Sie habe Menschen Orientierung und eine geistige Heimat gegeben und ihnen, ausgehend von der facettenreichen Idee des christlichen Menschenbilds, Wissen und Werte vermittelt.

### Hohe Wertschätzung

Stellvertretend für die zahlreichen Rückmeldungen, die die Hanns-Seidel-Stiftung erreichen, mögen die folgenden Sätze des CSU-Vorsitzenden und Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer die hohe Wertschätzung zeigen, die Politiker, Projektpartner, Multiplikatoren und Seminarteilnehmer ihren weitgefächerten Aktivitäten entgegenbringen: „Mit frischem Schwung, mobil, flexibel und neugierig leistet die Hanns-Seidel-Stiftung erfolgreiche Arbeit. Das gilt sowohl für die politische Bildungsarbeit im Lande als auch für die vielfältigen Formen von Kontaktaufnahme im Ausland. Gerade bei außenpolitischen Themen kann die Stiftung wesentlich dazu beitragen, unsere Kompetenz zu verbessern und eigenständige Ansätze zu entwickeln. Im Auftrag von Demokratie, Frieden und Entwicklung leistet sie weltweit Vorbildliches.“

Zu den herausragenden Ereignissen im Jahr 2015 zählte die Verleihung des Franz Josef Strauß-Preises an den Schriftsteller und DDR-Dissidenten Reiner Kunze. Mit ihm ehrte die Hanns-Seidel-Stiftung im 25. Jahr der deutschen Wiedervereinigung einen Dichter, der sich, ideologischem Hass und Verfolgung trotzend, mutig und kompromisslos für die deutsche Einheit eingesetzt hat. Die festliche

## Starke Stimmen für...

(Fortsetzung von Seite 1)

Wie RMD-Vorstand Albrecht Schleich ausführte, habe die Energiewende die Position der Wasserkraft als ständig verfügbare und nicht volatile erneuerbare Energie gestärkt. Dadurch sei im Naturschutzbereich die Sorge vor ungebremstem Ausbau der Wasserkraft gestiegen. In der Folge hätten intensive Kampagnen gegen die Wasserkraft durch NGOs - von vielen Medien mitgetragen - stattgefunden. In der breiten Öffentlichkeit freilich sei das Image der Wasserkraftunternehmen sehr gut. Die Politik habe ein offensichtlich ambivalentes Verhältnis zur Rolle der Wasserkraft. Fakt sei: „Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verschlechtern sich für den Ausbau von Anlagen und für den Bestand nicht EEG-geförderter Anlagen größer 5 Megawatt.“

Nach Schleichs Worten benötigt die Wasserkraft in Bayern eine

Preisverleihung stellte zugleich den Höhepunkt einer ganzen Reihe von Veranstaltungen und Publikationen dar, in denen die Stiftung anlässlich seines 100. Geburtstags an Franz Josef Strauß erinnert hat.

Ein neuer Akzent konnte mit dem Umzug der Hauptstadtpresenztanz der HSS gesetzt werden. Nach wie vor befindet sie sich in unmittelbarer Nähe zu den bundespolitischen und internationalen Institutionen, verfügt aber nun über eigene Räum-

lichkeiten für Veranstaltungen.

## Landesaussstellung „Bier in Bayern“ in Aldersbach: Mythos und Markenzeichen

**Das im Jahr 1516 erlassene bayerische Reinheitsgebot feiert 2016 seinen 500. Geburtstag. Dieses für die bayerische Biergeschichte wichtige Ereignis ist der Anlass der Landesaussstellung „Bier in Bayern“, die vom Haus der Bayerischen Geschichte noch bis 30. Oktober 2016 im ehemaligen Zisterzienserkloster Aldersbach im Passauer Land gezeigt wird.**

Nach etwa einem Drittel der Laufzeit haben bereits 50.000 Besucher die Landesaussstellung verfolgt. Der Trend in Richtung 150.000 Besucher verstetigt sich. Damit besteht die Chance, dass das niederbayerische Dorf in seiner Landesaussstellung mehr Besucher begrüßen kann als die Städte Regensburg und Ingolstadt in den beiden Vorjahren. „Das wäre ein sensationeller Erfolg“, äußerte sich dazu der Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte Dr. Richard Loibl. Der Passauer Landrat Franz Meyer, Aldersbachs Bürgermeister Harald Mayrhofer sowie Brauereidirektor Ferdinand Freiherr von Aretin sehen dies genauso: „Die Begeisterung bei Einheimischen und Gästen ist vor Ort in Aldersbach direkt spürbar. So kann es weitergehen!“

### Kulturgeschichte

Mit einem feierlichen Festakt hatten der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer und Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle im Frühling die Bayerische Landesaussstellung „Bier in Bayern“ eröffnet. Auf etwa 1.500 Quadratmetern wird die Kulturgeschichte eines Elixiers präsentiert, das für Bayern viel mehr als nur ein Getränk darstellt: Bier - ein Mythos und gleichzeitig ein Markenzeichen des Freistaats, das heute das Bild Bayerns in

starke Stimme. Die 2015 ins Leben gerufene Initiative „Wasserkraft - Ja bitte!“ soll die positive Stimmung pro Wasserkraft in der Öffentlichkeit verstärken. Sie konzentriert und optimiert die Kommunikation der Wasserkraftunternehmen in Bayern und macht den Nutzen der Wasserkraft regional und lokal erlebbar.

Unter dem Motto „Wasserkraft erleben“ werden in ganz Bayern Besichtigungsmöglichkeiten angeboten. Detaillierte Informationen dazu finden sich auf der Internetseite [www.wasserkraft-ja-bitte.com/wasserkraft-erleben.html](http://www.wasserkraft-ja-bitte.com/wasserkraft-erleben.html).

**In Ausgabe 19/2016 der GZ, die am 13. Oktober erscheint, wird eine Dokumentation der Veranstaltung veröffentlicht. Unter <http://www.bayerisches-wasserkraftforum.de> stehen die Vorträge schon jetzt zum Download bereit.** DK

der Begabtenförderung noch einmal konzentriert und die ideale Förderung neu ausgerichtet.

Mit über 1.000 aktuellen und 3.000 ehemaligen Stipendiaten konnte die Stiftung auch 2015 ein starkes Zeugnis für ihre Überzeugung ablegen, dass die Gesellschaft zur Gestaltung der Zukunft insbesondere die Mitarbeit von Verantwortungseliten braucht.

der Begabtenförderung noch einmal konzentriert und die ideale Förderung neu ausgerichtet.

„Sau“ zu und in der Darre begegnet man dem Esel beim Mälzen. Die Sau und die Darre sind Stationen der alten Brautechnik, die an den Originalschauplätzen der alten Brauerei in Aldersbach zu erleben sind.

### Glorifizierter Rausch

Die Exponate reichen von Pfeifenköpfen und Schnupftabaksgefäßen mit derben oder lustigen Bildern über Zimmerstutzen, Dudelsack sowie einen frühen Musikautomaten bis hin zur Tischkegelbahn und alten Speisekarten. Wenn die Ausstellungsbesucher sich auf das Wagnis einlassen und zu tief in den einen oder anderen Maßkrug schauen, begegnen sie alten Jux-Postkarten, auf denen der Rausch glorifiziert und die Bierseligkeit gefeiert wird. Dabei ist ein kritischer Blick auf übermäßigen Bierkonsum und Alkohol angebracht, wie auch das in die Medizingeschichte eingegangene „Münchner Bierherz“ zeigt: Das Organ wuchs durch regelmäßigen Biergenuss von sage und schreibe 12 bis 15 Maß pro Tag auf die doppelte Größe eines normalen Herzens an.

### Alte Brautechnik

Überall in der Landesaussstellung gibt es Spannendes zu entdecken, vor allem zum Schauen, Hören, Riechen und Mitmachen. Heiß geht es zum Beispiel in der

## Perspektiven ...

(Fortsetzung von Seite 2)

das Zentrum mit maßgeblicher Unterstützung des Freistaats Bayern betreiben. Ein detailliertes Konzept soll zügig erstellt werden.

### Sozialverträgliche Verlagerung

Die Staatsregierung sicherte zu: „Wir verlagern sozialverträglich. Wir werden größtes Augenmerk auf eine frühzeitige und umfassende Beteiligung der Betroffenen legen.“ Bei der konkreten sozialverträglichen Ausgestaltung der Verlagerungen bekennt man sich zu dem Personalrahmenkonzept und die darin enthaltenen Garantien, wie es begleitend zur „Heimatstrategie: Behördenverlagerungen“ beschlossen wurde. Man wisse: „Eine erfolgreiche Verlagerung

gelingt nur gemeinsam mit den Beschäftigten!“

Die für die Umsetzung der Behördenverlagerungen zuständigen Ressorts (Staatsministerium für Gesundheit und Pflege; Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr;) werden beauftragt, dem Ministerrat ein jeweils mit dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat abgestimmtes Verlagerungs- bzw. Errichtungskonzept einschließlich einer zeitlichen Planung, der finanziellen Auswirkungen sowie ein Personaleinzelkonzept vorzulegen. Die Konzepte sind so rechtzeitig zu erstellen, dass erste Umsetzungsschritte bereits im Jahr 2017 verwirklicht werden können. □

### Gerechtere Ordnung

Für ihr Anliegen, weltweit eine gerechtere Ordnung zu schaffen, in der Menschen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen können, wurde auch im zurückliegenden Jahr weltweit intensiv gearbeitet. Entwicklungszusammenarbeit muss nach Überzeugung der Hanns-Seidel-Stiftung notwendigerweise mehr sein als



**Landrat Franz Meyer war stolz und glücklich, bei der Eröffnung der Bayerischen Landesaussstellung in Aldersbach neben Ministerpräsident Horst Seehofer (Bildmitte) „alles was Rang und Namen hat“ willkommen heißen zu dürfen.** □

„Bierselig“ Bayernbildes gezeigt.

### Fünftes Element

Darüber hinaus gilt es Menschen kennenzulernen: von Pionieren des Brauwesens über den Bierspion bis hin zu einer Kellnerin, die von ihrem harten Arbeitsalltag in der Zeit um 1900 erzählt. Mit dabei sind auch Bierberühmtheiten wie die legendäre Schützenliesel und Joseph Groll aus Vilshofen in Niederbayern, der als Vater des Pils gilt. Und dann geht es freilich auch um das richtige Behältnis für das Bier. Neben dem „Urmaßkrug“, dem klassischen Keferloher und dem uns heute allbekanntesten Maßkrug aus Glas werden edle Trinkgefäße aus Gold, Silber, Elfenbein und Porzellan präsentiert.

Bier gilt als Bayerns fünftes Element - so sah es der bayerische Staatsmann Wiguläus von Kreittmayr schon Mitte des 18. Jahrhunderts. Und Bayern ist bis heute Bierland geblieben. Darum geht es im großen Finale in der ehemaligen Bibliothek des Klo-

sters Aldersbach. In dem zehn Meter hohen Raum und unter dem beeindruckenden Deckengemälde von Matthäus Günther aus dem Jahr 1760 präsentiert die Landesaussstellung mit „Das Bier und seine Bayern“ ihren Schlussakkord. Dabei werden alle Facetten des „bierseligen“ Bayernbildes gezeigt.

Die Bierwerbung greift mit Vorliebe auf weiß-blaue Landschaftsidyllen, Trachten- und Rautendekors zurück. Im Film dominiert das Bier als unverzichtbares Element bayerischer Lebensart und Lebensfreude. Ob biervernarrter Außerirdischer, biertrinkender Ex-Dienstmann und Problem-Engel Aloisius oder Nachahmungen bayerischer Bierfeste und Wirtschaften in der ganzen Welt: Der Bier-und-Bayern-Mythos hinterlässt überall seine Spuren.

Bei der Vergabe der Landesaussstellung hatte sich Aldersbach gegen zwölf andere Kommunen im Freistaat durchgesetzt. Der Ort sei die perfekte Wahl, weil dort die Bierherstellung im authentischen Rahmen gezeigt werden könne, so Direktor Richard Loibl. Nur in Aldersbach gebe es sowohl eine historische als auch eine moderne Brauerei im Original. Hinzu käme das Klosterambiente mit einer der schönsten Barockkirchen Bayerns.

Seit kurzem darf sich „Bier in Bayern“ mit einem Preis rühmen. Denn die Konzeption, Recherche und Durchführung der Landesaussstellung wurde zusammen mit dem Rahmenprogramm vom Bayerischen Brauerbund mit der „Goldenen BierIdee 2016“ prämiert. DK

Bayerische Landesstelle für nichtstaatliche Museen:

## 40 Jahre kompetenter Rat und Service

Festakt in München mit Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle

Seit 1976 und damit seit 40 Jahren berät und unterstützt die Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern jene 1.250 Museen, die sich nicht – wie etwa Nationalmuseum und Pinakothek oder die Einrichtungen der bayerischen Schlösserverwaltung – in staatlicher Trägerschaft befinden. Aus bescheidenen Anfängen hat sich eine leistungsfähige, national und international vernetzte Fachbehörde entwickelt, die unter anderem auch den Infopoint Museen & Schlösser in Bayern in München betreibt.

Mit ihren (Kunst-)Historikern, Volkskundlern, Archäologen, Restauratoren, Gestaltern und neuerdings auch Spezialisten für digitale Strategien sowie Provenienzforschung ist sie kompetente Ansprechpartnerin für alle Fragen rund um die Museumsarbeit. Sie steht den nichtstaatlichen Museen im Freistaat mit Rat und Tat und nicht zuletzt auch Fördermitteln für wichtige Projekte zur Seite. Daneben lädt sie die Beschäftigten in den Museen zu einem umfangreichen Fortbildungsprogramm ein. Die Zeitschrift „Museum heute“ und mehrere Publikationsreihen bieten aktuelle fachliche Information.

„Museum der Zukunft“

Im Rahmen einer Feierstunde in der Münchner Residenz begrüßte Dr. Astrid Pellengahr, die Leiterin der Landesstelle, Gäste aus ganz Bayern und anderen Bundesländern sowie Vertreter von Partnerorganisationen in Österreich und Tschechien. Ein Podiumsgespräch, moderiert von Andrea Thilo, widmete sich dem „Museum der Zukunft“ (Teilnehmer: Dr. Astrid Pellengahr/Landesstelle, Dr. Thomas Richter/Städtische Museen Aschaffenburg, Prof. Dr. Bernhard Graf/Institut für Museumsforschung Berlin, Susanne Hermanski/SZ, Benita Steger/Team Stück). Umrahmt wurde die Veranstaltung vom Vokalartisten Sebastian Fuchs, der die Arbeit der Landesstelle und der Museen in Geräusche umsetzte.

Als „leistungsstarke Dienstleistungsbehörde, die den Museen kompetenten Rat und Service anbietet“, bezeichnete der Festredner, Bayerns Wissenschaftsminister Dr. Ludwig Spaenle, die Bayerische Landesstelle für nichtstaatliche Museen. Diese sei als Service- und Beratungseinrichtung die größte ihrer Art in ganz Europa.

Auch finanziell habe der Kulturstaat Bayern die nichtstaatlichen Museen massiv gefördert, allein in den vergangenen 10 Jahren mit rund 23 Millionen Euro. Die geplante Verlagerung des Sitzes der Landesstelle von München nach Weißenburg in Mittelfranken will Minister Spaenle gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gestalten.

Die Landesstelle hat sich als kompetente und unverzichtbare Partnerin bei Schutz und Erhalt unseres kulturellen Erbes erwiesen“, konstatierte der Minister. Damit sei sie ein wichtiger Teil des Landesamts für Denkmalpflege, dem sie organisatorisch angehört. Minister Spaenle dankte den hoch engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesstelle, die seit 2014 von Dr. Astrid Pellengahr geleitet wird.

Die Aufgabenschwerpunkte der Landesstelle haben sich im Laufe der vier Jahrzehnte stark gewandelt, derzeit liegen Schwerpunkte z. B. bei der Provenienzforschung, der Digitalisierung und der Inklusion.

Apropos Digitalisierung: Die Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern hat eine Initiative gestartet, um die digitale Präsenz der bayerischen Museen zu stärken. Mithilfe des Projekts sollen die Museen in die Lage ver-

setzt werden, die eigene digitale Kommunikations- und Vermittlungsstrategie zu prüfen und auf die Möglichkeiten bzw. Anforderungen der digitalen Gegenwart hin zu optimieren. Laut Astrid Pellengahr „wollen wir mit der Initiative den Aufbruch der nichtstaatlichen Museen in Bayern ins digitale Zeitalter befördern“.

Wie Minister Spaenle unterstrich, „ergänzt die Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen mit ihrer Initiative die Anstrengungen des Freistaats Bayern, die Chancen der Digitalisierung in der Kulturförderung zu nutzen,

um Kulturschätze und Kunst noch stärker bekannt zu machen und Interessenten dazu einzuladen, diese auch persönlich vor Ort anzusehen. So werden sie auch im Zeitalter von Tablets und Smartphones in neuer Weise zugänglich und attraktiv. Daraus ergibt sich eine besondere Chance, neue Zielgruppen für Kulturschätze aufzuschließen. Die neue Initiative der Landesstelle kommt gerade kleineren Museen und Sammlungen zugute, die sich die Erarbeitung einer digitalen Bildungs- und Präsentationsstrategie nicht leisten können.“

Kulturschätze

Spaenle erinnerte in diesem Zusammenhang auch an die Plattform bavarikon, auf der zentrale bayerische Kultureinrichtungen ihre Kulturschätze interes-

senten digital weltweit zugänglich machen – unabhängig von Zeit und Ort.

Performance verbessern

Konkret will die Landesstelle mit einem auf fünf Jahre befristeten Projekt die Aufstellung und Performance der bayerischen Museen im Netz deutlich verbessern. Im Zentrum stehen dabei „digitale Strategien“ der Gedächtniseinrichtungen und der Einsatz digitaler Medien bei Kommunikation und Vermittlung in Sammlungen bzw. Ausstellungen. Im Rahmen des Projekts werden die Voraussetzungen, Ziele, Plattformen und Instrumente, Nutzungsmöglichkeiten, Erfolgskriterien, aber auch empfohlene Ressourcen und Kompetenzen zum erfolgreichen Betrieb einer klassischen Website und flankierender Instrumente wie Newsletter, Social Media oder Apps untersucht.

Im Dialog mit ausgewählten Einrichtungen soll nun im nächsten Schritt ein Grundlagen- und Anforderungsprofil für eine ganzheitliche Online-Strategie erarbeitet werden, das für möglichst viele Museen als Orientierung und Anleitung empfohlen werden kann. **DK**

## Bayerns Bevölkerung 2015 deutlich gewachsen

Enormer Zuzug stellt Freistaat vor große Herausforderung

Nach der jüngsten Erhebung des Landesamts für Statistik ist die Bevölkerung Bayerns im vergangenen Jahr um ca. 152.000 Personen erneut deutlich gewachsen. Die Gesamteinwohnerzahl beläuft sich inzwischen auf 12,8 Millionen. Demzufolge hat sich das Wanderungssaldo mit dem Ausland im Vergleich zu 2014 nahezu verdoppelt. In dem massenhaften Zuzug von Ausländern sieht Innenminister Joachim Herrmann nach wie vor eine große Herausforderung. Er stehe dabei zu seiner Haltung, die Flüchtlingszahlen dauerhaft und deutlich zu reduzieren. Daher halte man auch weiterhin an einer Obergrenze für die Zuwanderung fest. Vernünftige Integration könne nur so gelingen. Dies sei und bleibe die klare Positionierung der Bayerischen Staatsregierung, erklärte der Innenminister.

Neben der Zuwanderung von Flüchtlingen sei der hohe Bevölkerungszuwachs auch auf die große Attraktivität und wirtschaftliche Anziehungskraft Bayerns zurückzuführen. Dafür stünden vor allem die außerordent-

lichen Beschäftigungszahlen im Freistaat, die auch auf Wanderungsgewinnen aus anderen Bundesländern (plus 4.011) sowie den Zuzug aus den EU-Ländern Rumänien und Polen beruhen. Dem habe Bayern in 2015 insbe-

sondere beim Wohnungsbau Rechnung getragen, wo 53.352 neue Unterkünfte fertiggestellt worden seien, erklärte Herrmann.

Positive Entwicklung

In seiner Einzelbetrachtung meinte der Innenminister, es habe zwar in allen Regierungsbezirken im vergangenen Jahr eine positive Entwicklung der Einwohnerzahlen gegeben, die regional jedoch sehr unterschiedlich ausgefallen seien. So habe die Bevölke-

## Integration gestalten und Richtung geben

Landtag setzt Enquete-Kommission ein

Auf Initiative der Grünen-Fraktion hat der Landtag in der vorletzten Plenarsitzung vor der Sommerpause die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur besseren Integration von Zuwanderern einstimmig beschlossen. Der Kommission gehören zehn Landtagsabgeordnete sowie neun externe Experten (Wissenschaftler) an. Den Vorsitz übernimmt der Nürnberger SPD-Abgeordnete Arif Tasdelen.

Bis Ende 2017 soll sich das Gremium intensiv mit der Situation von Migranten in Bayern beschäftigen und Vorschläge erarbeiten, wie Integration aktiv gestaltet werden kann. Auf Wunsch der CSU soll es dabei auch um den Sinn einer „Leitkultur“ für Migranten gehen. Neben Tasdelen als Vorsitzendem werden für die CSU u.a. Landtagspräsidentin Barbara Stamm, der Integrationsbeauftragte Martin Neumeyer sowie der Leiter der Grundsatzkommission Markus Blume dem Gremium angehören. Die Grünen entsenden Fraktionschefin Margarete Bause, die Freien Wähler ihren integrationspolitischen Sprecher Hans Jürgen Fahn. Nach der Geschäftsordnung des Landtags sind alle Sitzungen nichtöffentlich.

Integrationsgesetz

Tasdelen und Bause forderten von der CSU ihren umstrittenen Entwurf für ein Integrationsgesetz bis zum Abschluss der Kommissionstätigkeit zurückzuziehen. Dies lehnte die Mehrheitsfraktion spontan ab, zeigte sich jedoch für spätere Gesetzesände-

runge in Oberbayern mit 68.965 Personen am stärksten zugenommen, gefolgt von Schwaben (24.749), Mittelfranken (23.491), Niederbayern (14.561), der Oberpfalz (9.578), Unterfranken (7.199) und Oberfranken (3.403). Herrmann erklärte abschließend der Druck auf die Ballungsräume nehme weiter zu. **rm**

rungen offen. Tasdelen erklärte, Bayern brauche ein für alle gültiges Integrationskonzept. Integration dürfe künftig nicht mehr dem Zufall überlassen bleiben. Für Bause war die Einsetzung der Kommission ein „längst überfälliger Schritt“, da Bayern schon lange eine Einwanderungsgesellschaft sei. Das Gremium müsse Integrationshemmnisse aufdecken, um diese abzubauen.

Offene Gesellschaft

Nach Meinung des CSU-Abgeordneten Blume dürfe es in Bayern keine integrationsfreien Räume geben, da diese Nährboden für eine Radikalisierung seien. „Leitkultur“ beinhalte Toleranz und das Leben in einer offenen Gesellschaft. Dabei müssten Integrationsfähigkeit und -bereitschaft gleichermaßen gefördert werden. Der Integrationsbeauftragte Neumeyer räumte ein, dass beim neuen Integrationsgesetz noch gewisse Korrekturen möglich seien. Der Begriff „Leitkultur“ stehe jedoch nicht in Frage. Nach seiner Einschätzung werde das Gesetz noch im Oktober verabschiedet. Sozialministerin Emilia Müller warnte davor, die Integrationsfähigkeit der Bevölkerung zu überfordern. Schon daher sei eine Begrenzung der Zuwanderung nötig. Integration könne nur nach dem Grundsatz des „Förderns und Forderns“, der Akzeptanz der hiesigen Rechts- und Werteordnung sowie dem Erlernen der deutschen Sprache gelingen, erklärte die Ministerin abschließend. **rm**

## Investitionsschub für Krankenhäuser

Kabinett sichert 22 Bauvorhaben finanziell ab

Der Ministerrat hat jüngst das Startsignal für 22 neue Bauvorhaben an bayerischen Krankenhäusern gegeben. Das Gesamtvolumen dieser Maßnahmen beläuft sich auf rund 349 Millionen Euro. Gesundheitsministerin Melanie Huml betonte: „Wir brauchen eine leistungsfähige stationäre Versorgung und Krankenhäuser, die für die Menschen gut erreichbar sind. Die heute beschlossenen Investitionsmaßnahmen werden wesentlich dazu beitragen, die Qualität der bayerischen Kliniken noch weiter zu verbessern.“

Finanzminister Dr. Markus Söder erläuterte: „Nur wenn wir kontinuierlich in Gebäude und Medizintechnik unserer Krankenhäuser investieren, können wir die Herausforderungen einer sich wandelnden Medizin und einer immer älter werdenden Gesellschaft bewältigen. Gemeinsam mit den Kommunen stellen wir rund eine halbe Milliarde Euro Fördergelder für unsere Krankenhäuser in Bayern bereit.“

Gesicherte finanzielle Grundlage

Huml unterstrich: „Mit der heutigen Kabinettsentscheidung ist eine gesicherte finanzielle Grundlage für die Projekte geschaffen. Jetzt können die Krankenhäuser umgehend die weiteren Schritte für einen schnellen Baubeginn einleiten. Der Freistaat bleibt ein verlässlicher Partner bei der Modernisierung und Verbesserung der stationären Behandlungsangebote.“

Söder verwies auf die traditionell gute Finanzierung der Krankenhäuser in Bayern: „Bayern leistet bei der Finanzierung seiner medizinischen Einrichtungen deutlich mehr als andere Länder. Bei uns gibt es keinen Investitionsstau bei den Krankenhausfördermaßnahmen. Durch eine gute heimatnahe medizinische Versorgung der Menschen stärken wir besonders die ländlichen Regionen Bayerns. Gleichzeitig leisten wir so auch einen An Schub für Bauwirtschaft und Handwerk vor Ort und schaffen damit wichtige Arbeitsplätze.“

Klinikum Wasserburg

Herausragende Projekte sind unter anderem die Baumaßnahmen am kbo-Inn-Salzach-Klinikum Wasserburg (Förderbetrag 38,34 Millionen Euro), am Klinikum Landshut (Förderbetrag 53,77 Millionen Euro) und am Klinikum Kulmbach (Förderbetrag 32,15 Millionen Euro). **□**

TV BAYERN

LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region








\* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: [www.tvbayernlive.de](http://www.tvbayernlive.de)

LBS-Bilanzpressekonferenz:

# Erfolg auch in schwierigen Zeiten

Neue Tarife und Sparmaßnahmen - Kritik an EU-Wohnimmobilien-Richtlinie

Vor allem zwei Tatbestände bestimmen derzeit ganz besonders die Geschäftspolitik der Finanzinstitute und somit auch der Bayerischen Landesbausparkasse (LBS): die von der europäischen Zentralbank (EZB) verordnete Niedrigzinspolitik, die schon eher eine Nullzinspolitik gleichkommt, und die Umsetzung der von der EU-Kommission initiierten Wohnimmobilien-Kreditrichtlinie, bei deren Umsetzung in deutsches Recht der deutsche Gesetzgeber nach Ansicht der Fachleute aus der Finanz- und Bauwirtschaft „deutlich übers Ziel hinaus geschossen ist“. Was das Geschäftsjahr 2015 betrifft, sei die LBS Bayern bei ihrer strategischen Ausrichtung auf das Niedrigzinsumfeld gut voran gekommen. Sie habe im Berichtsjahr ein Rekord-Neugeschäft von 8,8 Mrd. Euro, ein Betriebsergebnis vor Risikovorsorge von 7,6 Mio. Euro und einen Jahresüberschuss von 4 Mio. Euro erreicht. Und auch im laufenden Jahr, so der LBS-Vorstandsvorsitzende Franz Wirmhier in der Bilanzpressekonferenz, werde es ein positives Betriebsergebnis geben.

Bei ihrer neuen Strategie setzt die LBS konsequent auf Finanzierungsvorsorge. Tarife mit einer höheren Sparverzinsung spielen keine Rolle mehr. Bei neu abgeschlossenen Verträgen „beträgt der Guthabenzins in der Regel nur noch 0,1 %“, andererseits betragen die Zinsen für Bauspardarlehen nur etwa 1,4 %. Damit liege der Kernnutzen des Bausparvertrages klar im Fokus der Kunden, sagte Wirmhier. Die Menschen sparten Eigenkapital für den Erwerb und den Erhalt von Wohneigentum und sicherten sich die Darlehenszinsen für aktuelle und künftige Baufinanzierungen. Diese Entwicklung zeige sich besonders gut an der durchschnittlichen Bausparsumme, die beständig ansteige. 2013 habe sie 34.800 Euro betragen, 2014 dann 37.600 Euro und 2015 schon 46.800 Euro.

Eine Aufwärtstendenz zeigt das Finanzierungsgeschäft. Bei den Sofortkrediten rechnet die LBS gegenüber dem Vorjahr mit einem Anstieg von 644 Mio. auf 750 Mio. Euro. Bei den Bauspardarlehen ist heuer mit einem leichten Rückgang von 370 Mio. Euro im Vorjahr auf 357 Mio. Euro zu rechnen. Damit aber sei der durch den jahrelangen Zinsverfall ausgelöste Rückgang gestoppt. In diesem Jahr wird ein Neugeschäft von etwa 8 Mrd. Euro erwartet. 2015 habe es vor der Einführung der aktuellen Tariffamilie, die voll auf die Finanzierungsvorsorge ausgerichtet ist und dem Bausparvertrag als einer Art verdeckter Kapitalanlage keine Chance mehr gibt, einen Schlussverkaufseffekt gegeben, der in diesem Jahr ohne Tarifeinführung fehle.

Von der totalen Änderung der Zinslandschaft konnten durchaus auch Kunden mit älteren Verträgen profitieren, und zwar durch den Umstieg aus den Altverträgen in das aktuelle Tarifwerk mit Nominalzinsen bei Bauspardarlehen ab 1,4 %. Zum einen haben sie die bisher gut geschriebenen hohen Sparzinsen ihres bisherigen Vertrages erhalten, zum anderen kommen ihnen die niedrigen Darlehenszinsen des neuen Tarifs zugute. Wirmhier: „Das ist ein auf die verrückte Nullzinspolitik zugeschnittenes Angebot, das sich für die Kunden und uns rechnet.“ Bisher haben mehr als 50.000 Kunden mit älteren Bausparverträgen die diversen Umstiegsoptionen genutzt. Das habe manch Einem Vorteile von einigen Tausend Euro gebracht.

Speziell im Finanzierungsgeschäft sieht die LBS noch großes Potential. Im Fokus stehen hier in Zusammenarbeit mit den Sparkassen Produkte mit lang laufenden Zinsbindungen ab zehn Jahren sowie Wohnriester-Finanzierungen. Hier sei das schlagkräftige Argument „staatlich geförderte Zinssicherheit bis zur letzten Rate“. In dieses Angebotspaket gehören seit 1. Juli dieses Jahres

auch Annuitätendarlehen. Sie sind für Kunden interessant, die Zinsbindungen über zehn Jahre hinweg wünschen. Nach dem novellierten Bauspargesetz können solche Annuitätendarlehen nun mit Bauspareinlagen refinanziert werden. Nur Bausparkassen seien somit in der Lage, mehrere Finanzierungslösungen anzubieten: Bauspardarlehen, Bauspar-Sofortfinanzierungen und Annuitätendarlehen, sagte Wirmhier.

## Darlehen mit konstanten Rückzahlungsbeträgen

Ein Annuitätendarlehen ist ein Darlehen mit konstanten Rückzahlungsbeträgen (Raten). Im Gegensatz zum Tilgungsdarlehen bleibt die Höhe der zu zahlenden Rate über die gesamte Laufzeit gleich (sofern eine Zinsbindungsfrist über die gesamte Laufzeit vereinbart wurde). Die Annuitätentrate oder kurz Annuität setzt sich aus einem Zins- und einem Tilgungsanteil zusammen. Da mit jeder Rate ein Teil der Restschuld getilgt wird, verringert sich der Zinsanteil zugunsten des Tilgungsanteils. Am Ende der Laufzeit ist die Kreditschuld vollständig getilgt. Der Zinssatz wird bei Abschluss eines Annuitätendarlehens über einen vertraglich vereinbarten Zeitraum festgeschrieben. Dieser Zeitraum kann sich auch über die komplette Kreditlaufzeit erstrecken. Die Tilgung sollte im ersten Jahr mindestens 1 % der Kredit(rest)summe betragen. Sie steigt dann mit fortschreitender Ratenzahl bis auf theoretisch 100 % der Kreditrestsumme im letzten Jahr.

Aber natürlich sorgt das gesamte Zinsumfeld dafür, dass das Betriebsergebnis der LBS Bayern unter Druck bleibt, obwohl der Zinsaufwand 2015 um 20 Mio. Euro reduziert werden konnte. Denn andererseits sind neue Lasten entstanden. Wegen der Neuregelung der Einlagensicherung mussten erstmalig mehr als 6 Mio. Euro aufgebracht werden. Und wegen der niedrigen Zinsen stieg der Rückstellungsbedarf bei den Pensionsverpflichtungen. Trotz allem sei es gelungen, 2015 die Substanz des Unternehmens zu stärken, weil einschließlich eines Gewinnvortrages aus dem Vorjahr die Rücklagen um 37,5 Mio. Euro aufgestockt werden konnten.

Die LBS Bayern stellt sich auf eine lange Phase extrem niedriger Zinsen ein. Deshalb wird nicht nur daran gearbeitet, alle Maßnahmen weiter zu optimieren, sondern auch Einsparungen beim Verwaltungsaufwand zu realisieren. So wurden im Berichtsjahr die direkt beeinflussbaren Sachkosten um 8 Mio. Euro unter den Orientierungswert von 2013 gedrückt. Und schon heuer soll der Wegfall von 90 Vollzeitstellen, der bis Ende 2017 vorgesehen war, vollzogen sein. Die bislang elf Vertriebsdirektionen der LBS-

Außendienstes wurden zum 1. Juli dieses Jahres zu vier Gebietsdirektionen zusammengefasst. Investiert wird in Service und Vertrieb, etwa in digitale Kanäle zum Kunden und die Einführung eines digitalen Postfachs. Eingeführt werden soll auch eine Video-Legitimation. Generell soll die Präsenz an den prosperierenden Wirtschaftsstandorten mit dynamischen Immobilienmärkten gestärkt werden.

Kritisch äußerte sich Wirmhier zur Wohnimmobilien-Kreditrichtlinie, die Ende März 2016 auf EU-Initiative in Kraft getreten ist. Sie verschärfe die gesetzlichen Anforderungen an die Kreditvergabe. Vor allem gälten nun noch strengere Kriterien für den Nachweis, dass ein Immobilienkäufer Zins und Tilgung dauerhaft aus seinem zu erwartenden Einkommen aufbringen könne. Auf den Objektwert der Immobilie komme es dabei praktisch nicht mehr an. Außerdem belaste der Gesetzgeber den Beratungs- und Genehmigungsprozess mit umfangreichen neuen Informations- und Dokumentationspflichten. „Die Vergabe von Immobilienkrediten wird damit unnötig eingeschränkt“, beklagte Wirmhier. „Und das nur, weil die EU-Wohnimmobilien-Kreditrichtlinie besonders streng in deutsches Recht übertragen wurde.“

Die EU-Richtlinie würde es den Banken, Sparkassen und Bausparkassen durchaus erlauben, von einer übermäßig rigiden Bonitätsprüfung abzusehen, wenn der Kreditvertrag zum Bau oder zur Renovierung der belasteten Wohnimmobilie dient. Diese Option sei in Deutschland gestrichen worden, während Österreich sie übernommen habe. Der Gesetzgeber solle die Regeln auch hierzulande entsprechend anpassen, forderte Wirmhier.

Der LBS-Chef verwies darauf, dass sich die restriktiven neuen Vorgaben in vielen Fällen gerade durch Bausparlösungen im Kundeninteresse handhaben ließen. Denn der Kernnutzen des Bausparvertrages sei es eben, die dauerhafte Tragbarkeit der finanziellen Belastungen aus einer Wohnbaufinanzierung zu gewährleisten: durch systematische Eigenkapitalbildung und langfristige Zinssicherung in Verbindung mit staatlichen Förderoptionen, vor allem mit Wohn-Riester.

Mit ähnlicher Kritik und ähnlichen Änderungsforderungen hatten sich auch der Sparkassenverband Bayern und der Genossenschaftsverband Bayern (GVB), der die Volks- und Raiffeisenbanken im Freistaat vertritt, zu Wort gemeldet. Sie fürchten, dass wegen dieser Regelung weniger Wohnungsbaukredite vergeben werden, und zitieren die Ergebnisse einer Umfrage der Deutschen Bundesbank vom 19. Juli dieses Jahres. Während die Standards der Kreditvergaben im Firmenkunden- und im Konsumentkreditgeschäft nahezu unverändert geblieben seien, seien die Richtlinien bei der Vergabe von Wohnungsbaukrediten an private Haushalte per Saldo deutliche Veränderungen unterworfen.

Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, warnt angesichts dieser Entwicklung erneut vor unerwünschten Nebeneffekten der eigentlich als Verbraucherschutzregelung konstruierten Richtlinie, vor allem aber vor der verschärften Umsetzung in Deutschland: „Wenn die neuen Bestimmungen zu einem

Rückgang der Immobilienkreditvergabe führen, dann läuft eindeutig etwas schief. Wir stellen insgesamt wieder einmal fest, dass der deutsche Gesetzgeber bei der Umsetzung der EU-Richtlinie über das Ziel hinausgeschossen ist.“ Optionen, die eine weniger rigide Bonitätsprüfung für Wohnbaudarlehen ermöglichen und damit die Kreditvergabe erleichtern, seien in Deutschland nicht offen gehalten worden, während andere Länder wie Österreich die europäische Richtlinie wesentlich verbraucherfreundlicher umgesetzt hätten.

Hier müsse nachgebessert werden, das deutsche Umsetzungsrecht müsse so korrigiert werden, dass Kreditnehmer hierzulande keinen Nachteil erleiden. Für Darlehensentscheidung und -konditionen spiele es jetzt eine zentrale Rolle, ob der Kreditnehmer das Darlehen über die gesamte Laufzeit aus seinem laufenden Einkommen bedienen könne. Nicht der Wert der Immobilie, sondern liquide Mittel seien also dabei ausschlaggebend. Das Gesetz verpflichte Banken und Sparkassen dazu, Kreditvorhaben, die die jetzt engeren Vorgaben nicht erfüllen, abzulehnen. Netzer dazu: „Um Verbraucher generell vor wackligen Kreditentscheidungen zu schützen, wird in Kauf genommen, dass einzelne Entscheidungen negativ ausfallen müssen. Vorhaben, die früher noch finanziert worden wären, müssen heute teilweise abgelehnt werden. Solche unnötigen Kredithindernisse müssen abgebaut werden.“

## Spielraum ausschöpfen

Inzwischen hat der Bayerische Landtag einem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion zugestimmt, der fordert, dass sich die Staatsregierung auf Bundesebene für eine Korrektur des deutschen Umsetzungsrechtes zur EU-Wohnimmobilien-Kreditrichtlinie einsetzt. Der Bundesgesetzgeber solle den Spielraum der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie ausschöpfen. Dazu Netzer: „Es ist nicht einzusehen, warum der deutsche Gesetzgeber die Spanne der Möglichkeiten zur Kreditvergabe weiter einengt, als es die europäische Richtlinie vorgibt. Österreich etwa hat die europäische Richtlinie wesentlich verbraucherfreundlicher umgesetzt. In Deutschland muss nachgebessert werden.“ Ähnlich erfreut zeigt sich der Genossenschaftsverband Bayern. Auch GVB-Vorstand Jürgen Gros hatte kritisiert, dass Deutschland bei der Umsetzung der Richtlinie „deutlich über das Ziel hinausgeschossen ist“.

Was hatte die EU-Kommission eigentlich gewollt? Vor dem Hintergrund der Finanzkrise hatte sie die Richtlinie verabschiedet, um einen europäischen Binnenmarkt für Hypothekarkredite zu schaffen. Die gesetzlichen Regelungen sehen deutlich erweiterte Informations- und Beratungspflichten vor und legen ihren Schwerpunkt auf eine äußerst eingehende Kreditwürdigkeitsprüfung. Banken und Sparkassen werden dazu verpflichtet, Kreditvorhaben, die die engeren Vorgaben nicht erfüllen, abzulehnen.

Dies gilt jetzt auch für solche Engagements, bei denen bisher das bestellte Grundpfandrecht als Sicherheit ausreichte und jetzt laufende Einkommen zur Bezahlung der Kreditverpflichtungen nachgewiesen werden müssen. Darunter können u.a. Kundengruppen leiden, bei denen sich das laufende Einkommen in absehbarer Zukunft verändern wird oder deren Einkommen für eine veränderte Zinssituation nicht als ausreichend eingestuft werden muss. Netzer: „Betroffen können vor allem zukünftige Rentner und junge Familien sein. Hier wird nach Meinung aller Kritiker im Moment die private Altersvorsorge mit Hilfe von selbst genutztem Wohneigentum erschwert.“ dhg

## Konferenz Europäischer Regionen und Städte

Die 12. Konferenz Europäischer Regionen und Städte, die vom 25. bis 27. September 2016 in Salzburg stattfinden wird, widmet sich dieses Jahr dem Thema „Nachhaltigkeitsstrategien“ für Regionen und Städte in den verschiedensten Bereichen. Wie immer gibt es eine große Zahl von hervorragenden Referenten und Diskutanten zu interessante Themen. Der Veranstalter, das Institut der Regionen Europas (IRE) bemüht sich seit nunmehr elf Jahren erfolgreich um die Stärkung der Regionen und Kommunen in ganz Europa. Die Teilnahme an der Konferenz ist kostenfrei. Anmeldung im Internet unter: [www.institut-ire.eu](http://www.institut-ire.eu)

## Ansiedlungsplattform:

# Vergleichbare Standortinformationen

Gewerbegebiete.de führt Flächenangebot und -nachfrage gezielt zusammen

Gewerbegebiete.de, ein Service der Logivest GmbH, erstrahlt in neuem modernen Design und vernetzt dank klar strukturierter Inhalte und verbesserter Such- und Filterfunktionen Flächenanbieter und Flächensuchende nun noch besser miteinander.

Neu ist die Möglichkeit für Unternehmen, Gewerbegebiete bundesweit anhand entscheidungsrelevanter Informationen wie der Flächenverfügbarkeit, Infrastruktur, Arbeitsmarktkennzahlen oder der Kostenstruktur vergleichen zu können. Gemeinden und Wirtschaftsförderer profitieren weiterhin durch die Darstellung umfangreicher Wirtschafts- und Strukturdaten, wodurch die wirtschaftliche Bedeutung ihres Gewerbegebietes unterstrichen wird. Gleichzeitig gibt die zusätzliche Bereitstellung individueller Gewerbegebiets-Informationen Gewerbegebietsbetreibern ein konkretes Gesicht. Der für Nutzer und als Basisantrag für die Betreiber von Gewerbegebieten kostenfreie Service ist nach dem Relaunch noch besser auf die Marktteilnehmer zugeschnitten und fördert den Dialog zwischen allen Beteiligten.

## Überregionalität

„Wir beraten Unternehmen bei ihren Ansiedlungsentscheidungen und unterstützen sie bei der Suche nach geeigneten Flächen zur Erweiterung oder Neugründung ihres Betriebs. Dabei stellen wir immer wieder fest, wie schwierig es ist, deutschlandweit vergleichbare ansiedlungsrelevante Daten und Informationen zu den Gewerbegebieten zu ermitteln“, erklärt Kuno Neumeier, Geschäftsführer von Logivest. „Weiterhin fehlte bislang eine zentrale Plattform, auf der – zugeschnitten auf den Informationsbedarf der einzelnen Wirtschaftsbereiche und Branchen – weiterführende Informationen und Dienstleistungen rund um das Thema Ansiedlung angeboten werden.“ Das gab 2015 den Anstoß, mit Gewerbegebiete.de die erste überregionale Ansiedlungsplattform Deutschlands ins Leben zu rufen. Seit dem Launch im September 2015 konnten monatlich steigende Besucherzahlen auf der Seite um bis zu 20 Prozent sowie konkrete Anfragen ansiedlungsinteressierter Unternehmen verzeichnet werden.

## Digitale Vermarktung für Nutzer optimieren

Um diesen Service für seine Nutzer weiter zu optimieren, hat Logivest Anfang 2016 Flächenanbieter und Betreiber von Gewerbegebieten zur aktuellen Vermarktungssituation befragt: Für die Anbieter von Freiflächen ist das Internet mittlerweile der wichtigste Vermarktungskanal. Drei Viertel der Befragten, die im Internet aktiv sind, platzieren ihr Angebot auf regionalen Standortinformationsportalen. Dabei ist jedoch ein Drittel dieser Gruppe mit den Ergebnissen nicht zufrieden.

Gefragt ist eine Ansiedlungsplattform, die alle Gewerbegebiete in Deutschland mit den wichtigsten Ansiedlungskriterien detailliert, übersichtlich und vergleichbar abbildet und die Sichtbarkeit der Gewerbegebiete durch individuelle Zusatzinformationen und umfangreiche Werbe- und Kommunikationsmaßnahmen erhöht.

## Stetige Weiterentwicklung der Plattform

Dass Gewerbegebiete.de durch seine umfassende Informationsbereitstellung und die neuen Funktionalitäten genau dies leisten kann, glauben mehr als 60 Prozent der Befragten. „Durch die stetige Weiterentwicklung der Plattform unterstreichen wir unser Engagement, die Sichtbarkeit von Gewerbegebieten zu erhöhen. Als Berater beider Seiten – sowohl der Gemeinden und Wirtschaftsförderer, als auch der ansiedlungswilligen Nutzer – raten wir stets dazu, verstärkt in interkommunalen und infrastrukturellen Kategorien zu denken und passende Gewerbegebiete auszuweisen, die verkehrstechnisch hervorragend angebunden sind, Gewerbe, Industrie und Logistik vereinen und genügend Erweiterungsflächen vorhalten“, so Kuno Neumeier zum Relaunch von Gewerbegebiete.de.

## Standortberatung

Die Logivest GmbH mit Hauptsitz in München ist spezialisiert auf die Beratung und Vermarktung rund um Logistikimmobilien und Logistikstandorte. Dienstleistungen in den Bereichen Vermietung, Transaktionsberatung und Neubauberatung bilden dabei die Kernkompetenzen. Das 2011 gegründete Unternehmen zeichnet sich durch umfangreiche und branchenübergreifende Logistikimmobilien-, Standortberatungs- und Logistikprozesskompetenz aus. Mit insgesamt fünf Standorten in Deutschland bietet Logivest seinen Kunden aus Logistikdienstleistung, Produktion und Handel eine individuelle und bundesweite Betreuung.

Ergänzt wird das Leistungsspektrum der Logivest GmbH durch das Schwesterunternehmen Logivest Concept GmbH, das Standortsuchende bei der Ansiedlung und Standortanbieter bei der Vermarktung berät. Logivest Concept unterstützt Unternehmen zusätzlich bei der Optimierung oder Neugestaltung ihrer Logistikprozesse sowie bei M&A-Entscheidungen und komplettiert so das Full-Service-Beratungsangebot der Logivest Gruppe. Weitere Informationen unter: [www.logivest.de](http://www.logivest.de)

GaLaBau in Nürnberg:

## Praxisforum inhaltlich ausgebaut

Fachplaner aus Kommunen, Landschaftsarchitekten und GaLa Bauer, die auf der Suche nach praxisrelevanten Informationen, neuen Impulsen und Best-Practice-Beispielen für ihre tägliche Arbeit im Büro und auf der Baustelle sind, sollten einen Besuch auf der GaLaBau vom 14.–17. September 2016 im Messezentrum Nürnberg fest einplanen. Nach der erfolgreichen Premiere 2014 wird das Praxisforum in diesem Jahr um einen Tag verlängert und auf die gesamte Laufzeit der GaLaBau ausgeweitet.

Eingebettet ins Messegeschehen in Halle 1 erwarten Besucher wieder zahlreiche Fachvorträge zu wichtigen Branchenthemen: Am ersten und dritten Tag halten dabei Planungsexperten Kurzvorträge und regen zu Diskussionen an. Am zweiten Tag stehen Beiträge rund um das Thema Spielplatz sowie Präsentationen von GaLaBau-Ausstellern an. Neu: Der Messe-Samstag widmet sich ganz einem Sonderthema, diesmal „(Historische) Parks im Klimawandel“. Die Teilnahme ist für GaLaBau-Besucher kostenlos.

### Kompakte Lösungsansätze

„Mit dem inhaltlich ausgebauten Praxisforum möchten wir Vertretern aus Kommunen, Landschaftsarchitekten, aber auch dem klassischen GaLaBauer zusätzlich zur Produktschau einen fachlichen Mehrwert bieten. In knackigen Vorträgen erhalten Besucher kompakte Lösungsansätze für Fragestellungen aus ihrem Berufsalltag“, erklärt Stefan Dittlich, Abteilungsleiter GaLaBau. Am ersten und dritten Messetag wiederholen sich die halbstündigen Vorträge, konzipiert von der Redaktion Garten + Landschaft, jeweils vormittags und nachmittags, sodass sich der Besuch des Praxisforums in Halle 1 ideal mit einem Rundgang über die GaLaBau verbinden lässt. Interessierte Besucher sind zeitlich flexibler und verpassen nichts.

Thematisch geht es am ersten Messetag, 14. September, unter anderem um Naturstein im öffentlichen Raum und Regenwassermanagement. Am Messe-Freitag, 16. September, stehen dann Gehölze und Stauden so-

wie Pflegestrategien und -konzepte für den öffentlichen Raum im Fokus.

Am zweiten Messetag, 15. September, präsentiert der BSFH (Bundesverband für Spielplatzgeräte- und Freizeitanlagen-Hersteller) in Zusammenarbeit mit dem Fachmagazin Playground@Landscape Vorträge zum Themenschwerpunkt „Bewegung im Spiel“. So geht es beispielsweise um Fitness-Parcours und den generellen Nutzen von Bewegung und Bewegungsförderung im öffentlichen Raum. Städten und Gemeinden werden im Praxisforum und auf der GaLaBau Anregungen zur Grünflächenplanung der Zukunft gegeben.

An allen Tagen außer Samstag halten zudem GaLaBau-Aussteller diverse Vorträge. Sie stellen Best-Practice-Beispiele vor und präsentieren innovative Produkte sowie Arbeitsmethoden.

### Sonderthema am Messe-Samstag

Am letzten Messetag, 17. September, befasst sich das Praxisforum dann mit dem Spezialthema „(Historische) Parks im Klimawandel“. Besucher dürfen sich auf zwei Impulsvorträge am Vormittag, unter anderem zum DBU-Forschungsvorhaben „Gehölze in historischen Gärten in Zeiten des Klimawandels“ an der Technischen Universität Berlin und eine anschließende Podiumsdiskussion zum Thema freuen.

Mehr Informationen zum GaLaBau Praxisforum „Planen und Wissen kompakt“ und dem weiteren Rahmenprogramm auf der GaLaBau 2016 finden Interessierte im Netz auf [www.galabau-messe.com/de/events](http://www.galabau-messe.com/de/events). □

## Grüne Klassenzimmer sind Lernoasen

Bayerns schönste Schulgärten ausgezeichnet

Schulgärten sind ein Gewinn für die Schule und für die Natur. Das betonte die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf bei der Auszeichnung der Gewinner des Schulgartenwettbewerbs 2016 unter dem Motto „Natur und Nachhaltigkeit im Schulumfeld“ in Erding.

„In Bayerns Schulgärten wird Begeisterung gesät und Verantwortung für die Natur geerntet. In ihren grünen Klassenzimmern lernen Kinder und Jugendliche mit der Natur für die Natur. Den Grundstein für eine naturverträgliche Lebensweise legen unsere Kinder schon in der Schule. Deshalb unterstützen wir den Schulgartenwettbewerb aus Überzeugung. Ich gratuliere den Schülern zu ihren tollen Projekten“, hob Scharf hervor.

### Auswahlkriterien

Über 100 Schulen haben sich am Wettbewerb beteiligt und ihre Ideen zu „Natur und Nachhaltigkeit im Schulumfeld“ eingereicht. Dabei wurden beispielsweise Barfußwege angelegt, Nistkästen für Meisen aufgehängt, eine Burg für Igel gebaut, ein Baumlotusen-Projekt ins Leben gerufen und ein Wellness-Bereich mit Bar errichtet. „Ein großes Augenmerk wurde bei der Auswahl der Gewinnerschulen auf die Einbin-

dung der Schüler sowohl in Pflege und Gestaltung als auch in die Planung des Gartens gelegt. Auch Nachhaltigkeitsaspekte und natürlich der Beitrag zur Bewahrung und Förderung der biologischen Vielfalt spielten eine wichtige Rolle“, so der LBV-Vorsitzende Dr. Norbert Schäffer.

### Sieger in zwei Kategorien

Die Sieger in den beiden Kategorien „Grund- und Förderschulen“ sowie „weiterführende Schulen“ wurden von einer Jury aus Vertretern des Bayerischen Umweltministeriums, des Bayerischen Kultusministeriums, des Landesbunds für Vogelschutz (LBV) und des Landesverbands für Gartenbau und Landschaftspflege ausgewählt. Durchgeführt wurde das Projekt vom LBV. Das Umweltministerium hat den Wettbewerb mit rund 33.000 Euro gefördert. Die Gewinner im Einzelnen: **Grund- und Förderschulen:** 1. Preis (Preisgeld: 1.500 Euro): Grundschule Schnaittach



Rund um das Lindner-Innovationszentrum in Kundl finden am 9. und 10. September die Innovationstage statt. □

## Stufenloser Unitrac 112 LDrive feiert Weltpremiere

Vorhang auf für den neuen Unitrac 112 LDrive: So lautet die Devise bei den Lindner-Innovationstagen 2016 am 9. und 10. September 2016 rund um das Lindner-Innovationszentrum in Kundl. Anschließend ist der smarte, wendige und starke Transporter auf der Galabau zu sehen.

Beim neuen Unitrac setzt Lindner die bereits beim Lintrac bewährte Stufenlostechnologie erstmals bei seiner erfolgreichen Transporterserie ein. Außerdem präsentiert Lindner ein revolutionäres TracLink-System. Geschäftsführer Hermann Lindner: „Der stufenlose Unitrac ist der smarteste, wendigste und stärkste Lindner-Transporter unserer 70-jährigen Geschichte. Das Fahrzeug wird vor allem kommunale Einsatzprofis und Seilbahnkunden begeistern.“ Nach den Innovationstagen ist der Unitrac 112 LDrive vom 14. bis 17. September 2016 bei der Galabau in Nürnberg zu besichtigen.

Mit ihrer 4-Rad-Lenkung stehen die Transporter für besondere Wendigkeit und Vielseitigkeit. Die Fahrzeuge punkten als vielseitige Geräteträger, 365 Tage im Jahr – vom Kehren bis zur Schneeräumung. Europaweit sind mehr als 3.000 Unitracs mit über 10.000 Aufbaugeräten unterwegs.

### Variabler Geräteträger im Kommunaleinsatz

Das zweite stufenlose Fahrzeug im Lindner-Programm ist der Lintrac. Beim stufenlosen Lintrac hat Lindner die jahrelange Erfahrung mit der 4-Rad-Lenkung der Unitrac-Transporter genutzt. Die hintere Achse lenkt bis zu 20 Grad ein. Besonders praktisch: Per Knopfdruck kann der Einschlag der Hinterräder begrenzt werden. Damit wird verhindert, dass die Hinterräder streifen, wenn aufgrund schwieriger Straßenverhältnisse Schneeketten notwendig sind.

Die Heck-, Front- und Arbeitshydraulik mit Verstellpumpe machen den Lintrac zum variablen Geräteträger. Der sparsame Turbo-Dieselmotor von Perkins ist mit einem Partikelfilter ausgerüstet und leistet 102

- Preis (1.000 Euro): Dr.-Dittlich-Schule, Pegnitz
  - Preis (500 Euro): Grundschule St. Georgen, Bayreuth
  - Preis (300 Euro): Ludwig-Thoma-Grundschule, Traunstein
  - Preis (200 Euro): Montessori-Schule, Inning am Ammersee
- Weiterführende Schulen:**
- Preis (Preisgeld: 1.500 Euro): Descartes-Gymnasium, Neuburg an der Donau
  - Preis (1.000 Euro): Friedrich-Rückert-Gymnasium, Ebern
  - Preis (500 Euro): Mittelschule Ensdorf
  - Preis (300 Euro): Gustav-Woehrmitz-Mittelschule, Lohr
  - Preis (200 Euro): Gymnasium Leopoldinum, Passau. □

PS und 420 Nm Drehmoment.

### Attraktive Herbstaktion

Einsatzprofis kommen bei der diesjährigen Herbstaktion von Lindner auf ihre Kosten. Das Familienunternehmen bietet Zusatzausstattung im Wert von 3.000 Euro kostenlos an – frei wählbar von der Kabinenfederer bis zu Fronthydrauliksystemen. Dazu gibt es zwei Jahre Garantie für alle neuen Fahrzeuge. Der Startschuss für die Herbstaktion fällt am 1. September 2016.

Lindner im Internet: [www.lindner-traktoren.at](http://www.lindner-traktoren.at) □

Zweite Lesung im Landtag:

## Verbot von Grabsteinen aus Kinderarbeit

Einstimmige Änderung des Bestattungsgesetzes

In der letzten Plenarsitzung vor der Sommerpause hat der Landtag nach fast zehnjähriger Diskussion den Weg für ein Verbot von Grabmalen aus ausbeuterischer Kinderarbeit freigemacht. Dazu hatte die Staatsregierung einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem das Bestattungsgesetz durch eine spezielle Satzungsermächtigung für Bayerns Kommunen ergänzt wird. Demnach können diese als Friedhofsträger künftig durch Satzung bestimmen, dass Grabsteine und Grabeinfassungen aus Naturstein nur aufgestellt werden dürfen, wenn sie nachweislich nicht von Kinderhand aus armen Ländern, wie z. B. Indien oder China, hergestellt wurden.

### Rechtssicherheit und Praktikabilität

Gesundheitsministerin Melanie Huml erklärte nach der Abstimmung im Landtag, durch die Gesetzesergänzung werde Rechtssicherheit und Praktikabilität für die Steinmetze und Natursteinhändler hergestellt. Darüber hinaus sei die Sicherheit und Gesundheit von Kindern ein hohes Gut, das weltweit beachtet werden müsse. SPD-Sozialexpertin Angelika Weikert mahnte, das Thema müsse ernst genommen werden schließlich stammten ca. 40 % der Natursteine aus Ländern mit Kinderarbeit. Sie forderte die Staatsregierung auf, aktiv bei den Kommunen für den Erlass von entsprechenden Friedhofssatzungen zu werben.

### Klarheit für die kommunale Ebene

Jürgen Mistol (Grüne) beanspruchte die Urhebererschaft von Humls Gesetzentwurf für seine Fraktion. Endlich gebe es ein Gesetz, das Grabsteine, an denen „Blut klebt“, auf bayerischen Friedhöfen verhindere. Auch die Freien Wähler begrüßten die Gesetzesänderung. Damit schaffe man Klarheit für die kommunale Ebene, sagte der kommunalpolitische Sprecher Joachim Hanisch. Er forderte jedoch Nachbesserungen bei der Überwachung unabhängige und unangemeldete Kontrollen seien notwendig. So könne man ausbeuterischer Kinderarbeit ein bisschen Einhalt gebieten.

Der Regierungsentwurf wurde einstimmig verabschiedet. Die Gesetzentwürfe von SPD und Grünen, die gewisse Abweichungen enthielten, wurden von der CSU-Mehrheitsfraktion abgelehnt. rm

# UNITRAC 112 LDRIVE

**ERSTPRÄSENTATION: 9. + 10.9. INNOVATIONSTAGE KUNDL/TIROL**

Nürnberg, Germany 14.-17.9.2016  
Besuchen Sie uns in Halle 7 Stand 307



TRAKTORENWERK LINDNER GMBH  
Ing.-Hermann-Lindner-Str. 4  
6250 Kundl/Tirol  
[lindner-traktoren.at](http://lindner-traktoren.at)

**Lindner**   
Der Beste am Berg

Schneller Wohnraum:

## Holzbau hat gute Argumente

Praxis-Infoveranstaltung für Kommunen, Architekten und Planer in Holzkirchen

**Konkret umsetzbare Informationen und Hinweise, wie durch Holzbauten bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann, der nachhaltig und flexibel nutzbar ist, lieferte eine Info-Veranstaltung des Impuls Forst und Holz, einem Zusammenschluss der Schreiner- und Zimmererinnungen Bad Tölz-Wolfratshausen und Miesbach in Holzkirchen. Vorgestellt wurden u. a. bereits realisierte Holzbau-Projekte aus verschiedenen Perspektiven.**

Wie Stefan Kramer, Abteilungsleiter Forsten des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Holzkirchen und Vertreter des Impuls Forst und Holz, in seiner Begrüßung darlegte, biete der Holzbau die notwendige Flexibilität, ein Gebäude den wechselnden Bedürfnissen der Kommunen anzupassen und dieses beispielsweise als Flüchtlingsunterkunft und anschließend als Sozialwohnung zu nutzen. Dabei wolle der Impuls Forst und Holz keine fertigen Standardlösungen vorstellen, sondern die Möglichkeiten und Chancen, aber auch die Grenzen des Holzbaus deutlich machen. Das Grüne Zentrum Holzkirchen als Tagungsort stelle bereits ein Beispiel eines gelungenen Holzbaus dar.

Der Impuls Forst und Holz sei ein Motor der Forst- und Holzwirtschaft, so Kramer. Deren regionale Wertschöpfung werde jedoch meist unterschätzt. 100 Kubikmeter Holz sicherten einen Arbeitsplatz. Bei einem Zuwachs von ca. 10 Kubikmeter Holz je Hektar und Jahr und über 106.000 Hektar Wald in den Landkreisen Bad Tölz-Wolfratshausen und Miesbach werde die wirtschaftliche Bedeutung mehr

als deutlich.

Holz sei der „perfekte“ Rohstoff, unterstrichen die Schirmherren der Veranstaltung, die Landräte Wolfgang Rzehak (Miesbach) und Josef Niedermaier (Bad Tölz-Wolfratshausen). Für Rzehak ist Holz ein regional nachwachsender umweltfreundlicher Rohstoff, der sehr gut zur Ökomodellregion Miesbach passt und mit dem eine hohe regionale Wertschöpfung erzielt werden kann. Landkreischef Niedermaier hatte im eigenen Bäckereibetrieb mit Holz gebaut, damit beste Erfahrungen gemacht und appellierte daher an die Kommunen aus tiefer Überzeugung: „Ich wünsche mir viele kommunale Holzbauten.“

„Schnell zu errichten, günstig zu erstellen, flexibel nutzbar und vielerorts einsetzbar“, lauteten die Vorgaben, die Maren Kohaus, Architektin an der Fakultät für Architektur (TU München), ihren Studenten für die Planung eines Holzbaus auf einem innerstädtischen Grundstück in München stellte. Außerdem musste ein Anbauen bzw. Weiterbauen möglich sein und die Nachhaltigkeit im gesamten Lebenszyklus berücksichtigt werden.

Kohaus zeigte auf, wie derart

anspruchsvolle Bedingungen durch einen gut geplanten Holzbau in hervorragender Weise erfüllt werden können. Auf kleinsten Flächen kann durch intelligente Planung einerseits Privatsphäre und andererseits Raum für Austausch und Geselligkeit geschaffen werden. Eine Änderung der Nutzung und damit der Flächenzuschnitte der Wohnungen gelingt ohne Veränderungen der Gebäudehülle. Nur die Innenwände müssen den neuen Ansprüchen angepasst werden.

Wer mit Holz baut, kann Kohaus zufolge das benötigte Baumaterial um 50 % reduzieren, spart 50 % fossile Energie ein und reduziert das Treibhauspotenzial im Vergleich zu konventionellen Gebäuden um 50 bis 70 %. Eine nachhaltige Architektur berücksichtigt aber nicht nur die Errich-

60 Jahre Firma Laumer Bautechnik:

## Vielseitigkeit auf hohem Niveau

**Seine Begeisterung am bautechnischen Fortschritt und die Freude an neuen Konstruktionen bewogen Richard Laumer 1956 dazu, im niederbayerischen Massing gemeinsam mit seiner Frau Dorle eine eigene Firma zu gründen. Entstanden ist ein Unternehmen, wie es in seiner Vielseitigkeit auf dem Bau-sektor selten zu finden ist. Auf über 300 Mitarbeiter angewachsen, wird das Familienunternehmen inzwischen in der zweiten Generation geführt; die dritte steht bereits in den Startlöchern.**

Produktionsschwerpunkt ist nach wie vor der Fertigteilbau in Holz und Beton. Wirtschaftliche Industriebauten, die sowohl das Budget als auch den Zeitplan einhalten, sind das erklärte Spezialgebiet der Firma. Ihr besonderer Ehrgeiz liegt dabei im Ausklügeln der jeweils besten Lösung für die individuelle Bauaufgabe. Dafür kann sie auf ein eigenes 30-köpfiges Ingenieurbüro aus Bautechnikern, Zeichnern, Ingenieuren und Architekten zurückgreifen, das Keimzelle für zahlreiche innovative und intelligente Konstruktionen ist.

Es ist außerdem zuständig für die gesamte Planung, von der Entwurfs- und Eingabe- bis zur Werksplanung und erstellt sämtliche Nachweise sowie Brandschutz- und Energiekonzepte. Mit ihrem Know-how in allen baurelevanten Bereichen ist Laumer in der Lage, Aufträge über Gewerbebauten als Generalunternehmer zu übernehmen. Der Laumer Komplettbau kümmert sich dann auch um alle anderen Gewerke wie den Innenausbau mit HLS und die Außenanlagen und betreut das Projekt von der Planung bis zur schlüsselfertigen oder teilschlüsselfertigen Übergabe.

**Kostengünstige Bauweise**

Die Abteilung Holzbau hat sich insbesondere mit ihren Nagelplattenkonstruktionen einen Markt erobert. Die kostengünstige Bauweise, die durch ihren hohen Vorfertigungsgrad einen schnellen Baufortschritt gewährleistet, wird vor allem beim landwirtschaftlichen Bauen eingesetzt, aber auch die Dächer zahlreicher Supermärkte sind in dieser Bauweise errichtet. Daneben ist die Abteilung aber auch zunehmend für öffentliche Aufträge tätig und baut zum Beispiel Kindergärten in Holzständerbauweise.

Weithin bekannt gemacht haben die Firma bereits in den 1960er Jahren die Laumer-Fertigaragen. Mit ihrer zeitlosen Form sind sie heute aktueller denn je und dienen nicht mehr nur als Stellplatz fürs Auto, son-

dern auch die Instandhaltung und den Rückbau der Gebäude. Die weitgehende Vorfertigung im Zimmereibetrieb ermöglicht nicht nur eine sehr hohe Präzision, sondern reduziert vor allem auch die Bauzeit und damit die Belastung der Anwohner auf ein Minimum. Gerade im innerstädtischen Bereich werden umfangreiche Neubauten und Sanierungen dadurch erst möglich.

Die Zeit für Planung und Realisierung ist meist knapp. Um seine Fertigungskapazität zu erhöhen und die Kommunikation zu erleichtern, ging das Bayerische Zimmererhandwerk laut Alexander Habla, Geschäftsführer der Zimmerer-Innung München, mit der Internetplattform [www.schneller-wohnraum.de](http://www.schneller-wohnraum.de) in die Offensive.

Die [www.schneller-wohnraum.de](http://www.schneller-wohnraum.de) vereinfacht zum einen die Kommunikation zwischen Gemeinden, Landkreisen und Zimmerer-Innungen, zum anderen die Kooperation zwischen den Betrieben. So widmen sich dieser Bauaufgabe nun nicht mehr nur Betriebe mit großen Hallen und großen Maschinen, sondern auch



**Stefan Kramer, Abteilungsleiter Forsten des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Holzkirchen und Vertreter des Impuls Forst und Holz (r.) hieß im Grünen Zentrum über 100 Gäste willkommen.**

kleinere Betriebe. Idealerweise konzentrieren sich die größeren auf die Fertigung und die kleineren auf die Montage. Das steigert die Produktivität der Branche.

Die Startseite der [www.schneller-wohnraum.de](http://www.schneller-wohnraum.de) zeigt oben in einem blauen Balken die freien Fertigungskapazitäten für das aktuelle und das kommende Quartal: die Wohnfläche in Quadratmetern und für Montagen die sogenannten „Manntage“. Die Zahlen stammen von den über 200 teilnehmenden Betrieben und werden täglich aktualisiert. Wie sich die freien Kapazitäten auf die einzelnen Betriebe verteilen, ist nur im internen Bereich einsehbar.

„Planen Sie nicht kurzfristig, sondern langfristig“, riet Habla. Er appellierte an die Zuhörer, vorhandene Bauten zu nutzen, um diese aufzustocken oder anzubauen. Hierfür eigne sich der Holzbaubau aufgrund seiner hohen Flexibilität optimal.

Nach Auffassung von Alexander Gump, Vizepräsident des Landesinnungsverbandes des Bayerischen Zimmererhandwerks und Geschäftsführer der Gump & Maier GmbH, ist Wegreifen und neu bauen eine Ressourcen- und Geldverschwendung. Besser sei eine Generalsanierung für die nächsten 80 Jahre.

Am Beispiel der von seiner Firma gebauten Flüchtlingsunterkünfte in Königsbrunn präsentierte Gump seine Grundüberlegungen zur Bauweise:

- Keine Leuchttürme, sondern langweiliger, robuster Holzbau mit sehr hoher Standardisierung und geringem Wartungsaufwand

- Auf maximale Wohn-/Nutzfläche ausgelegte Grundrisse
- Die Gebäudehülle und die technischen Standards sind auf eine Nutzungsdauer von 80 Jahren ausgelegt und erfüllen alle aktuellen Standards

- Der Innenausbau und insbesondere die Nassräume müssen extrem robust gebaut sein, da Wohnungen für Asylsuchende ca. 3 bis 4 Mal dichter belegt sind als normale Wohnungen

- Die Planungs-, Fertigungs- und Bauprozesse müssen optimiert sein, um hohe Qualität in kürzester Bauzeit zu realisieren.

Gegen Containersiedlungen im Außenbereich sprechen Gump zufolge neben fehlenden Integrationsmöglichkeiten für die Bewohner auch die Kosten für zehn Jahre, die mit 3.000 Euro/m<sup>2</sup> Wohnfläche wesentlich höher seien als jene für die vorgestellten Holzbauten mit 2.000 Euro/m<sup>2</sup>.

Anhand weiterer zahlreicher Beispiele demonstrierte der Unternehmer die Vielfalt des Holzbaus. Gump & Maier haben nicht nur Tankstellen in Holzbauweise erstellt, sondern unter anderem auch das Aktivstadthaus in Frankfurt (momentan weltgrößtes Aktivhaus), die Logistikhalle Grünbeck (Höchstadt), das ALE Tirschenreuth, die Altkatholische Kirche Augsburg sowie Legoland Günzburg und Legoland Deutschland Feriendorf 1. In nur zwölf Wochen entstanden dort 48 Häuser in Holzbauweise und das Feriendorf konnte rechtzeitig zu Saisonbeginn eröffnet werden. **DK**

## Bayerns Bauhauptgewerbe mit deutlichem Umsatzplus

Auftragseingänge und Personalstand ebenfalls höher als im Mai 2015

**Das bayerische Bauhauptgewerbe erzielte im Mai 2016 einen baugewerblichen Umsatz von insgesamt 1,16 Milliarden Euro und damit ein Umsatzplus von 8,9 Prozent im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresergebnis. Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik haben zu dieser positiven Gesamtentwicklung alle sieben Regierungsbezirke Bayerns beigetragen, darunter am stärksten der Regierungsbezirk Niederbayern (+16,3 Prozent gegenüber Mai 2015 auf aktuell 187,6 Millionen Euro baugewerblicher Umsatz).**

Den gewerblichen und industriellen Tiefbau ausgenommen (-8,7 Prozent), punktete der baugewerbliche Umsatz des Wirtschaftssektors auch nach Baupartnern unterschieden durchweg positiv, und zwar mit Zuwachsraten zwischen 2,5 Prozent (öffentlicher Hochbau) und 33,6 Prozent (Straßenbau). Ende Mai 2016 waren im bayerischen Bauhauptgewerbe insgesamt 83.558 Personen tätig (+3,5 Prozent) und die Auftragseingänge bezifferten sich auf einen Gesamtwert von 1,12 Milliarden Euro (+1,8 Prozent).

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, erwirtschaftete das Bauhauptgewerbe in Bayern im Mai 2016 einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von 1,16 Milliarden Euro. Gegenüber dem Ergebnis vom Mai 2015 bedeutet dies ein deutliches Umsatzplus von 94,2 Millionen Euro bzw. 8,9 Prozent.

### Starke Niederbayern

Zu diesem positiven Umsatzergebnis haben ausnahmslos alle bayerischen Regierungsbezirke sowie ausgenommen den gewerblichen und industriellen Tiefbau (-8,7 Prozent gegenüber Mai 2015 auf 116,5 Millionen Euro baugewerblicher Umsatz) alle Baupartnern beigetragen.

Nach Regierungsbezirken unterschieden, verzeichnete Niederbayern das stärkste Umsatzplus (+16,3 Prozent) und nach Baupartnern differenziert der Straßenbau (+33,6 Prozent).

Demgegenüber vergleichsweise am schwächsten positiv punktete Oberbayern (+1,5 Prozent) bzw. der öffentliche Hochbau (+2,5 Prozent).

Die Auftragseingänge im bayerischen Bauhauptgewerbe beliefen sich im Mai 2016 auf einen Gesamtwert von 1,12 Milliarden Euro und lagen damit nominal um 1,8 Prozent höher als im Mai 2015. Während an diesem Gesamtanstieg der Auftragseingänge der öffentliche Hochbau, der Straßenbau sowie der Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen mit überdurchschnittlichen Zuwachsraten partizipierten, hatten der Wohnungsbau sowie der gewerbliche und industrielle Hoch- und Tiefbau jeweils niedrigere Auftragseingänge als vor Jahresfrist zu verbuchen.

Mit insgesamt 83.558 tätigen Personen waren Ende Mai 2016 im bayerischen Bauhauptgewerbe auch mehr Mitarbeiter beschäftigt als vor Jahresfrist (+3,5 Prozent). Diese Beschäftigten leisteten im Berichtsmonat an 19 Arbeitstagen (Mai 2015: 18 Arbeitstage) insgesamt 8,4 Millionen Arbeitsstunden (+5,1 Prozent), darunter 3,7 Millionen Arbeitsstunden beim „Bau von Gebäuden (ohne Fertigteilbau)“ (+3,2 Prozent).

Für die erbrachte Arbeitsleistung standen Bruttoentgelte in Summe von 266,6 Millionen Euro zur Zahlung an (+9,6 Prozent), wovon 123,7 Millionen Euro den tätigen Personen im vorausgehend benannten Wirtschaftszweig zukamen (+7,4 Prozent). **DK**

## Kommunen sollen mehr Bauland ausweisen

Innenminister Herrmann legt Wohnungszahlen 2015 vor

**Mit mehr als 6,26 Millionen Wohnungen habe Bayern im vergangenen Jahr einen neuen Rekordwert erzielt. Dennoch bestehe vor allem in den Ballungsräumen weiterhin ein großer Bedarf an neuem Wohnraum. Dies teilte jüngst Innen- und Bauminister Joachim Herrmann anlässlich der Präsentation der aktuellen Wohnungszahlen in Bayern mit. Er appellierte erneut an die Kommunen, mehr Bauland auszuweisen.**

Mit dem Wohnungspakt Bayern habe die Staatsregierung im Oktober letzten Jahres ein ganzes Maßnahmenpaket zur Ankerbelung des Wohnungsbaus auf den Weg gebracht. Bis 2019 sollen rund 28.000 neue staatliche bzw. staatlich geförderte Wohnungen entstehen. Dafür werde der Freistaat ca. 2,6 Milliarden Euro an Fördermitteln bereitstellen, erklärte der Bauminister.

### Großer Wohnraumbedarf

Auch wenn es nach der Ende letzten Jahres durchgeführten Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestands in 2015 rund 50.500 mehr Wohnungen als 2014 gab, bestehe nach wie vor ein großer Wohnraumbedarf in Bayern. Dem müsse durch stetiges Bauen Rechnung getragen werden.

In seinen Ausführungen wies Herrmann auch auf die in den

letzten Jahrzehnten massiv gestiegene Wohnqualität hin, wonach heute jeder Einwohner Bayerns durchschnittlich ca. 47,8 Quadratmeter Wohnfläche (37,5 qm vor 30 Jahren) habe. Im letzten Jahr seien 13,3% der Unterkünfte Ein- oder Zweizimmerwohnungen gewesen. 45,3% der Wohnungen hätten fünf oder mehr Räume gehabt. Des Weiteren seien 67,4% der Wohngebäude Einfamilienhäuser, 18,5% Zweifamilien- und 14,1% Mehrfamilienhäuser (inkl. Wohnheime) gewesen.

### Plädoyer für Steueranreize

Abschließend forderte Herrmann die Berliner Bundesregierung auf, einen neuen Anlauf für Steueranreize, z.B. bessere Abschreibungsmöglichkeiten für Investoren zu unternehmen. Der Wohnungsbau müsse mit vereinten Kräften angekurbelt werden. **rm**

Oberpfraundorf:

## Gebäudesanierung hauptsächlich auf Basis von Eigenleistung

Es muss nicht immer ein Abriss und Neubau sein. Und auch der Anteil der Eigenleistung kann mal höher sein – und trotzdem entsteht etwas Ordentliches. So geschehen bei der Sanierung des aus den frühen 1960er Jahren stammenden Schulhauses in Oberpfraundorf (Markt Beratzhausen). Hier wurde das (natürlich) in die Jahre gekommene frühere Schulgebäude zum Großteil in Eigenleistung saniert und renoviert, so dass die Vertreter der Interessensgemeinschaft Schulhaus dem 2. Bürgermeister und Bauleiter Martin Tischler symbolisch einen (Brez)Schlüssel zur Beendigung des Projektes übergeben konnten.

Über 50 Jahre – da hatte die Zeit natürlich sehr am Bestand des Bauwerks genagt, ganz zu schweigen von aktuellen Herausforderungen in Sachen Energiereduzierung, Dämmung usw. Das betraf gleichermaßen die ehemaligen Klassenräume, welche vor allem die in der Region verstreute Baptistengemeinde für Gottesdienste, Bibelstunden etc. nützt, wie auch die Turnhalle, die für Sport-, Turn- und Gymnastikangebote des Sportvereins bzw. weiterer Gruppen zur Verfügung stand. Und da sich auch einer der beiden Sportplätze des Dorfes gleich daneben befindet, ist der gesamte Komplex neben der sportlichen Nutzung oft ein idealer Platz für Feste und Feiern (Pfarrfest usw.)

Erste Überlegungen hinsichtlich einer Sanierung gab es 2008, doch die errechneten Ko-

sten waren den Beteiligten zu hoch. In der Folgezeit kamen unterschiedliche Ideen ins Spiel: Abriss und stattdessen Baugelände bzw. Parkplätze, ein multifunktionaler Neubau bzw. ein

denn nichts vorwärtsgehe. „Danach haben wir die Sache angepackt, auch wenn es sich zunächst noch etwas verzögert hat“, blickt der 2. Bürgermeister zurück.

Doch die Verzögerung auf Seiten der Kommune nutzten die beiden Damen mit einigen weiteren Mitstreitern, um ihrerseits Vorarbeiten und Planungen hinsichtlich der Sanierung des Gebäudes voranzubringen: Unterstützung und PR durch eine Benefiz-Aktion eines bayernweiten privaten Radiosenders,

team gegründet - die Basis für die dann folgende gut 23 Monate dauernde Bauzeit, die in mehrere Bauabschnitte unterteilt war.

Letztendlich betragen, so Meierhofer, die Gesamtkosten für das Projekt nur rund 59.000 Euro. Das heißt, es flossen viel Eigenleistung, Spenden von Firmen (32 Unternehmen waren beteiligt) und breite Unterstützung der Dorfbewohner in das Bauprojekt. Beteiligt daran waren 269 Personen mit 4820 Helferstunden, darüber hinaus gab es viele Sach-, Material- und Brotzeitpenden etc.

Als besonders erfreulich sieht es der IG-Sprecher, dass auch die Turnhalle in die Sanierung miteinbezogen werden konnte. Im Rückblick auf die letzten Monate ist der Heizungsverbrauch vor allem aufgrund der vorgenommenen Dämmungen und der neuen Fenster wesentlich gesunken. Neben den Dorfbewohnern halfen auch die Baptisten durch Spenden, freiwillige Leistungen und Brotzeiten tatkräftig mit.

Seit Fronleichnam, als mit dem Pfarrfest das damals fast ganz fertige Haus und auch die Turnhalle ihre Feuertaufe hatten, werden die Plätze im Freien und die Räume bereits eifrig von Kindern und Jugendlichen zum Spielen, Turnen, Tanzen und für viele weitere Freizeitbetätigungen genutzt, aber auch von Erwachsenengruppen (Fitness, Proben des Männergesangsvereins und der Stoapfänger Schenkelklopfer). Natürlich nutzen auch die Baptisten weiterhin ihre Räume.

Vor allem durch den „sehr guten Zusammenhalt in Pfaundorf und Umgebung“ sei dieses Projekt zu realisieren gewesen – ja es habe den Zusammenhalt sogar noch gestärkt, fasst der IG-Sprecher zusammen. Und auch 2. Bürgermeister und Bauleiter Tischler freute sich. „Das Wichtigste ist die Nutzung für viele Kinder und Jugendliche. Es war mir eine Freude, Euch bei diesem Projekt unterstützen zu dürfen.“ **Markus Bauer**

Raum-Module · Raum-Container · Hallensysteme  
www.renz-container.eu

Dorfgemeinschaftshaus oder das Schulhaus einfach verfallen zu lassen. Vor allem gegen die letztgenannte Alternative bildete sich Widerstand. Martin Tischler erinnert sich noch gut an den 28. Juli 2013, als ihn bei einem Sommerfest zwei engagierte Frauen, Hermine Wein und Sandi Meierhofer, sehr bestimmt und direkt angingen und darüber klagten, warum in der Sache „Schulhaus Pfaundorf“

Kostenkalkulation bei Einbringung vieler Arbeiten in Eigenleistung. Manfred und Sandi Meierhofer, Josefine Kronner, Maria Ehmann und (bis August 2015) Hermine Wein bildeten die Interessensgemeinschaft Schulhaus und gaben regelmäßig über Facebook sowie bei besonderen Ereignissen auch über die Presse die jeweiligen Aktivitäten bekannt. „Wir wollten das Haus und den Platz, den Bolz- und Spielplatz für die Kinder erhalten. Wir stellten uns die Frage: ‘Können wir etwas machen – und wenn ja, wie?’“, blickt Manfred Meierhofer zurück.

Und sie erhielten große Aufmerksamkeit. Nach mehreren Aktionen im Vorfeld gab es im August 2014 einen Ortstermin für die Marktgemeinderäte und interessierte Bürger – letztlich mit über 130 Leuten. Hier wurde zum einen die gute Bausubstanz festgestellt, zum anderen nach der Diskussion im Landtagshof Schnaus ein Projekt-

Bayerische Bauindustrie:

## Taskforce Netzausbau sorgt für Transparenz

„Die bayerische Bauindustrie begrüßt die Einsetzung der Taskforce Netzausbau unter der Leitung von Staatssekretär Franz Josef Pschierer ausdrücklich. Sie zeigt, dass der Freistaat den Netzausbau jetzt zügig vorantreibt. Dabei werden die Belange der Bürger ebenso beachtet wie Landschafts- und Naturverträglichkeit. Zugleich geht es jetzt darum, dass beim Netzausbau nach Möglichkeit bayerische Unternehmen zum Zuge kommen“, sagte Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, bei der Informationsveranstaltung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums „Netzausbau in Bayern: Chancen für die bayerische Wirtschaft“. „Der Netzausbau geschieht so für alle Beteiligten transparent und nachvollziehbar.“

„Die nach Bayern führenden Stromtrassen überwiegend in die Erde zu verlegen ist der richtige Weg, um die Akzeptanz der Energiewende bei der bayerischen Bevölkerung zu erhöhen“, so Schmid. „Bei der Erdverkabelung können die Unternehmen der bayerischen Bauindustrie ihre große Erfahrung und ihre Expertise einbringen. Darauf sollte TenneT zurückgreifen.“

„Nach unserer Erfahrung“, so Schmid, „ist es bei komplexen Großprojekten wie dem Bau von Stromübertragungsstrassen am besten, diese partnerschaftlich

durchzuführen. Das empfiehlt auch die Reformkommission Bau von Großprojekten.“

Wenn Auftraggeber, Planungsexperten, Lieferanten, Bauunternehmer und die Verantwortlichen des Netzbetriebs von Anfang an einen Tisch zusammensetzen, um gemeinsam die beste Lösung zu entwickeln, profitieren alle Beteiligten: „So kommen wir am besten zu innovativen Lösungen. So schaffen wir es, die Wertschöpfung in Bayern entstehen zu lassen. Partnerschaftlich gelingen solche Großprojekte am besten.“ □

## Wohnsitzzuweisung für Flüchtlinge

Nachdem es auf Bundesebene mit dem Integrationsgesetz gelungen ist, eine länderbezogene Regelung für anerkannte Flüchtlinge auf den Weg zu bringen, die alle Bundesländer in gleicher Weise wie bei Asylbewerbern in die Pflicht nimmt, bedarf es in Bayern einer Konkretisierung auf der Ebene der Regierungsbezirke, der Kreisverwaltungsbehörden und auch der Gemeinden. Es liegt nun in der Hand der Bayerischen Staatsregierung, mit der geplanten Änderung der Asylverfahrensverordnung (DV-Asyl) die richtigen Weichen für eine ausgewogene Wohnsitzverteilung der Flüchtlinge zu stellen.

„Wir erwarten durch die DV-Asyl eine Regelung, die kaskadenförmig eine konsequente,

gleichmäßige Verteilung auf die Regierungsbezirke, von dort auf die Kreisverwaltungsbehörden und schließlich auf alle Städte und Gemeinden sicherstellt“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags und Landrat von Deggendorf Christian Bernreiter. „Dabei steht für uns das Ziel einer gelingenden Integration im Vordergrund“, ergänzt er.

Zum einen lassen sich die Integrationsaufgaben am besten bewältigen, wenn alle Städte und Gemeinden ihren Anteil dazu beitragen. Zum anderen gewährleistet ein ausgewogenes Verhältnis zwischen bleibberechtigten Flüchtlingen und der Gesamtbevölkerung eines Ortes den sozialen Frieden und lässt Ghettobildungen entgegenwirken. □



## Bereits über 1 Million Recyclingbaustoffe im 1. Halbjahr 2016 zertifiziert

Über das Qualitätssicherungssystem des Baustoff Recycling Bayern e.V. konnten im ersten Halbjahr 2016 bereits 1,032 Mio. Tonnen Recyclingbaustoffe in Bayern zertifiziert werden. Dies ist eine Steigerung gegenüber dem 1. Halbjahr 2015 um + 33% (+ 250.000 Tonnen).

Produziert wurden überwiegend RC-Beton (28,2 %) und RC-Mix (27,9 %). Der Anteil der für den staatlichen Straßenbau geeigneten Recyclingbaustoffe RC FSS-StB = Frostschutzmaterial gem. TL SoB-StB sowie RC Erd-StB für den Unterbau gem. TL BuB E-StB steigerte sich zudem auf knapp 38 % (+ 15 % gegenüber 2015).

Diese Ergebnisse spiegeln durchaus wieder, dass von Seiten der privaten, gewerblichen und öffentlichen Auftraggeber zunehmend geprüfte, güteüberwachte und zertifizierte Recyclingbaustoffe nachgefragt werden.

So konnten z. B. bei der Erweiterung der Rastanlage Fürholzen an der A 9 im Norden von München bisher bereits ca. 240.000 Tonnen Recyclingmaterialien als Frostschutzschichten (RC-Beton) und im Unterbau (RC-Beton und RC-Mix) eingesetzt werden.

Die Vorteile liegen auf der Hand: Die zertifizierten Recyclingbaustoffe der Baustoff Recycling Bayern-Mitglieder sind geprüft und güteüberwacht, hochwertig, vielseitig einsetzbar und wirtschaftlich, gleichwertig zu Primärbaustoffen! sowie ortsnahe verfügbar, nachhaltig und ressourcenschonend.

Durch die Zertifizierung bestätigt Baustoff Recycling Bayern die Konformität mit den geltenden bau- und umwelttechnischen Vorschriften, macht die Qualitätssicherung transparent sowie nachvollziehbar und schafft vor allem auch Vertrauen und Akzeptanz bei Kunden und Behörden. □



Feierliche Schlüsselübergabe: 2. Bürgermeister und Bauleiter Martin Tischler. Rechts von ihm (im Hintergrund bzw. daneben) Sandi und Manfred Meierhofer, Maria Ehmann und Josefine Kronner von der Interessensgemeinschaft Schulhaus. □

Bayerische Landesstiftung:

## 8.500 Euro für ehemaligen Pfarrhof in Rettenbach

Die Bayerische Landesstiftung fördert mit 8.500 Euro den Umbau und die Sanierung des ehemaligen Pfarrhofs in Rettenbach. Dies hat der Stiftungsrat der Bayerischen Landesstiftung im Rahmen seiner jüngsten Sitzung beschlossen, wie die heimischen Landtagsabgeordneten Alfred Sauter und Dr. Hans Reichhart mitteilen.

Der Pfarrhof mit Pfarrgarten in der St.-Ulrich-Str. 9 liegt südlich der Pfarrkirche St. Ulrich auf einem Geländevorsprung. Der Giebelbau stammt aus dem 18. Jahrhundert und wurde zuletzt im Jahr 1980 instand gesetzt. „Es ist sehr zu begrüßen, dass mit der Bewilligung des Zuschusses durch die Bayerische Landesstiftung ein nachhaltiger Beitrag zum Erhalt dieses ortsbildprägenden Baudenkmals geleistet werden kann“, freut sich Dr. Hans Reichhart.

Die Gesamtkosten für den Umbau und die Sanierung des Anwesens betragen 556.920 Euro, wovon 100.000 Euro zuwendungsfähige Kosten sind. Der von der Bayerischen Landesstiftung gewährte Zuschuss beläuft sich auf 8.500 Euro. Die übrigen Kosten werden durch

den Landkreis Günzburg, den Bezirk Schwaben sowie aus Eigenmitteln von Peter und Petra Oberauer erbracht.

Die seit 1972 bestehende Bayerische Landesstiftung fördert kulturelle und soziale Projekte, vor allem Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen von bedeutenden Bau- und Kunstdenkmälern in Bayern, aber auch Baumaßnahmen nicht-staatlicher Museen, modellhafter Alten-, Pflege- und Behindertenreinrichtungen sowie herausragende Projekte der Kinder-, Familien- und Jugendhilfe. „Im Landkreis Günzburg konnten dank der Unterstützung der Bayerischen Landesstiftung bereits viele bedeutsame Baudenkmäler für die kommenden Generationen erhalten werden“, so Sauter abschließend. □

Baustaatssekretär Eck setzt symbolischen Spatenstich:

## Preisgünstiger Wohnraum in Neu-Ulm

1,95 Millionen Zuschuss und 3,85 Millionen zinsloses Darlehen vom Freistaat Bayern für 36 Mietwohnungen

In der Münsterblickstraße in Neu-Ulm entstehen 36 neue Mietwohnungen. Mit 1,95 Millionen Euro Fördermittel unterstützt der Freistaat Bayern hier die Stadt beim Bau von preisgünstigen Wohnungen. Zusätzlich erhält die Stadt von der Bayern-Labo ein zinsloses Darlehen in Höhe von 3,85 Millionen Euro.

Bayerns Innen- und Baustaatssekretär Gerhard Eck informierte bei einem symbolischen Spatenstich in Neu-Ulm über die unterschiedlichen Fördermöglichkeiten für Gemeinden aus dem Wohnungspakt Bayern. „Der Wohnungspakt Bayern ist ein starkes Programm, mit dem wir nicht nur selbst preisgünstige Wohnungen bauen, sondern auch Gemeinden beim Bau tatkräftig unterstützen. Gemeinsam wollen wir so den Druck auf dem Wohnungsmarkt, besonders in Ballungsräumen, nehmen. Die staatliche Unterstützung in dieser Form sucht bundesweit seinesgleichen“, so Eck.

### Höhere Wohnraumförderung

Wie Bayerns Baustaatssekretär weiter erläuterte, wurde die Wohnraumförderung kräftig ausgebaut. Eck: „Allein dieses Jahr stehen für die Wohnraum- und Studentenwohnraumförderung mehr als 400 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind mehr als 100 Millionen Euro mehr als letztes Jahr. Damit un-

terstützen wir gerade die Menschen, die sich in den Ballungsräumen auf dem Wohnungsmarkt schwer tun.“

Der ‚Wohnungspakt Bayern‘ wurde 2015 von der Bayerischen Staatsregierung beschlossen und sorgt zeitnah für preisgünstigen Wohnraum. Bis 2019 entstehen bayernweit 28.000 neue staatlich finanzierte oder geförderte Mietwohnungen. Der Wohnungspakt setzt sich zusammen aus einem staatlichen Sofortprogramm, einem Kommunalen Wohnraumförderungsprogramm und dem Ausbau der allgemeinen Wohnungsbauförderung. Bis 2019 stehen hierfür rund 2,6 Milliarden Euro bereit.

Für einen zukünftigen Bauabschnitt an der Münsterblickstraße konnte die Wohnungsgesellschaft Neu-Ulm (NUWOG) als aktiver Partner des Modellvorhabens der Obersten Baubehörde „effizient bauen, leistungsfähig wohnen“ gewonnen werden. „Die NUWOG entwickelt preisgünstige Wohnkonzepte, ohne den Wohnwert dabei zu mindern“, hob Staatssekretär Eck hervor. □

# Bedeutende Informationsplattform

**Kommunalwerkstatt des Bayerischen Gemeindetags:  
46. Führungskräfteforum der Wasserwirtschaft in Rothenburg ob der Tauber**

Der Bayerische Gemeindegtag versammelte heuer bereits im 46. Jahr die Führungskräfte der bayerischen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Hierzu kommen jedes Jahr die Verantwortlichen von etwa der Hälfte des in Bayern gelieferten Trinkwassers bzw. entsorgten Abwassers zusammen. An der Tagung unter der Leitung von Direktorin Dr. Juliane Thimet nahmen heuer rund 160 Bürgermeister und Geschäftsführer von Zweckverbänden, Vertreter aus Ministerien, Behörden und kommunalen Spitzenverbänden sowie Fachleute der Wasserwirtschaft und Wissenschaftler teil.

Ein Schwerpunktthema der diesjährigen Informationsplattform war der Grundwasserschutz in Bayern. „Es besteht dringender Handlungsbedarf, damit Bayerns Wasserversorger auch künftig naturbelassenes Trinkwasser an die Bürgerinnen und Bürger abgeben können. Zu den kommunalen Pflichtaufgaben zählt die sichere und zuverlässige Trinkwasserversorgung. Was bisher hervorragend funktioniert, droht nun schwieriger zu werden“, stellte Dr. Franz Dirnberger, Geschäftsführer des Bayerischen Gemeindetags, fest.

## Düngeverordnung

Handlungsbedarf bestehe insbesondere aus rechtlicher Sicht: „Die Novelle der Düngeverordnung ist entsprechend anzupassen. Notwendig ist insbesondere, Düngemittel in Zukunft grundwasserschonend einzusetzen. Die Nitratbelastungen sind hier der kritische Parameter. Wichtig ist für die kommunalen Wasserversorger auch, dass nicht nur sie – und damit die Bürgerinnen und Bürger – die Kosten für die Nitratbelastungen tragen, sondern vor allem auch die Verursacher“, forderte Dirnberger.

Mit einem Anteil von rund 90 Prozent ist in Bayern das Grundwasser der wichtigste Wasservorrat für die Trinkwassergewinnung. Für seinen Schutz sorgen Wasserschutzgebiete mit entsprechenden Auflagen und freiwillige Kooperationen zwischen Wasserversorgern und Landwirten. Auf diese Weise wird eine grundwasserschonende Bewirtschaftung von land- und forstwirtschaftlichen Flächen in Wasserschutzgebieten sichergestellt. Die finanziellen Ausgleichsmaßnahmen für diese freiwilligen Kooperationen tragen die Wasserversorger gerne. Das führt nämlich dazu, dass der Grundwasserschutz in den Wasserschutzgebieten funktioniert.

„Aktuell haben wir in Bayern keine Probleme in den Wasserschutzgebieten. Außerhalb der Wasserschutzgebiete ist die Entwicklung der Nitratbelastungen dagegen mancherorts besorgniserregend“, machte Dirnberger deutlich. Dies zeigt die aktuellen Messdaten des Bayerischen Landesamtes für Umwelt.

Betroffen sind vor allem Gebiete mit intensiver landwirtschaftlicher Nutzung. Der Anbau von Hopfen, Wein, Spargel, Gemüse und insbesondere der intensive Maisanbau stellen große Herausforderungen für die Wasserversorger dar. „Zwar kann das Trinkwasser in Bayern heute zum größten Teil ohne teure technische Aufbereitung an die Kunden abgegeben werden. Grundwasser hat jedoch ein langes Gedächtnis, d. h. dass wir schon heute die wasserwirtschaftlichen Auswirkungen für morgen unbedingt berücksichtigen müssen“, unterstrich Dirnberger.

Ein Zukunftsthema werden die Investitionen in die Sanierung der Abwassernetze sein, die – zusammen mit den Kläranlagen – die wertvollste Einrichtung einer Gemeinde darstellen. Die Leitungen sind vergraben, aber auf der kommunalen Handlungsagenda nicht

zu vergessen. Der sofortige, kurz- oder mittelfristige Sanierungsbedarf liegt derzeit bei 14,5 Prozent des Netzes. Zwar ist dieser seit der letzten Erhebung zum Zustand der Kanalisation in Bayern aus dem Jahre 2008 (15,7 Prozent) zurückgegangen; dennoch besteht Handlungsbedarf – und der beginnt bei der Befassung mit dem Thema Verantwortung für die wichtige Infrastruktureinrichtung der Abwasserentsorgung.

Der erste Schritt zur Kanalsanierung ist die Bestandsaufnahme des Zustands der Kanalisation über Kanalkataster. Die Erstellung eines solchen Katasters wird vom Freistaat auch in der RZWas 2016 weiterhin mit 1 Euro/laufender Meter als Anreiz gefördert. Dies ergibt sich aus dem Sonderprogramm „Kanalkataster“ (Teil 2). Zustandserfassung, Zustandsbeurteilung und Sanierungskonzept lauten die Arbeitsschritte, ehe Projektplanung und Bauausführung folgen können.

## Klärschlammnutzung

Die Nutzung von Klärschlamm in der Landwirtschaft hat sich laut Martin Weyand, Geschäftsführer Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches (Landesgruppe Bayern), in den vergangenen 20 Jahren zu einem gut kontrollierbaren und praktikablen Entsorgungsweg etabliert. Dieser sollte für Kläranlagen aller Größenklassen auch zukünftig möglich sein. Die Umweltminister der Länder sollten sich dafür einsetzen, dass auch über das Jahr 2025 hinaus Klärschlamm, die alle Güteziele wie zum Beispiel Stoff-Grenzwerte sicher einhalten, in der Landwirtschaft und im Landschaftsbau verwendet werden dürfen.

Maßgebend für die Zukunft der landwirtschaftlichen Verwertung wird sein, wie mit polymeren Flockungsmitteln umgegangen wird. Voraussichtlich wird den Kläranlagenbetreibern vorgeschrieben werden, den Nachweis zu erbringen, dass in einem Zeitraum von drei Jahren, d. h. für die Jahre 2017-2019, eine bestimmte Verwendungsmenge nicht überschritten wird. Wird dieser Wert überschritten, muss der Klärschlamm – nach seiner Trocknung – verbrannt werden.

Zudem müssen aus Weyands Sicht die Fristen für die verpflichtende Einführung der Phosphor-Rückgewinnung verlängert werden. Angesichts der Planungs- und Genehmigungszeiträume für die Errichtung von Anlagen zur Phosphor-Rückgewinnung seien die für größere Kläranlagen vorgeschlagenen Fristen zur verpflichtenden Einführung unrealistisch. Auch weil die technologischen Entwicklungen noch nicht abgeschlossen sind, sei mindestens eine Übergangsfrist bis zum Jahr 2030 erforderlich. Die Investitionen für die Vermeidung der landwirtschaftlichen Verwertung und Phosphorrückgewinnung erzeugen erhebliche Mehrkosten für die Abwasserentsorgung und damit den Gebührenzahler, so Weyand.

Der Geschäftsführer des DVGW-Landesverbandes Bayern Jörn-Helge Möller, der über das neue DVGW-Arbeitsblatt W1000 berichtete, führte zu-

nächst aus, dass beim Errichten von Anlagen der Wassergewinnung, -aufbereitung, -speicherung und -verteilung meistens den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprochen würde, es aber beim Betrieb „hapert“. Ein nicht regelkonformer Betrieb würde vor allem die kleinen Wasserversorger betreffen – und als Wasserversorger mit einer Abgabemenge von unter 100.000 Kubikmeter im Jahr fungierten in Bayern etwa 1.000 Betriebe.

Der Referent betonte im Hinblick auf „die Kleinen“, dass man sich bei der Erarbeitung von W1000 um eine „KMU-freundliche Formulierung“ bemüht habe. Gleichwohl bewege sich das Arbeitsblatt immer noch in der Schleife des zweiten Einspruchsverfahrens. Die Geister hätten sich an der geforderten Personalqualifikation entzweit. Gleichwohl müsse man an der Prämisse festhalten: „Dort wo es komplex wird, gehört es in die Hand eines Ingenieurs.“ Es dürfe nicht sein, dass man die Wasserversorgung einfach an ein Bauunternehmen delegiere.

## DVGW-Arbeitsblatt W1000

Um den W1000-Kritikern entgegen zu kommen, sei man von der Kubikmeterunterteilung weggegangen, führte Möller aus. Denn wichtig sei nicht der Kubikmeter, sondern der Mensch. Deshalb würde man jetzt Bezug auf die Zahl der versorgten Einwohner nehmen. Als Abgrenzungskriterien dienen folgende Werte: bis 5.000 versorgte Einwohner, bis 30.000 versorgte Einwohner und über 30.000 versorgte Einwohner. Ab 30.000 versorgte Einwohner müsse sich ein Ingenieur um die Wasserversorgung kümmern. Der „Wasservorgang“ komme im W1000 nicht mehr vor.

Nach den Worten von Matthias Simon (Bayerischer Gemeindegtag) begrüßt es sein Verband ausdrücklich, dass mit den Richtlinien zu Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas) 2016 sowie dem Sonderförderprogramm für die Erstellung

eines Kanalkatasters die Tür für eine langfristige Sanierungsförderung für den Bereich der leistungsgebundenen Einrichtungen geöffnet wurde. Das Fördersystem, das vom Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz völlig neu entwickelt wurde, lasse sich gut nachvollziehen. Ob die Fördersystematik ihre Zielsetzung erreichen wird, müsse sich im Vollzug erweisen.

Positiv scheint die Überlegung, die Gemeinden mit einer seit 2004 abnehmenden Bevölkerung – also nicht zuletzt viele nord- und ostbayerische Gemeinden – mit einem Demografiefaktor rechnerisch zu begünstigen. Positiv zu bewerten sei zudem die grundsätzliche bekundete Absicht, mit dem vorliegenden Förderprogramm den Grundstein für eine langfristige und nachhaltige Sanierungsförderung zu legen.

## RZWas

Unter den Mitgliedern des Bayerischen Gemeindetags besteht jedoch auch eine lebhaft Diskussion zu verschiedensten Kritikpunkten der gegenwärtigen Fördersystematik sowie der Mittelausstattung des Förderprogramms. Folgende gelte es in der gegenwärtigen Programmaufzeit an die Politik heranzutragen:

- Begrenzung auf getätigte Investitionen erschwert flächendeckende Förderung
- Vier Jahres-Zeitraum ist zu kurz
- Differenz zwischen tatsächlichen Sanierungskosten und Fördersätzen
- Gesamtfördervolumen in Höhe von 40 Mio. Euro p.a. ist ein „Tropfen auf den heißen Stein“

Simon zufolge versteht der Bayerische Gemeindegtag die Weichenstellungen von Staatsregierung, Landtag und Umweltministerium für die anstehende Förderphase als Auftakt für einen weiteren Ausbau der Sanierungsförderung. Die von Seiten des Umweltministeriums zugesagte und unter Einbindung des Bayerischen Gemeindetags in zwei Jahren erfolgende Evaluierung des Programms werde hierzu weitere Erkenntnisse bringen. „Wir sind überzeugt, dass auch nach Ablauf der gegenwärtigen Förderphase eine finanziell stark ausgestattete, langfristige Sanierungsförderung in die Verlängerung gehen muss“, erläuterte der Verbandsvertreter. **DK**



## Wasser marsch in der Schatzinsel!

Die heißen Temperaturen dürfen gerne zurückkommen! Das wünschen sich die 125 Kinder im städtischen Kinderhaus Schatzinsel in Rottenbauer. Ende Juni wurde dort der lang herbeigesehnte Wasserspielplatz eingeweiht. Glücklicherweise waren die Temperaturen bei der Einweihung entsprechend warm, so dass die Kinder die Erfrischung genossen. Auf etwa 35 Quadratmeter Fläche können sie nun rund um Findlinge und kleine Staudämme im Wasser planschen.

Auf dem Foto sind von rechts mit zahlreichen Kindern zu sehen: Thomas Grob (Leiter Kinderhaus Schatzinsel), Ulrike Landeck (Fachabteilung Hochbau Stadt Würzburg), Karola Fleischmann (stellvertretende Leitung Fachbereich Jugend und Familie), Stadtrat Rainer Schott, Barbara Heß, (stellvertretende Leiterin Kinderhaus Schatzinsel), Monika Kraft (kommissarische Leitung Fachabteilung Kindertagesbetreuung), Claudia Matiaschek (Erzieherin Kinderhaus Schatzinsel), Marcus Viebahn (verantwortlicher Garten- und Landschaftsarchitekt), Wiebke Schlödelburg (Elternbeirat). **□**

## 40 Jahre Rottal Terme:

# Heilkraft des Wassers

Vor 40 Jahren, am 23. Juli 1976, wurde die Rottal Terme in Bad Birnbach nach fast zweijähriger Bauzeit eröffnet. Heute ist der anerkannte Kurort ein Dorado für alle, die ihrer Gesundheit etwas Gutes tun wollen. Den runden Geburtstag feierte man u. a. mit dem Chrysantifest unmittelbar vor den Toren der Rottal Terme und einem Mondscheinbad.

Seit vier Jahrzehnten sprudelt das Original Bad Birnbacher Heilwasser aus der Chrysantiquelle im Kurpark. Gefunden wurde die Heilquelle in sagenhaften 1.618 Meter Tiefe bereits drei Jahre früher, im September 1973. Dem Bohrloch entströmte 70 Grad heißes, dampfendes Wasser, das mit Kannen und Kübeln aufgefangen wurde. Schnell machte es durch seine wohltuende Wirkung von sich reden. Wannen wurden aufgebaut, ein regelrechtes „Wildbad“ entstand. Der wissenschaftliche Nachweis über die Heilkraft ließ nicht lange auf sich warten.

## 30 verschiedene Becken

Die Rottal Terme ist ein gutes Beispiel dafür, wie aus kleinen Anfängen heute eines der modernsten und facettenreichsten Gesundheitszentren Bayerns geworden ist und trotzdem nichts von seiner ländlichen Idylle verloren hat. Untergliedert in die drei Hauptbereiche Thermenwelt, The-

rapiebad und die Saunalandschaft Viatarium stehen den Gästen insgesamt 30 unterschiedliche Becken – vom Schwimmbecken über die Salzwasser-Lagune bis hin zum 40 Grad-Heißwasserbecken – zur Verfügung.

Die Heilkraft des Wassers, speziell bei Gelenk- und Gliederproblemen sowie Rheuma ist aktuell in der „großen Heilquellenanalyse“ wieder bestätigt worden. Neben einer großen Palette individuell kombinierbarer Angebote in den Bereichen Kur, Gesundheitsvorsorge und Wellness rückt seit letztem Jahr der Bereich „Burn-out“ in den Vordergrund.

Immer mehr Menschen im mittleren Alter sind den beruflichen und familiären Anforderungen nicht mehr gewachsen. Die Folgen sind psychische und physische Probleme, die bis zur dauernden Arbeitsunfähigkeit führen können. Um dem entgegenzusteuern, bietet die Rottal Terme ein neues Therapiekonzept an, das auch Präventionscharakter hat. **DK**

# Kampagne für eine saubere Isar

Das Baureferat der Landeshauptstadt München hat kurzfristig eine breite Öffentlichkeitskampagne für eine saubere Isar konzipiert und geplant. Zusätzlich wurde eine Isar-App erstellt. Basis sind entsprechende Stadtratsanträge sowie die Ergebnisse des Runden Tisches „Erholungsraum Isar“ vom 9. Dezember 2015. Der Stadtrat hat Ende April 2016 diesen Maßnahmen des Baureferats zur weiteren Sensibilisierung zugestimmt.

„Es gilt, das Verständnis für die Isar als schützenswerten Wildfluss weiter zu steigern. Dazu gehört die grundsätzliche Einsicht, Abfälle richtig zu entsorgen und sich beim Grillen richtig zu verhalten. Diese Einsicht nimmt zwar beständig zu, alle Maßnahmen für eine saubere Isar müssen jedoch dauerhaft weiter engagiert durchgeführt werden, um langfristig ein umweltbewusstes und rücksichtsvolles Verhalten zu erreichen“, sagt Oberbürgermeister Dieter Reiter.

Für die Kampagne wurde das medienwirksame Konzept „Wahre Liebe ist...“ der Münchner Marketingagentur Freiraum ausgewählt, die auch durch ihre Umsetzbarkeit überzeugte. Zudem werden zwei Vorschläge der Münchner Agentur Foto Konzept Keitel aufgegriffen, eine Kick-Off-Veranstaltung für die Kampagne mit dem Oberbürgermeister sowie ein Müllberg mit dem an einem Wochenende an der Isar eingesammelten Müll. Eine Abbildung dieses Müllbergs wird auf einem in der Isar schwimmenden Floß zu sehen sein.

„Jetzt startet die Öffentlichkeitskampagne Isar 2016. In den nächsten Wochen wollen wir damit möglichst viele Bürgerinnen und Bürger erreichen und für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Naturraum Isar weiter sensibilisieren“, erklärt Baureferentin Rosemarie Hingerl. Die Kampagne umfasst zahlreiche Aktionen:

- Eine Kick-Off-Veranstaltung für die Kampagne, die am 18. Juli stattfand.
- Es wurde ein Kurzfilm produziert, der auf den Social-Media-Kanälen sowie auf dem Portal muenchen.de zu sehen sein wird. Dort ist auch eine Landing-Page zur Kampagne eingerichtet.
- Außerdem wird auf den Social-Media-Kanälen zusätzlich ein Fotowettbewerb am Wochenende 6. und 7. August durchgeführt.
- Während der nächsten Wochenenden werden Fahrradrück-

schas entlang der Isar unterwegs sein und Tüten zum Entsorgen von Grillabfall sowie Info-Material verteilen. Dabei soll auch Werbung für die neue Isar-App gemacht werden.

- Von 18. bis 31. Juli wurde in allen Fahrzeugen der MVG mit Fahrgastfernsehen zwischen 18 und 24 Uhr in regelmäßigen Abständen ein Image-Spot zur Isar-Kampagne des Baureferats zu sehen sein.
- Plakate werden bis 8. August an insgesamt 53 Litfaßsäulen in Isar-Nähe sowie weiteren 733 Plakatkästen der Ströer Deutsche Städte Medien GmbH, die die Kampagne unterstützt, in der ganzen Stadt angebracht.
- Ab dem 14. August wird ein geführtes Floß zwischen Flaucher und Reichenbachbrücke unterwegs sein, auf dem ein großes Infotransparent mit dem bei der Kick-Off-Veranstaltung aufgeschütteten Müllberg zu sehen sein wird.
- Seit 25. Juli gibt es einen Pilotversuch in Zusammenarbeit mit dem EDEKA-Markt Isargärten in Thalkirchen: Der Supermarkt erhebt 2 Euro Pfand auf Einweggrills.
- Zusätzlich wurde am 18. Juli die neue Isar-App freigeschaltet. Sie wurde ergänzend zu der Kampagne kurzfristig von der Portal München Betriebs-GmbH programmiert. Die „Isar-App“ ist direkt unter www.isarapp.de oder über die bereits sehr verbreitete App von muenchen.de aufrufbar. Wenn die Nutzerin oder der Nutzer sich im Isar-Bereich aufhält, erscheint der Teaser auf die „Isar-App“ immer im sichtbaren Bereich des Service-Screens der muenchen.de-App. Sie enthält Informationen über Grillzonen und -regeln, Toiletten und Abfallentsorgungseinrichtungen sowie Wasserwachtstationen und andere „Points of interest“. Sie ist so gestaltet, dass sie jederzeit mit weiteren Infos ergänzt werden kann. **□**

Anforderungen, Nachweise, Vorteile:

## RAL-Gütesicherung für Ingenieur-Leistungen

Die Qualitätssicherung von Kanalbaumaßnahmen hat einen besonders hohen Stellenwert, denn Entwässerungssysteme sind Einrichtungen mit hohen Investitionskosten und langen Nutzungsdauern, die der Daseinsvorsorge und dem Schutz der Umwelt dienen. Die Besonderheit, dass das Bauwerk unmittelbar nach Fertigstellung mit Erde bedeckt wird, ist ein weiterer Grund dafür, dass die fachgerechte Ausführung der Maßnahmen im Fokus steht. Aus diesen Gründen haben Auftraggeber, Ingenieurbüros und ausführende Unternehmen vor mehr als 25 Jahren gemeinsam die RAL-Gütesicherung Kanalbau eingerichtet.

Neben der Ausführung der Maßnahmen tragen natürlich die zugehörigen Ingenieur-Leistungen – wie Planung, Ausschreibung und Bauüberwachung – ganz maßgeblich zum Ergebnis bei. Um die gesteckten Ziele sicher zu erreichen, bedarf es Organisationen mit besonderer Erfahrung und Zuverlässigkeit auch in Bezug auf die Ausschreibung und Bauüberwachung. Da die frühen Phasen eines Projektes in besonders hohem Maße Einfluss auf das Bauergebnis und die Qualität haben, liegt es im Interesse aller Beteiligten, auch für diese Phasen des Projektes geeignete Rahmenbedingungen an die Qualifikation der Verantwortlichen zu definieren.

### Wegweiser für Auftraggeber

Genau dieses Ziel verfolgt die RAL-Gütegemeinschaft entsprechend dem Auftrag ihrer Mitgliederversammlung. Dieser Auftrag wurde mit paritätischen Stimmen von Auftraggeber, Ingenieurbüros und ausführenden Unternehmen gefasst. Die

### Nürnberger Kolloquien:

## Aktuelle Regelungen bei der Kanalsanierung im Blick

Europäische Normen, Regelungen oder Merkblätter von Verbänden werden in jeder Branche fortlaufend überarbeitet – auch in der Abwasserbranche. Um den neuesten Stand abzubilden, veranstaltet die **Verband Ingenieur Qualifizierung am 29. September 2016 die Nürnberger Kolloquien zur Kanalsanierung**. Experten aus dem Bereich Abwasser informieren über theoretische Grundlagen zur Planung und Ausschreibung von Sanierungsmaßnahmen sowie zum Thema Weiterbildung und zur Nutzung von Abwasserinfrastruktur für den Breitbandausbau. Außerdem werden unterschiedliche Sanierungsverfahren von Hausanschlüssen und deren Vor- und Nachteile diskutiert. Abgerundet wird das Kolloquium durch die begleitende Hausmesse.

Im ersten Part der ganztägigen Veranstaltung werden aktuelle Regelwerke der Kanalsanierung thematisiert. Den Einstieg macht Dipl.-Ing. Peter Kalte mit seinem Vortrag zur Honorierung von Planungsleistungen der Architekten und Ingenieure im Rahmen von Kanalsanierungen. Als öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger stellt er die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) von den Grundlagen bis zur konkreten Honorarermittlung dar.

Anschließend zeigen Dipl.-Ing. Andreas Beuntner und Dr.-Ing. Peter Drewniok (Ingutis GmbH) anhand eines Praxisbeispiels Planungsabläufe von Sanierungsmaßnahmen nach der europäischen Norm DIN EN 14654 Teil 2 unter Einbeziehung des Arbeitsblattes DWA-A 134-1 auf.

Die Änderungen, die sich gegenüber einem überarbeiteten Merkblatt ergeben, werden von Dipl.-Ing. Markus Maletz, TÜV Rheinland Industrie Service GmbH, detailliert vorgestellt. Er erläutert das neue DWA Arbeitsblatt A 143 und welche Änderungen es gegenüber dem nicht mehr gültigen Merkblatt

RAL-Gütesicherung bietet Auftraggebern eine Möglichkeit, fachlich geeignete Unternehmen und Ingenieurbüros für ihre Maßnahmen auszuwählen. In den Güte- und Prüfbestimmungen RAL-GZ 961 sind dazu gemeinsam definierte Anforderungen an die Fachkunde, technische Leistungsfähigkeit und technische Zuverlässigkeit der ausführenden Unternehmen und der Ingenieurbüros beschrieben. Ingenieurbüros und Auftraggeber selbst belegen im Bereich Ausschreibung (A) und Bauüberwachung (B) über das Gütezeichen Kanalbau die notwendige Erfahrung und Qualifikation getrennt für den offenen Kanalbau (Gruppe ABAK), für den grabenlosen Einbau (Gruppe ABV) und für die grabenlose Sanierung (Gruppe ABS).

### Engagement für Qualität

Erfüllt der Antragsteller die Eignungskriterien? Die regelmäßige Prüfung, welche Prüfingenieure im Auftrag des Güteausschusses der Gütegemeinschaft Kanalbau vornehmen, bietet Sicherheit. Besondere Er-

fahrungen der Organisation bzw. des eingesetzten Personals werden durch Belege über entsprechende Tätigkeiten nachgewiesen. Zudem erfolgen schriftliche Referenzanfragen an Auftraggeber mit Bestätigung der Ausschreibungs- und Bauüberwachungsleistung. Entsprechend qualifizierte Organisationen betreiben aktiv ein Qualitätsmanagementsystem zur Fehlerminimierung.

Die Zuverlässigkeit des eingesetzten Personals wird durch Vorlage entsprechender Referenzen – zum Beispiel Zeugnisse – nachgewiesen. Regelmäßige Schulungen zur Aufrechterhaltung der Qualifikation runden das Profil der Gütezeicheninhaber ab, die zudem ihre Eigenüberwachung dokumentieren. Dazu erhalten sie Unterstützung der Gütegemeinschaft in Form von Checklisten. Diese tragen dazu bei, dass die wesentlichen Kriterien und Randbedingungen bei der Ausschreibung und Bauüberwachung systematisch geprüft und berücksichtigt werden.

### Suche auf [www.kanalbau.com](http://www.kanalbau.com)

Bauherren finden Gütezeicheninhaber sowohl auf Seiten der Ingenieurbüros als auch auf Seiten der ausführenden Unternehmen über die Suchmaschine auf [www.kanalbau.com](http://www.kanalbau.com). In dieser können Gütezeicheninhaber zum Beispiel über die Auswahl der Beurteilungsgruppe gefiltert werden.

Die RAL-Gütesicherung im Bereich der Ingenieurleistungen befindet sich derzeit in einer spürbaren Entwicklung. Interesse und Nachfrage wachsen, da die Gütesicherung in diesem Bereich allen Beteiligten nutzt. Die Gütesicherung bietet Auftraggebern Orientierung bei der Suche nach fachkundigen Partnern, Ingenieurbüros nutzen das Gütezeichen als Herausstellungsmerkmal, und nicht zuletzt profitieren Unternehmen ebenfalls von einer fachgerechten Grundlage für ihre Arbeiten.

### Unterstützung für die tägliche Arbeit

Mit dem Gütezeichen der Beurteilungsgruppe ABAK erhalten Organisationen einen Eignungsnachweis von neutraler und anerkannter Seite. Die Verleihung des Gütezeichens macht auf einen Blick deutlich, dass die gemeinsam von Auftraggebern, Ingenieurbüros und Auftragnehmern definierten Eignungskriterien erfüllt werden. Darüber hinaus bietet die Gütegemeinschaft vielfältige Unterstützung zur Stärkung der fachlichen Qualifikation. Hierzu gehört das umfangreiche Angebot an Schulungen und Erfahrungsaustauschen der Gütegemeinschaft, die Gütezeicheninhaber ABAK kostenfrei nutzen können.

Auch Sonderaktionen wie der Versand der „Technischen Regeln zum Kanalbau in offener Bauweise“ unterstützen die Gütezeicheninhaber ABAK in ihrer täglichen Arbeit. Die Gütegemeinschaft Kanalbau hat mit Unterstützung von DWA und BeuthVerlag die wesentlichen „Technischen Regeln zum Kanalbau in offener Bauweise“ strukturiert und übersichtlich in einer zweibändigen Loseblattsammlung zusammengestellt. Gütezeicheninhaber der Beurteilungsgruppe ABAK erhalten diese beiden Regelwerks-Ordner im Rahmen ihrer Mitgliedschaft kostenlos. Auch bei der Mitte 2016 ans Netz gegangenen Informations- und Wissensplattform „Akademie Kanalbau“ handelt es sich um ein für die entsprechenden Gütezeicheninhaber kostenfreies Angebot. Insbesondere das hierin enthaltene E-Learning-Modul „Einbau von Abwasserleitungen und -kanälen in offener Bauweise“ bietet Ingenieuren und Technikern eine neue und interessante Möglichkeit, das nötige Fachwissen für den Umgang mit der Kanalinfrastruktur zu erlangen oder zu vertiefen. Darüber hinaus wird Ende 2016 das Handbuch ABAK erscheinen, in dem Know-how für die fachgerechte Ausschreibung und Bauüberwachung zusammengetragen ist. □



Im Fokus: Die Qualitätssicherung von Kanalbaumaßnahmen hat einen besonders hohen Stellenwert. Bild: Güteschutz Kanalbau

### Bayernwerk:

## Spende für Hochwasseropfer im Landkreis Rottal-Inn

Im Rahmen eines Termins mit Landrat Michael Fahmüller übergab das Bayernwerk eine Spende für die Opfer der Hochwasserkatastrophe im Landkreis Rottal-Inn. In Summe spendet das Energieunternehmen 70.000 Euro. Zudem verzichtet das Unternehmen auf Kostenerstattungen für Reparaturen an kommunalen Energieanlagen und für die Freistellung von Mitarbeitern für den Einsatz bei Feuerwehren oder Technischem Hilfswerk.

„Naturkatastrophen kennen wir gewöhnlicherweise aus dem Fernsehen“, so der Vorstandsvorsitzende des Bayernwerks, Reimund Gotzel, bei der Spendenübergabe. „Umso unfassbarer sei es dann, wenn man selbst vor Ort von Naturgewalten getroffen werde. „Auch wir möchten helfen, die schlimmen Folgen dieser Hochwasserkatastrophe für Bürger und Kommunen ein Stück zu lindern und den Weg zurück in die Normalität zu finden“, erklärte Gotzel.

Je 35.000 Euro spendet das Bayernwerk an das Spendenkonto des Landkreises Rottal-Inn und an das Fluthilfkonto der Stiftung der Passauer Neuen Presse. „Zudem werden wir auf die Weiterverrechnung von Arbeiten verzichten, die zur schnellen Instandsetzung kommunaler Energieanlagen wie beispielsweise der Straßenbeleuchtung erforderlich sind. Reimund Gotzel: „Hier sind Kosten in Höhe von über 30.000 Euro bei uns aufgelaufen, die wir den Kommunen nicht in Rechnung stellen werden. Auf den Kostenausgleich zur Freistellung von Bayernwerk-Mitarbeiter für Feuerwehren und THW verzichten wir ebenfalls, wobei das eine Ehrensache ist.“

Der Bayernwerk-Chef äußerte seinen Respekt für den beispielhaften Einsatz der ehrenamtlichen Helfer und Einsatzkräfte, die Außerordentliches zu leisten hatten. „Ich möchte darüber hinaus auch unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken.

Das Mitgefühl mit den betroffenen Menschen war Motivation und Adrenalin für unsere Technikmannschaft. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Netzregionen haben sich angeboten, zu helfen. Manche mussten wir abhalten, in die Region zu kommen. Diejenigen die zu Werke waren – und dazu gehören auch die Mitarbeiter unserer Partnerfirmen – haben mit der zügigen Wiederversorgung der Menschen Großartiges geleistet. Darauf sind wir als Bayernwerk unglaublich stolz“, betonte Reimund Gotzel.

In der Spitzzeit waren über 10.000 Haushalte und Verbraucher im Landkreis Rottal-Inn nicht versorgt. Für die Wiederversorgung waren Servicetechniker aus den Regionen Eggenfelden, Altdorf und Vilshofen im Einsatz. Viele Haushalte konnten am Tag zwei der Katastrophe wieder mit Strom versorgt werden.

Die Wiederversorgung der letzten Haushalte im Bayernwerk-Netzgebiet hat dann bis in den Morgen des dritten Tages ange dauert. Die Arbeiten des Elektrizitätswerks Simbach konnten durch Bereitstellung von technischen Betriebsmitteln unterstützt werden.

An den niederbayerischen Netzdienste- und Einsatzleiter Jürgen Graml gewandt, sagte der Vorstandsvorsitzende: „Dass wir als Unternehmen mit dieser Spende die Region unterstützen, ist auch die richtige Konsequenz aus dem, was unsere Mitarbeiter hier an Engagement vorgelebt haben.“ □

## AllgemeinGut sichern

Auftraggeber  
und  
Auftragnehmer  
gemeinsam  
für Qualität

Gütesicherung  
Kanalbau  
RAL-GZ 961

www.kanalbau.com

Main-Kraftwerk Rothenfels der Rhein-Main-Donau AG:

## Bau der unterirdischen Turbine und Fischumgehung nimmt Gestalt an

Regierungspräsident, Landrat und Bürgermeister besichtigten das 13-Millionen-Euro-Investment der RMD

Seit April letzten Jahres wird rund um das Main-Kraftwerk Rothenfels der Rhein-Main-Donau AG für rund 13 Millionen Euro gegraben, betoniert, stabilisiert und modelliert, um die regenerative Stromerzeugungsanlage mit einer zusätzlichen unterirdischen, umweltfreundlichen Kaplan-Rohrturbine zu erweitern und mit einer modernen Fischwanderhilfe auszustatten.

Vor Ort informierten sich der unterfränkische Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, der Landrat des Landkreises Main-Spessart Thomas Schiebel und Rothenfels' Erster Bürgermeister Michael Gram sowie 2. Bürgermeister Norbert Oestel vom unübersichtlichen Baufortschritt. Eingeladen hatte Dr. Albrecht Schleich, Vorstand der RMD AG und Bauherr des ersten Wasserkraftausbauprojekts am bayerischen Main seit 34 Jahren.

### Anspruchsvolle Arbeiten

Tobias Heiserer, Leiter Bautechnik Wasserkraft bei der Uniper

### DStGB-Positionen zum Hochwasserschutz:

## Mehr Raum fürs Wasser

Städte und Gemeinden müssen sich immer häufiger und ohne längere Vorwarnzeiten auf Extremwetter- und Starkregenereignisse und deren schlimme Folgen einstellen. Hierbei haben die in verschiedenen Regionen aufgetretenen Starkregen mit bis zu 100 Liter oder mehr Niederschlag pro Quadratmeter in wenigen Stunden gezeigt, dass es keinen absoluten Schutz gegen punktuell auftretende Naturkatastrophen gibt. „Gleichwohl muss beim Thema ‚Hochwasser- und Starkregenvorsorge‘ ein Umdenken stattfinden, um Schäden zukünftig zu minimieren und den Schutz von Menschen und Sachwerten weiter zu verbessern“, heißt es in einem aktuellen Positionspapier des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.

Den Städten und Gemeinden kommt laut DStGB eine zentrale Rolle bei der Frage nach einem effektiven Schutz vor Hochwasser und Extremwetterereignissen zu. Sie vergrößern bereits heute durch die Steuerung der Flächen- und Siedlungsentwicklung Rückhalteräume für das Wasser und vermindern hiermit das Schadenspotenzial. Bund und Länder müssen die Kommunen aber in der Umsetzung konkreter Schutzmaßnahmen „vor Ort“ auch in Zukunft finanziell unterstützen und das Vorgehen - über Ländergrenzen hinweg - koordinieren.

Die Hochwasser- und Starkregenereignisse der vergangenen Jahre hätten vor Augen geführt, dass eine sinnvolle Vorsorge ausreichende Hochwasserrückhalteräume voraussetzt. Die bislang verfügbar gemachten Flächen reichten nicht aus, um den Hoch-

Kraftwerke GmbH und Gesamtprojektleiter für das Rothenfels' Erweiterungsprojekt erläuterte ausführlich die einzelnen Bauabschnitte und den Stand der Arbeiten auf der rund 10.000 Quadratmeter umfassenden Baustelle.

Die Arbeiten auf der rund 300 Meter langen Baustelle sind auf Grund der engen Raumverhältnisse zwischen der Staatsstraße 2315 (Marktheidenfeld-Lohr) und dem Fluss sehr anspruchsvoll. So musste die bis zu 18 Meter tiefe und 15 Meter breite Baugrube für das unterirdische Maschinenhaus mit einer stabilen Spundwand und einer Bohrpfehlwand aus 194 Beton-Bohrpfählen gesichert wer-

den. Zusätzlich wurden zur Absicherung acht sogenannte Stahlsteifen (runde, bis zu 18 Meter lange und bis zu 4,5 Tonnen schwere Stahlrohre mit einem Durchmesser von 40 Zentimeter und einer Stahlwandstärke von 20 Millimeter) zwischen der wasserseitigen Spundwand und der Bohrpfehlwand als neuer Uferwand entlang der Staatsstraße über der Baugrube montiert. Drei Stabankerlagen aus rund 220 Mikrovorspannpfählen in drei, sieben und zehn Meter Tiefe stabilisieren dauerhaft die neue uferseitige Wand des Kraftwerks und der geplanten Fischaufstiegshilfe.

### 52 Becken

Gut erkennbar sind die weit fortgeschrittenen Betonarbeiten für das künftige unterirdische Maschinenhaus mit fertiggestellter Sohle

sich aus kommunaler Sicht eine Bestandsaufnahme und Schwachstellenanalyse, um geeignete Maßnahmen zur Prävention zu identifizieren und umzusetzen. Neben einer punktuellen Anpassung der Kanalisation kommt hierbei insbesondere auch eine Verbesserung der oberirdischen Regenrückhaltung sowohl außerhalb wie innerhalb der Städte und Gemeinden in Betracht. Durch die Planung und Nutzung multifunktionaler urbaner Retentionsräume (Freiflächen, Spiel- und Aufenthaltsflächen) kann ein wichtiger Beitrag zur Überflutungsvorsorge geleistet werden.

Neben der Schaffung von Rückhalteräumen sei eine konsequente Fortsetzung des technischen Hochwasserschutzes erforderlich. Die zurückliegenden Hochwasserereignisse hätten gezeigt, dass sich der Aufwand für technische Schutzmaßnahmen wie Notentlastungen, Spundwände oder auch mobile Hochwasserschutzmaßnahmen häufig auszahlt.

„Ein zentraler Baustein der kommunalen Hochwasservorsorge ist zudem die aktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger“, heißt es weiter. Notwendig sei eine Aufklärung über Hochwasserereignisse sowie über geeignete Prävention „vor Ort“. Hierbei sollte auch über Möglichkeiten von baulichen Maßnahmen an Gebäuden informiert werden. Erforderlich sei eine aktive Zusammenarbeit von Kommunen, Feuer- und Wasserwehr, Landes- und Bundespolizei sowie THW und sonstigen Institutionen, die im Bereich der Hochwasservorsorge beratend tätig sind.

Mit einer verstärkten Beratung ist nach Auffassung des DStGB auch eine stärkere Eigenvorsorge der Bürger verbunden. Private Vorsorgemaßnahmen der Bürger sollten sich in hochwassergefährdeten Bereichen an der fachlichen Risikoabschätzung orientieren und insbesondere hochwasserangepasstes Bauen sowie sonstige bauliche Vorkehrungen gegen Hochwasserschäden umfassen. Hierbei sollten die betroffenen Bürger durch eine staatliche Förderung in Form von Beratung oder auch zinsvergünstigten Darlehen o. ä. unterstützt werden.

In hochwassergefährdeten Bereichen obliege es schließlich den betroffenen Eigentümern, Versi-

sowie Turbinenein- und -auslauf, in der die neue, horizontal gelagerte Kaplan-Rohrturbine mit einer Leistung von 2.100 Kilowatt ihren regenerativen Beitrag zum Klimaschutz leisten wird. Seit November 2015 arbeiten acht Pumpen, um die Baugrube trocken zu halten und ein gefahrloses Arbeiten zu ermöglichen.

Die Detailarbeiten zum Bau der größten technischen Fischaufstiegsanlage am Bayerischen Main können erst beginnen, wenn die Hoch- und Tiefbauarbeiten am Maschinenhaus und dem Turbineneinlauf weitgehend erfolgt sind. Erst dann können die 52 Becken als wirkungsvoller „Vertical Slot“-Fischpass, also mit versetzten Betonelementen als modellierter Schlitzpass, auf einer Länge von rund 250 Meter betoniert werden.

### Herausforderung

Mit einer Höhenabstufung von jeweils 10 Zentimeter überwinden die durch 35 Zentimeter breite, versetzt angeordnete Schlitz miteinander verbundenen Becken (350 x 225 Zentimeter lang und breit sowie 120 bis 160 Zentimeter tief) eine Höhe von rund 5,2 Meter. Die Herausforderung ist, die Fischwanderhilfe so an den Wasserstand auf der Schiffahrtsstraße Main anzupassen, dass automatisch immer die optimalen Wasserhältnisse für die wandernden Fische in der Fischwanderhilfe bereitgestellt werden.

Zwischen 500 und 1.740 Liter Mainwasser werden daher über eine automatisierte, Schieber gesteuerte Dotationsleitung durch den Fischpass geleitet, damit das Kraftwerk Rothenfels für Fische und sonstige aquatische Lebewesen schadlos passierbar wird. Ziel-fischarten für die Auslegung der Fischaufstiegsanlage sind Barbe, Lachs, Maifisch und Nase.

Die Planungen des Triebwerks Rothenfels und der Fischaufstiegsanlage erarbeitete die international tätige Ingenieurgesellschaft RMD CONSULT GmbH, die auch die Bauüberleitung innehat. Die Projektleitung erfolgt durch die Uniper Kraftwerke GmbH, die auch den Betrieb des Kraftwerks verantwortet.

Abgestimmt und genehmigt wurden die Planungen mit dem Landratsamt Main-Spessart, der Stadt Rothenfels, dem Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg, dem Wasser- und Schifffahrtsamt Aschaffenburg sowie der Fischereifachberatung Unterfranken.

„In diesem Zusammenhang seien unterschiedliche fachliche Aspekte wie etwa eine sachgerechte Hochwasservorsorge, Baubeschränkungen oder die hochwasserangepasste Gestaltung von bestehenden Gebäuden („Hochwasserpas für Gebäude“) zu berücksichtigen.“

Die Beseitigung von Hochwasserschäden zeige immer wieder, dass es neben der finanziellen Unterstützung der Kommunen durch Bund und Länder auch auf eine praxisgerechte und zügige Abwicklung der Maßnahmen „vor Ort“ ankommt. Daher sei auch in Zukunft durch Länderrecht sicherzustellen, dass im Hochwasserfall der Ausnahmezustand einer „besonderen“ oder „zwingenden“ Dringlichkeit nach den einschlägigen Vorschriften des Vergaberechts (VOB/A und VOL/A) vorliegt, so dass im Falle der Beseitigung von Hochwasserschäden oder -gefahren vom Grundsatz der öffentlichen Ausschreibung bzw. des Offenen Verfahrens abgewichen werden kann. **DK**



Der Blick in die Baustelle im Oberwasserbereich (Turbineneinlauf) ist aus Richtung Rothenfels flussaufwärts Richtung Lohr. Der Kran, von dem aus die Unterwasserbereichs-Aufnahme gemacht wurde, steht aktuell mitten in der Oberwasser-Baugrube (Bildmitte). Foto: Rhein-Main-Donau AG

### Nach Hochwasserkatastrophe im Landkreis Rottal-Inn:

## Bayern unterstützt Gemeinden

Der Freistaat Bayern unterstützt laut Innen- und Bauminister Joachim Herrmann Gemeinden im Landkreis Rottal-Inn bei der Wiederherstellung der geschädigten Infrastruktur. „Mit unserem Zuschussprogramm erhalten Städte und Gemeinden bei der Wiederherstellung der geschädigten Einrichtungen ab sofort finanzielle Planungssicherheit“, so Herrmann.

Der Minister appelliert an die Gemeinden, die entsprechenden Anträge der Regierung von Niederbayern vorzulegen: „Gefördert werden insbesondere Maßnahmen in historischen Innenstädten, an Plätzen und Parkanlagen, an Kindertageseinrichtungen, Schulen, Alten- und Pflegeheimen, Sportstätten, an der verkehrlichen Infrastruktur sowie an geschädigten wasser- und abfallwirtschaftlichen Einrichtungen.“

Weiter teilte er mit, dass die Kosten für die Schadensbeseitigung an kommunalen Gebäuden und Einrichtungen bis zu 100 Prozent übernommen werden können. Für nicht kommunale Träger seien bis zu 80 Prozent vorgesehen, in Härtefällen könnten die Zuschüsse darüber hinausgehen. Dies gilt beispielsweise bei hohem denkmalpflegerischem Aufwand. „Auch bereits begonnene Maßnahmen erhalten von uns Förderung zur Beseitigung der entstandenen Schäden“, so Bayerns Bauminister. **□**

### Hochwasservorsorge im Landkreis Günzburg:

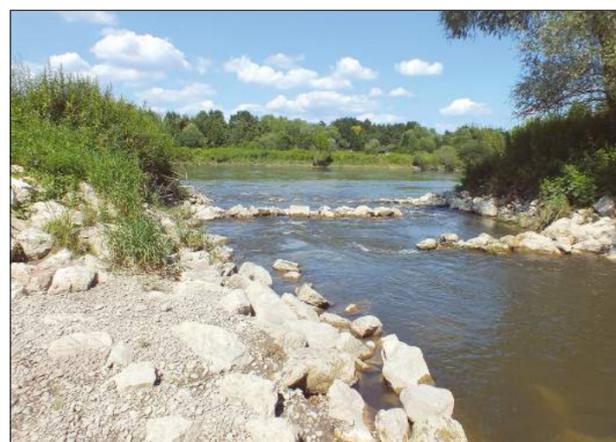
## Landratsamt nimmt Wasserkraftwerksbetreiber in die Pflicht

Im Landkreis Günzburg gibt es rund 80 Wasserkraftanlagen, die einen wichtigen Beitrag zur regenerativen Stromversorgung leisten. Bei ordnungsgemäßen Betrieb verbessern sie in der Regel die vorhandenen Dämme die Hochwassersicherheit. **Funktionen der Anlagen können aber zu Ausuferungen führen und damit die Gefahr von Hochwasserschäden verstärken.**

Das Landratsamt Günzburg hat sich in deshalb einem aktuellen Rundschreiben an alle Betreiber gewandt. Landrat Hubert Hafner fordert die Betreiber darin dringend auf, alles Erforderliche zu tun, um jederzeit die Funktionsfähigkeit der Anlagen zu gewährleisten.

Besonderes Augenmerk legt das Landratsamt insbesondere darauf, dass die Wehr- bzw.

Schützenanlagen auch von der Feuerwehr sicher erreichbar und jederzeit voll funktionsfähig sein müssen und dass die Betreiber sich untereinander von wesentlichen Änderungen des Wasserzuflusses informieren. Das Wasserwirtschaftsamt Donauwörth wird in nächster Zeit solche Anlagen im Rahmen einer Schwerpunktaktion überprüfen. **hj**



Vor kurzem haben die abschließenden Arbeiten zu Strukturmaßnahmen im Bereich zwischen den beiden Paar-Mündungen unterhalb des Bahnstrom-Wasserkraftwerks Vohburg an der Donau stattgefunden. Die Paar dient über bestimmte Bereiche als Umgehungsgewässer um die Kraftwerksanlage. Nach der Umgestaltung der Paar-mündung in den vergangenen fünf Monaten wurden jetzt aus Wasserbausteinen und Kiesschüttungen fünf Unterwasserinseln als neue Laich- und Ruhezonen für wandernde Fische und andere aquatische Lebensformen geschaffen.

Der positive Effekt der Maßnahme ist die Herstellung von Strukturen und strömungsberuhigten Bereichen. Für rund 100.000 Euro ließ die Donau Wasserkraft AG, an der die Rhein-Main-Donau AG zu 99,25 Prozent und Uniper zu 0,75 Prozent beteiligt sind, die ökologische Funktionsfähigkeit der oberen Mündung der Paar in die Donau wiederherstellen. **Bild: Jan Kiver, RMD AG**

### Kläranlage der Zukunft in Weißenberg

Bayern setzt bei der öffentlichen Abwasserversorgung hohe Standards für eine hervorragende Gewässerqualität. Dabei arbeitet der Freistaat zusammen mit den Kommunen an Anlagen der nächsten Generation. Dies betonte die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf anlässlich der Übergabe eines Förderbescheids an die Stadt Weißenberg.

„Sauberes Wasser und eine effektive Abwasserreinigung sind Eckpfeiler unserer Gesellschaft. Drei Viertel unserer Bäche und Flüsse sind im Hinblick auf die organische Belastung in einem guten oder sehr guten Zustand. Alle bayerischen Seen haben Badegewässerqualität. Darauf sind wir mit Recht stolz. An diesen Erfolg knüpfen wir zusammen mit den Kommunen an. Mit der neuen innovativen Erweiterung der Kläranlage in Weißenberg zeigen wir einen Weg auf, wie die Reinigungsleistung von Kläranlagen weiter erheblich gesteigert werden kann. Kläranlagen leisten einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der Gewässer“, so Scharf.

Anfang September wird die Bayerische Umweltministerin am Spatenstich für das Pilotprojekt teilnehmen. Bei der Kläranlage in Weißenberg wird bayernweit erstmals eine großtechnische vierte Reinigungsstufe installiert. Damit wird die Reinigungsleistung für bestimmte Mikroverunreinigungen – wie beispielsweise Arzneimittelrückstände – erheblich verbessert. Das Umweltministerium fördert die Errichtung der neuen Technologie mit rund 2,3 Mio. Euro. Sie soll im Frühjahr 2017 ihren Betrieb aufnehmen. **□**

Wissenschaftstag der Metropolregion Nürnberg in Bayreuth:

## Innovationsfaktor Hochschule

Über 700 Gäste aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung trafen sich zum 10. Wissenschaftstag der Metropolregion Nürnberg an der Universität Bayreuth. Unter dem Motto „Innovationsfaktor Hochschule“ wurden Zukunftsthemen in den Bereichen Energie, Mobilität, Lebensmittel- und Gesundheitswissenschaften sowie IT und Sensorik diskutiert und mögliche Lösungsansätze vertieft.

Wie Wissenschaftsminister Dr. Ludwig Spaenle bei der Eröffnung hervorhob, investiert die Staatsregierung mit der Nordbayerninitiative bis zum Jahr 2018 rund 600 Millionen Euro – allein die Hälfte davon in Wissenschaftsprojekte. „Wir wollen damit regionale Profile weiter schärfen und herausragende wissenschaftliche Initiativen fördern“, so der Minister.

Als herausragendes Beispiel für die Leistungsfähigkeit der Region Nordbayern im Bereich Wissenschaft und Forschung verwies er auf die TechnologieAllianz Oberfranken. „Alle vier oberfränkischen Hochschulen arbeiten in diesem Modellprojekt eng zusammen, konzentrieren ihre Kompetenzen und Potenziale in Technik, Informatik und Naturwissenschaften und stärken den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und regionaler Wirtschaft.“ Als weitere herausragende Kooperationsprojekte der Region nannte Spaenle auch den „Nuremberg Campus of Technology“ und den „Energie Campus Nürnberg“. „Durch Kooperationen zwischen den regionalen Wissenschaftseinrichtungen profitiert die gesamte Metropolregion Nürnberg und der Wissenschaftsstandort Bayern insgesamt“, zeigte sich der Minister überzeugt.

Gesundheitsministerin Melanie Huml verwies ihrerseits auf die großen Chancen für das Gesundheitswesen durch die Digitalisierung. Ein Musterbeispiel sei die Telemedizin. Mit ihrer Hilfe komme medizinisches Spezialwissen landesweit zum Patienten. Laut Huml beteiligt sich die Bayerische Staatsregierung bei der Förderung von Gründerzentren in allen Regierungsbezirken mit 80 Millionen

Euro. Das deutschlandweit einmalige Programm fördere digitale Gründer und mache Gründer fit für den Markt.

Wie die Ministerin unterstrich, „ist die bayerische Gesundheitswirtschaft ein bedeutsamer Wachstumsmarkt. Seit 2010 hat sie eine Zuwachsrate von über acht Prozent erwirtschaftet. Die Gesundheitswirtschaft ist gerade auch innerhalb der Europäischen Metropolregion Nürnberg bedeutend. Sie schafft Beschäftigungsmöglichkeiten, stabilisiert das Wachstum und trägt zu einer erheblichen Wertschöpfung bei.“

### Vier Fachpanels mit Best-Practice-Beispielen aus der Region

Dass die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der Region ist, spiegelte sich auch in den vier Fachpanels des Wissenschaftstages wider: In insgesamt 16 Beiträgen stellten Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft im Tandem Best-Practice-Beispiele aus der Region vor.

Nachhaltige Konzepte der Energiegewinnung und -nutzung bildeten den Kern des ersten Panels. Die Erzeugung erneuerbarer Energien aus organischen Abfällen wurde hier genauso vorgestellt wie alternative Formen effizienter Wasserstofflogistik. Ein Vortrag widmete sich verhaltensökonomischen Ansätzen, nämlich der Fragestellung, ob intelligente Verbrauchsanzeigen zum Energiesparen motivieren können – Stichwort „Nudging“. Das Konzept „Green Hospital“ schließlich porträtierte die Einführung von Ökonomie und Ökologie im Bereich der sta-

tionären medizinischen Versorgung.

Grüne Fahrzeuge bestimmen die Lebenswelt der Zukunft: So ging es im zweiten Panel etwa um innovative Mischwerkstoffe, die sich für den Leichtbau in der Automobilindustrie eignen. E-Climate, also das Heizen und Kühlen von Elektrofahrzeugen, behandelte ein weiterer Vortrag. Die zweite Hälfte des Panels stellte alternative Treibstoffe vor: Sowohl „Kraftstoffe aus CO<sub>2</sub> und regenerativem Wasserstoff“ als auch „Diesel R33“ – der zu 33 Prozent aus regenerativen Kraftstoffen besteht, konkret aus gebrauchtem Speiseöl – versprechen aufschlussreiche Einblicke in die künftigen Möglichkeiten einer zunehmend mobilen Welt.

Panel 3 „Was tut uns gut – Chancen durch Lebensmittel- und Gesundheitswissenschaften“ präsentierte Beiträge zu den Themen „Tumorzell-Diagnostik aus dem Blut“, „Aromafor-schung heute“, sowie zur Herkunft und Kennzeichnung von Lebensmitteln, während Panel 4 sich mit smarten Techniken, die den Alltag der Zukunft erleichtern, befasste: Ob Berührungsdetektion durch akustische Signale oder die selbstständige Überprüfung der Heizöl- oder Spritqualität durch den Verbraucher – die Einsatzmöglichkeiten intelligenter Software sind schier unbegrenzt.

Neben den Themenpanels boten die Informationsstände im Ausstellungsbereich den Besuchern zudem die Möglichkeit, mehr über die wissenschaftlichen Kompetenzen in der Metropolregion Nürnberg zu erfahren. Landrat Gerhard Wägemann (Weißenburg-Gunzenhausen) stellte als politischer Sprecher des Forums Wissenschaft die besondere Rolle der Wissenschaft nicht zuletzt für die Region heraus: „Nur die clevere Anwendung innovativer Technologie vermag unseren Lebensstandard nachhaltig zu sichern. An den Hochschulen und in den For-

schungsabteilungen wird unsere Zukunft gestaltet.“

Parallel zum Wissenschaftstag fand die Ratssitzung der Metropolregion Nürnberg statt. Dabei feierte sie den Auftakt ihrer Mitmach-Kampagne „Platz für...“, die in den nächsten Jahren das Image der Metropolregion schärfen und die regionale Identität stärken wird. Der Ratsvorsitzende, Landrat Armin Kroder (Nürnberger Land), und Prof. Dr. Klaus L. Wübbenhorst als Wirtschaftsvorsitzender stellten die ersten Protagonisten der Kampagne vor und zeigten, wie man bei der Kampagne mitmachen kann.

Auch das weiterentwickelte Leitbild für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung (WaBe) wurde vorgestellt und symbolisch unterzeichnet. Es stellt den zentralen „Kompass“ dar, der die Stärken der Metropolregion Nürnberg in den wirtschaftlichen und technologischen Zukunftsfeldern definiert und die Richtung für langfristige Entwicklungsperspektiven vorgibt. **DK**



Unterzeichnung des neuen Leitbilds für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung (WaBe) v. l.: Siegmund Schnabel, Hauptgeschäftsführer IHK zu Coburg, Christi Degen, Hauptgeschäftsführerin IHK für Oberfranken Bayreuth und Mitglied Wirtschaftsvorsitz der Metropolregion, Prof. Dr. Klaus L. Wübbenhorst, Wirtschaftsvorsitzender, Dirk von Vopelius, Präsident IHK Nürnberg für Mittelfranken, Bürgermeister Franz Stahl (stv. Ratsvorsitzender), Landrat Armin Kroder (Ratsvorsitzender), OB Dr. Andreas Starke (stv. Ratsvorsitzender), Markus Löttsch, Hauptgeschäftsführer IHK Nürnberg für Mittelfranken, Heinz Brenner (Mitglied im Wirtschaftsvorsitz der Metropolregion, Siemens AG). Bild: Peter Kolb

## Jede Menge positive Energie

„29+“-Teilnehmer erarbeiten konkrete Maßnahmen für den Landkreis München

Die Verschnaufpause war nur kurz: Bereits wenige Wochen nach dem Ende der ersten „29+“-Workshoppreihe im Landkreis München Mitte Mai, an der über 150 Experten, Politiker und Bürger teilnahmen, wurde die zweite Runde eingeläutet. In dieser Runde, in der nun konkrete, zielführende Maßnahmen erarbeitet werden sollen, brachten die Teilnehmenden zahlreiche Vorschläge für eine neue Klima- und Energiepolitik des Landkreises ein. Dass die Akteure im Landkreis München sehr an der klimafreundlichen Mitgestaltung des Landkreises interessiert sind, wurde in den ersten Workshops der zweiten Runde deutlich. Die ohnehin gute Beteiligung der ersten Runde wurde noch einmal übertroffen – ein starkes Zeichen für den Wunsch nach mehr Teilhabe und Mitbestimmung in Sachen Klimaschutz im Landkreis München.

Basierend auf den Ergebnissen der Workshops „Energiebereitstellung“ und „Energetische Sanierung/Klimaschutz im Alltag“ wurde am 20. Juni und 4. Juli im Kultur- und Kongresszentrum in Taufkirchen nun konstruktiv weiter an zielorientierten Lösungsvorschlägen gearbeitet. Unter der Leitung der Green City Energy AG erarbeiteten die Teilnehmer auf Grundlage der Vorschläge der ersten Workshoprunde detailliertere Projektskizzen. Anhand dieser Skizzen sollen zunächst die Maßnahmen angegangen werden, die verhältnismäßig einfach umzusetzen sind, um gleich zu Beginn einen hohen Erfolgsfaktor zu haben. Aber auch größere Projekte stehen auf der Agenda. So sollen für die unkomplizierte Umsetzung und den Ausbau der regenerativen Energien spezifische Ansprechpartner für die Themenfelder Geothermie, Windkraft oder Stromnetzinfrastuktur festgelegt werden.

### Schmuttertal-Gymnasium in Diedorf:

## Freistaat fördert Neubau

„Rund ein Drittel seines Haushaltsvolumens investiert der Freistaat in die Bildung – ein kräftiges und wichtiges Signal. So investieren wir bereits jetzt in ein starkes Bayern von morgen. Die Diederdorfer Schülerinnen und Schüler erhalten mit dem neuen Schulgebäude die Möglichkeit eines wohnortnahen Schulbesuchs“, stellte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder bei der Übergabe eines Förderbescheids in Höhe von 3,35 Mio. Euro für den Neubau des Schmuttertal-Gymnasiums an Landrat Martin Sailer fest.

Das Gymnasium bezog im September 2015 den Neubau, der im Plusenergiestandard in Holzbauweise errichtet wurde und neue Lösungen für offene Lernlandschaften bietet. Bei dem von Söder übergebenen Förderbescheid handelt es sich um einen Teilbetrag der gesamten Förderung der Baumaßnahme in Höhe von rund 12,3 Millionen Euro.

„Der Freistaat Bayern fördert als verlässlicher Partner seiner Kommunen in diesem Jahr allein im Regierungsbezirk Schwaben Schulbaumaßnahmen und Bauaufwendungen für Kindertageseinrichtungen im Rahmen des

Gerade im Bereich Geothermie stellte sich im Laufe des Workshops schnell heraus, dass die großen Potenziale im Landkreis noch weiter ausgebaut werden müssen, die Kommunen dabei aber umfangreiche Unterstützung benötigen, um Kosten und Risiken schultern zu können. Der Landkreis könnte hierbei beispielsweise, so Vorschläge aus dem Workshop, bei der rechtlichen Ausgestaltung interkommunaler Kooperationen unterstützend tätig werden.

Auch wurden Kleinstanlagen, z. B. auf Dächern, als zu prüfende Lösung für die Umsetzung der neuen Klima- und Energieinitiative des Landkreises als Maßnahme vorgeschlagen.

Betont wurde aber auch, dass die Vernetzung der verschiedenen Akteure innerhalb des Landkreises weiter ausgebaut werden muss. Forschungseinrichtungen wie die Technische Universität (TU) München sollen in dem

neuen Aktionsprogramm des Landkreises eine stärkere Rolle zur Verschränkung von Forschung und Umsetzung spielen.

Auch bei der zweiten Veranstaltung zur „Energetischen Sanierung/Klimaschutz im Alltag“, bei der Landrat Christoph Göbel sowie der stellvertretende Landrat Otto Bußjäger sich persönlich in die Diskussion einbrachten, konnten erhebliche Fortschritte erzielt werden. Hier wurden insbesondere weichere Maßnahmen rund um die Bewusstseinsbildung erörtert, denn 42 Prozent des CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks eines Bundesbürgers fallen in die Bereiche Konsum und Ernährung. Deshalb muss die Bürgerschaft in Klimaschutzfragen auch individuell erreicht werden.

Kampagnen wie das STADTRADELN oder die Infobroschüre zum Heizungspumpenaustausch des Landkreises München sind bewährte Kommunikationsmaßnahmen, die es auch auf andere Themengebiete auszuweiten gilt. Dabei sollen vor allem die Vorteile klimabewussten Handelns herausgestellt werden. Insbesondere junge Landkreisbewohner benötigen mehr Anreize für einen klimafreundlichen Lebensstil und können über die Bildungsarbeit an Schulen als Multiplikatoren für ihr soziales Umfeld dienen.

Die Potenziale bei der Gebäudesanierung auf Kreisebene sind ebenfalls steigerungsfähig. Mit einem Ist-Stand von gerade einmal einem Prozent gibt es bei der Sanierungsrate von Wohngebäuden noch viel Luft nach oben. Gerade vor dem Hintergrund, dass über die Hälfte des Energieverbrauchs auf Kreisebene für die Wärmebereitstellung aufgewendet wird, besteht hier Handlungsbedarf.

Ideen der Teilnehmer für Maßnahmen und Projekte befassten sich zum Beispiel mit der Qualifizierung von Handwerkern gemeinsam mit den Fachverbänden, mit einer breiten Öffentlichkeitsarbeit, mit der Übernahme des Konzepts der Energiekarawane mit einer aufsuchenden Beratung sowie mit der Einrichtung einer Energieagentur. So bestehen hier gute Möglichkeiten großflächig Emissionen zu reduzieren.

In einem „Bündelungsworkshop“ werden am 24. September 2016 dann alle Themenbereiche aus den beiden Workshoprunden, der Jugendbeteiligung sowie dem Wirtschaftsmodul zusammengeführt und anschließend die Ergebnisse ausgewertet. Der Kreistag des Landkreises München wird darauf aufbauend Ende 2016 einen Aktionsplan für die nächsten Jahre verabschieden. **□**

## „Ohne uns verhungerten sie“

Würzburg Friedenspreis: Auszeichnung für „Weg der Hoffnung“ aus Aschaffenburg

Kolumbien ist ein schönes Land. Es gibt fantastische Pflanzen, eine Fülle exotischer Früchte und bewegende Musik. „Kolumbien könnte ein kleines Paradies sein“, sagt Wolfgang Hock, Vorsitzender der Aschaffener Stiftung „Weg der Hoffnung“. Doch in dem Land herrschen Leid, Terror und Gewalt. Weil sich „Weg der Hoffnung“ dafür einsetzt, dass Menschen in Kolumbien Gerechtigkeit erfahren, erhält die Stiftung den mit 1.500 Euro dotierten Würzburger Friedenspreis 2016.

Genau genommen wurden am Sonntag im Mainfranken Theater zwei Stiftungen ausgezeichnet: Die im Jahr 2000 gegründete deutsche Stiftung „Weg der Hoffnung“ sowie die 1993 ins Leben gerufene, kolumbianische Partnerstiftung „Camino de la esperanza“. „Wir nehmen den Preis als Stellvertreter entgegen“, betonte Hock. Er gebühre in erste Linie jenen Menschen, die sich in Kolumbien „ganzen“ für Frieden einsetzten.

Dies ist allen voran Pater Omar García Canon. Der Menschenrechtsaktivist, dem das Preisgeld zufließen wird, engagiert sich für die Opfer der kolumbianischen Armee, der Guerillagruppen und der Paramilitärs während des seit über 50 Jahren tobenden Bürgerkriegs. „Er macht das Unrecht öffentlich und riskiert dabei sein Leben“, erläuterte Hock in seinen Dankesworten nach der Preisverleihung. Schätzungen zufolge kamen im kolumbianischen Bürgerkrieg bisher mindestens 250.000 Menschen um. Canon hilft den Angehörigen der Opfer, indem er sie in

Selbsthilfegruppen organisiert.

Die Stiftung „Weg der Hoffnung“, die zu 90 Prozent von Spenden lebt, geht auf den 2006 verstorbenen Kolumbienmissionar Pfarrer Josef Otter zurück. Der 1944 in Haibach geborene Priester begab sich 1973 ins kolumbianische Villavicencio, weil dort dringender Priestern benötigt wurden. „Niemand wollte zu jener Zeit in dieses Kriegsland, wo man nicht einmal genau wusste, wer eigentlich gegen wen kämpft“, erinnerte Heide Firmkes, die 1962 als erste Frau im Bistum Würzburg Theologie zu studieren begann und eine Kommilitonin von Josef Otter war.

### Einsatz für Benachteiligte

Der Aschaffener Priester setzte sich auf besondere Weise für benachteiligte Menschen ein, unterstrich die Theologin: „Die Armen waren damals gerade in kirchlichen Kreisen Objekte, die wir behandelt und betreut haben. So würdigten wir sie zur Unmündigkeit herab.“ Otter sah in den Armen „Subjekte“, die selbst wussten, wie sie handeln wollten. Er

fragte sie nach ihren Ideen und kooperierte mit ihnen als Gleichberechtigte. Von dieser Haltung ist „Weg der Hoffnung“ bis heute geprägt.

Aktuell setzt sich die Stiftung für über 1.800 Menschen aus den Elendsvierteln um die Stadt Villavicencio ein. Jungen und Mädchen aus bitterarmen Familien werden in Kinderheime aufgenommen. Einige, so Hock, verhungerten ohne Hilfe der Stiftung. 550 Kinder besuchen, unterstützt durch die Stiftung, derzeit die Schule.

In Villavicencio wohnen knapp 500.000 Menschen, jeder fünfte lebt im Elendsgürtel um die Stadt herum. Hock: „Alle versuchen, irgendwie zu überleben, und zwar meist ohne Strom, Wasser oder Kanalisation.“ Zu 90 Prozent handelt es sich bei den Slumbewohnern um Vertriebene des langjährigen Bürgerkriegs sowie um Menschen, die Opfer von Landraub wurden. „Riesige Firmen kaufen zigtausende Quadratkilometer, um Palmöl zu produzieren“, erläuterte Hock. Durch Drohungen und teilweise auch durch Mord würden die Dorfbewohner vertrieben.

Um in Kontakt mit den Ärmsten der Armen zu kommen, setzt die Stiftung Sozialarbeiter ein, die direkt in die Hütten gehen. 112 Menschen sind momentan für „Weg der Hoffnung“ in Kolumbien im Einsatz. Bei 20 davon handelt es sich um ehemalige Heimkinder.

Pat Christ



Die Kommission war angenehm überrascht von den vielen guten Beispielen der Dorftwicklung. Die drei Siegerdörfer haben sich für die nächste Runde auf Bezirksebene 2017 qualifiziert. □

## Brunn, Oberleiterbach und Oberhaid sind die Siegerdörfer

Kreiswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft - Unser Dorf soll schöner werden“ ist abgeschlossen

**Bamberg - Brunn, Oberleiterbach und Oberhaid heißen die Sieger des diesjährigen Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft - Unser Dorf soll schöner werden“ auf Kreisebene. Brunn und Oberleiterbach setzten sich bei den Dörfern unter 600 Einwohnern durch, Oberhaid bei den Dörfern mit mehr als 600 Einwohnern. Die drei Siegerdörfer haben sich damit für die nächste Runde auf Bezirksebene 2017 qualifiziert.**

Die Kreiskommission unter der Leitung der Kreisfachberater für Gartenkultur und Landespflege am Landratsamt Bamberg bestand aus Vertretern des Kreisverbandes für Gartenbau und Landespflege, der Heimatpflege, des Bayerischen Bauernverbandes, des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der unteren Naturschutzbehörde und der Bauabteilung des Landkreises. Sie besichtigte an drei Tagen insgesamt 11 Dörfer, die von ihren Gemeinden gemeldet worden waren.

Der Gemeindeteil Brunn des Marktes Heiligenstadt steht nicht nur alphabetisch an erster

Stelle, sondern hat auch seine Chance erkannt, die Zukunft des Dorfes aktiv in eigene Hände zu nehmen: Das selbst erbaute Gemeinschaftshaus mit reger Nutzung, die gemeinsam betriebene Festhalle, die vorbildlich gepflegten Grünflächen im Dorf, der gut erhaltene Obstbaumgürtel ums Dorf und die Pflege der Dorftadt zeugen von einem großen Zusammenhalt der Ortsbevölkerung. Bemerkenswert ist außerdem, dass dies alles ohne öffentliche Förderung erreicht wurde.

So wurde zum Beispiel das Feuerwehrhaus, welches durch einen Blitzschlag abbrannte,

durch die Feuerwehr neu errichtet und die Orgel zur Hälfte aus Spenden der Bevölkerung saniert. Die beispielhaft renovierte Kirche und der angrenzende grüne Friedhof mit Gräbern ohne Einfassungen sind ein Kleinod innerhalb des Dorfes. Abgerundet wird der positive Gesamteindruck durch zahlreiche Fassadenbegrünungen, große Haus- und Hofbäume sowie blühende Bauerngärten. Die Nutzung der Abwärme einer am Ortsrand stehenden Biogasanlage zum Heizen einiger Wohnhäuser ist beispielhaft für die Nutzung regenerativer Energien.

**Erstes offiziell anerkanntes Bioenergiedorf im Landkreis Bamberg**

Noch einen Schritt weiter gegangen ist der Gemeindeteil Oberleiterbach des Marktes

Zapfendorf. Er ist das erste offiziell anerkannte Bioenergiedorf im Landkreis Bamberg. Durch die Abwärme einer Biogasanlage und einer Hackschnitzelheizanlage wurden bis jetzt 52 % der Haushalte ans Nahwärmenetz angeschlossen. Der Jahresverbrauch des Dorfes an Wärme wird zu 66 % und der Strom zu 100 % aus Biomasse gedeckt. Diese nachhaltige Energieversorgung führt zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe. Oberleiterbach, das bereits 1977 im Bundeswettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ mit einer Goldmedaille ausgezeichnet worden war, hat sich seitdem durch die Dorferneuerung mit Hilfe des Amtes für ländliche Entwicklung kontinuierlich weiterentwickelt.

**Verbundenheit zum Dorf**

Die Verbundenheit zu ihrem Dorf zeigen auch die zahlreich erschienenen Dorfbewohner zur Begrüßung der Kommission. Diese Zusammenarbeit zeigt sich auch in vielen gemeinsamen Projekten, die Dorfbewohner geschaffen haben: Der Bau und Betrieb des Gemeinschaftshauses, eines Spielplatzes, die Friedhofsrückgestaltung und das zukunftsorientierte Energiekonzept sind beispielhaft. Auch die Sanierung der zahlreichen schmucken Fachwerkhäuser

verdient größte Anerkennung. Weitere Projekte wie die Kirchenanierung und die Hochwasserfreilegung mit Renaturierung des Leiterbaches sind bereits in der Ausführung.

**Zukunftsorientierte und generationenübergreifende Planung**

Anders strukturiert - bedingt durch seine Größe - ist Oberhaid. Kindergärten, Schule, Seniorenwohnanlage und betreutes Wohnen lassen eine zukunftsorientierte Planung für alle Generationen erkennen. Ein Naherholungs- und Tourismuskonzept mit Wander- und Radwegen steigert in besonderem Maße die Attraktivität der Gemeinde. Sehenswert ist das im Rahmen der Flurbereinigung geschaffene Naturwaldreservat Seelaub. Ein sehr reges Vereinsleben bietet zahlreiche Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Der Kreislehrgarten des Obst- und Gartenbauvereins sei nur als ein Beispiel genannt.

Frühzeitig hat sich die Gemeinde auch um Fördergelder für die Gestaltung des Altortes bemüht. Die im Rahmen der Städtebauförderung durchgeführten Maßnahmen mit Umgestaltung des Dr.-Hau-Platzes, der Unteren Straße und der Weide tragen zu einer Verbesserung des Ortsbildes bei. Durch den Kauf der historischen Mühle

einschließlich der Wasserrechte hat sich die Gemeinde neben der Umgestaltung des Gebäudes, auch eine Option für ein zukünftiges Energiekonzept gesichert.

Die Kommission war angenehm überrascht von den vielen guten Beispielen der Dorftwicklung. Bei entsprechender Umsetzung der Anregungen bestehen viele Chancen auf ein Weiterkommen im nächsten Wettbewerb 2020. Der Dorftwettbewerb schafft Anreize für die Bürger, den gemeinsamen Lebensraum in eigener Verantwortung aktiv zu gestalten und öffnet Chancen für eine zukunftsorientierte Entwicklung der Lebensqualität. □

**GemeindeZeitung**

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

**Ständige Mitarbeiter:**

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

**Anzeigen- und Vertrieb:**

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 50 vom 01.01.2016

**Anzeigenschlusstermine:**

siehe Erscheinungs- und Themenplan

**Veranstaltungen:**

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

**Erscheinungsweise:**

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

**Jahresbezugspreis Inland:**

€ 76,10 zzgl. MWSt.

**Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:**

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

**Sammelabo ab 10 Zeitungen:**

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

**Kündigung:**

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

**Verlags- und Geschäftsleitung:**

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

**Anschrift und Sitz des Verlags**

**und aller verantwortlichen Personen:**

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

**eMail:** info@gemeindezeitung.de

**Internet:** www.gemeindezeitung.de

**Bankverbindungen:**

**Kreis- und Stadtparkasse Dillingen**

IBAN: DE38 7225 1520 0010 0215 66

BIC: BYLADEM1DLG

**VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG**

IBAN: DE96 7346 0046 0000 1443 20

BIC: GENODEF1KFB

**Inhaber- und**

**Beteiligungsverhältnisse:**

100 % Verlag Bayer, Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

**Druck und Auslieferung:**

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

**Markt Stadtlauringen:**

## Offen für Neues

**Potenziale erkennen und das Bestmögliche daraus machen: Der unterfränkische Markt Stadtlauringen hat innerhalb weniger Jahre aus einer strukturschwachen Region einen Landstrich mit Zukunft gestaltet. Bürgerengagement, die erfolgreiche Belebung der Ortskerne und ein groß angelegtes, touristisches Projekt am Ellertshäuser See sind der Motor dieser positiven Entwicklung. Mittlerweile konnte der Bevölkerungsrückgang in der Gemeinde Stadtlauringen gestoppt werden. Nun hat der Markt nicht nur den europäischen Dorferneuerungspreis erhalten, sondern die Gemeinde ist auch als vorbildliches Gemeindeentwicklungsprojekt auf www.sdl-info.de eingestellt.**

Die rund 4.000 Einwohner zählende Gemeinde im nördlichen Landkreis Schweinfurt kämpfte um die Jahrtausendwende mit den Folgen des demografischen und wirtschaftlichen Wandels. Aufgrund der Abwanderung kam es zu Leerständen und Verfall von Gebäuden, die Infrastruktur litt, Ortskerne verödeten, Vereine klagten über schwindende Mitgliederzahlen, Schulen und Kindergärten waren nicht ausgelastet.

**Nachhaltige Erneuerung der Region**

Mit einem ersten Strategieseminar 2003 an der Schule der Dorf- und Flurentwicklung in Klosterlangheim wollten Gemeinderäte und engagierte Bürger diesem negativen Trend entgegenwirken. Der Markt Stadtlauringen erstellte mit professioneller Unterstützung des Amtes für Ländliche Entwicklung Unterfranken ein Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept (ILEK).

Dieses Entwicklungskonzept setzte klar auf interkommunale Zusammenarbeit, die in der Folge in der Allianz Schweinfurter Oberland gebündelt wurde. Der Markt Stadtlauringen nahm dar-

über hinaus zahlreiche Projekte in Angriff, die die Ortskerne deutlich aufwerteten und wieder belebten. Dazu gehörten u.a. die Dorferneuerung in einigen Ortsteilen, die Neugestaltung des Marktplatzes in Stadtlauringen sowie die Neuordnung der Verkehrsführung und die Renovierung des Rathauses. Mittlerweile zeigen diese Maßnahmen zur Innenentwicklung die gewünschte Wirkung: Heute investieren verstärkt junge Familien im Ortskern von Stadtlauringen.

**Tourismus stärkt regionale Wertschöpfung**

Ein weiterer Schwerpunkt des Entwicklungskonzeptes war die Erschließung neuer wirtschaftlicher Potenziale. Dafür bot die Lage des Ellertshäuser Sees ideale Voraussetzungen. Nach und nach wurde das Gebiet rund um den größten See Unterfrankens zu einem Naherholungsgebiet ausgebaut. Das Nordufer wurde mit Liegewiesen, Badesteg, Beachvolleyballfeld, Kiosk und einem Naturerlebnisweg neu gestaltet. Diese Infrastruktur lockt im Sommer ebenso Gäste an, wie der neue Kletterwald oder ganzjährig begehbare Nordic-Walking-Routen.

Außerdem wurde das Rad- und Wanderwegenetz erweitert, eine neue Gaststätte errichtet und Parkplätze ausgewiesen. Weitere Attraktionen wie der „Eller-Cup“ oder ein Themenweg runden das Angebot ab.

Die wirtschaftliche Situation von Stadtlauringen verbesserte sich auch durch den Verkauf eines Geländes an eine Werbemittel-Firma, die dort ihren Firmensitz etablierte und 40 neue Arbeitsplätze schuf. Gleichzeitig erschloss die Gemeinde damit eine neue Einnahmequelle für Gewerbesteuern. Vor allem aber verbesserte die Ansiedlung der Firma sowie die neue touristische Infrastruktur die Einkommenssituation der Bevölkerung.

**Energiekonzept für die Zukunft**

Darüber hinaus nahm der Markt Stadtlauringen mit der Erstellung eines Konzeptes zur Förderung regenerativer Energie auch dieses Zukunftsthema in Angriff. Eine Heizanlage für kirchliche und öffentliche Gebäude, die Hackschnitzel aus regionaler Produktion verwendet, ist nur ein Beispiel dafür, wie Stadtlauringen die Energiewende auf lokaler Ebene unterstützt. Bereits heute bezieht die Gemeinde ihren Wärmebedarf zu 30 Prozent aus erneuerbaren Energien. Ein weiteres Zeichen setzt die Gemeinde mit ihrer Integrationspolitik, die eine „bunte Gesellschaft“ stärkt, damit das Miteinander aller Generationen, Nationalitäten und Minderheiten in Stadtlauringen gelingt. □

Landkreis Haßberge:

## Neue Anlaufstelle für Langzeitarbeitslose

Haßbergkreis. Das unter Trägerschaft der VHS Landkreis Haßberge stehende „Projekt Zak“ beschäftigt sich seit fast 20 Jahren mit Menschen, die langzeitarbeitslos sind. „Zak“ steht für „Zukunft mit Arbeit im Kreis Haßberge“. Ziel ist, Menschen, die als „Langzeitarbeitslose“ eingestuft sind, wieder an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen. Seit der Gründung im Jahr 1997 ist das „Zak-Projekt“ eine feste Größe im Landkreis. Ursprünglich als „Beschäftigungsprojekt für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger“ gegründet, befasst sich „Zak“ seitdem mit der Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. Seit Beginn der Hartz IV Reform im Jahr 2005 ist das „Zak-Projekt“ Partner des Jobcenters Haßberge.

Jüngst haben die „Zak“-Mitarbeiter ihre ehemaligen Arbeitsräume in unmittelbarer Nachbarschaft zu Arbeitsagentur und Jobcenter verlassen und neue an einem zentralen Punkt der Kreisstadt Haßfurt bezogen. Holger Baunacher, Vorsitzender der Vhs Haßberge, begründete den Umzug mit Eigenbedarf des Jobcenters wegen „zu erwartendem erhöhten Betreuungs- und Verwaltungsaufwand im Kontext des Flüchtlingszuzugs“.

### Großer Erfahrungsschatz

Landrat Wilhelm Schneider besuchte das „Zak“-Team in den neuen Arbeitsräumen und eröffnete den Standort offiziell. Dabei würdigte er die erfolgreiche Tätigkeit und sagte: „Im Laufe von knapp 20 Jahren wurden von Ihnen in unterschiedlichen Maßnahmen Erfahrungen im Umgang mit und in der Vermittlung von Menschen dieser nicht ganz einfachen Zielgruppe gesammelt.“ Als wesentliche Maßnahmen nannte er die früheren „ABM“, die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, sowie das kannte Projekt „Bürgerarbeit“, das zum Ende des Jahres 2014 „leider ausgelaufen ist“, wie er betonte. Aktuell beschäftige man sich mit den Arbeitsmöglichkeiten „AGH“.

Am Eröffnungstag war das neue Büro ungewöhnlich voll, denn der Einladung durch Vhs-Geschäftsführer Holger Weininger waren fast alle Bürgermeister des Kreises gefolgt. Landrat Schneider begrüßte sie erfreut ob ihrer hohen Teilnehmerzahl. Der Termin sei günstig gewählt worden, da zuvor eine Zusammenkunft in der Kreisstadt stattfand und die „Zak-Veranstaltung“ so-

zusagen auf dem Weg lag. Der Landrat begrüßte auch Wilfried Reus, Leiter des Jobcenters, dessen Mitarbeiter sowie Vertreter der Arbeitsagentur, Mitarbeiter des Landratsamtes und Vertreter sozialer Einrichtungen als die „Geschäfts- und Kooperationspartner des „Zak-Projekts“. Er ging auf die Tätigkeit von „Zak“ ein und würdigte diese „wichtige und engagierte Arbeit“. In Spitzenzeiten seien bis zu 300 Personen betreut worden. Für einige Menschen stelle die Teilnahme an einer Maßnahme und die Betreuung durch das „Zak“-Team das Sprungbrett in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis dar. Landkreisweite Vernetzung mit allen Kooperationspartnern sei dabei der Schlüssel, um den Betroffenen „Teilhabe an der Gemeinschaft und Sinnhaftigkeit im eigenen Leben durch regelmäßige Beschäftigung“ zu ermöglichen.

Vhs-Vorsitzender Baunacher beleuchtete die Bedeutung des „Zak“ stellvertretend für die Kommunen im Landkreis. Als Bürgermeister

der Gemeinde Wonfurt habe er selbst regelmäßig mit den Dienstleitungen des „Zak“ zu tun, die im Rahmen von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Arbeitskräfte an die Kommunen vermitteln. Sie kommen dort in den Bauhöfen oder in sozialen Einrichtungen zum Einsatz. Darüberhinaus werden die Arbeitskräfte beispielsweise in den Bereichen Natur- und Umweltschutz, Landschaftspflege, aber auch in der Altenpflege, der Kinderbetreuung und in weiteren sozialen Diensten tätig.

### Vertrauliche Gespräche

Mit der Arbeitsaufnahme nach dem Umzug lädt „Zak“ die betreffenden Personen wie zuvor zu Einzelterminen, geht es doch um vertrauliche und oft sehr persönliche Gespräche. Das Team, bestehend aus den Mitarbeiterinnen Michaela Niedermeier, Sandra Langguth und Projektleiter Uwe Bloss, hilft Menschen, die lange Zeit keinen festen Arbeitsplatz hatten sowie denen, die trotz Arbeit ein Einkommen haben, das unterhalb der Grundsicherung liegt. Ein weiterer Mitarbeiter widmet sich zeitweilig dem speziellen Aufgabengebiet „Datenbanken“.

Meistens ist vor der Beratung ein klärendes Gespräch nötig, wobei eine angenehme Atmosphäre hilfreich sein kann, um über Schwieriges zu sprechen. Diese Atmosphäre wurde mit dem Umzug geschaffen. □



Zur Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen sind VHS-Geschäftsführer Holger Weininger, Haßfurts Bürgermeister Günther Werner und Projektleiter Uwe Bloss (v. l.) ständig im Gespräch. Text und Bild: Sabine Meißner

## Prof-Treff über den Dächern Münchens

Mehr als 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Münchner Universitäten, Institute und Forschungseinrichtungen sind der Einladung des Referats für Arbeit und Wirtschaft, München Tourismus, und der Munich Congress Alliance MCA zum Prof-Treff im MÜNCHEN HOCHS gefolgt.

Sie waren die ersten Gäste in der neuen Event Location im WERK3 über den Dächern der Stadt. Im WERK3, dem zentralen Gebäude des Werksviertels, werden zukünftig die Kreativen der Stadt tätig sein.

### Stadt der Kreativen

Der für den Tourismus zuständige Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft, Bürgermeister Josef Schmid betonte: „München ist eine Stadt der Kreativen. Kreativität ist einer der Motoren bei der Entwicklung und bei der Umsetzung von Visionen für den Kongress-Standort München. Stadt, Wirtschaft und Wissenschaft wirken zusammen, um den Standort voran zu bringen. Beim Prof-Treff bringen wir die wichtigen Akteure zusammen.“

### Kommunikationsplattform

Der Prof-Treff wurde 1989 ins Leben gerufen, um Kongresswirt-



V. l.: Bürgermeister Josef Schmid, Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft, Landeshauptstadt München, Andrea Bisping, Vorsitzende der Munich Congress Alliance und Leiterin des ICM Internationales Congress Center München, Geraldine Knudson, Leiterin München Tourismus, Prof. Dr. Wolfgang M. Heckl, Generaldirektor des Deutschen Museums München. Bild: Landeshauptstadt München, München Tourismus

aktuelle Informationen über München als Kongress-Standort und viel Gelegenheit zum Gespräch. Als Botschafter werben die Professorinnen und Professoren in ihren internationalen Verbänden und Gremien für München als Kongress-Standort. Gemeinsames Ziel aller Beteiligten ist es, Kongresse und Tagungen für München zu gewinnen. □

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Ich lasse mir meinen „way of life“ doch nicht von ein paar durchgeknallten Fanatikern diktieren. Ich fahre in Urlaub und zwar genau dahin, wo ich es mir einbilde.“ Mein Chef, der Bürgermeister, reagierte trotz und entschieden auf die Reporterfrage im Sommerinterview des Regionalblatts, ob er denn auch – wie angeblich so viele Deutsche – plane, heuer wegen der Terror- und Sicherheitslage auf einen Auslandsurlaub zu verzichten.

Es ist schon wahr. Wir leben derzeit in einer verrückten Welt. Schauernd denke ich an die Horrorwoche, die noch gar nicht so lange her ist, als man buchstäblich jeden Tag von einer neuen und anderen Perversion des menschlichen Handelns lesen musste – Xantgriff in einem Regionalzug, Messerattacke an einer Bushaltestelle, Bombenanschlag auf ein Musikfest

## Allgemeine Verunsicherung

und als trauriger Höhepunkt ein sinnloser Amoklauf lauteten allein die Schlagzeilen aus unserer nächsten Umgebung. Dazu das Lastwagenmassaker von Nizza, ein Geiselmord in einer französischen Kirche, eine Schießerei in einer amerikanischen Gaststätte, ein Blutbad in einem japanischen Behindertenheim und immer wieder grauenvolle Anschläge im Nahen und Mittleren Osten, in Afghanistan, Irak, Syrien und Saudi-Arabien, teilweise mit einem für uns trotz der schlimmen Terrorerfahrungen der letzten Jahre unvorstellbaren Blutgeld. Gott allein weiß, was noch alles passiert zwischen der Manus-kriptabgabe dieser Kolumne und dem Erscheinungstag der Gemeindezeitung.

Alle diese Ereignisse stehen zwar eigentlich für sich. Einige haben gar nichts miteinander zu tun, wie etwa der Amoklauf mit den Terroranschlägen. Aber insgesamt und in der Summe tragen sie alle zu einem Gefühl der Verunsicherung, ja der Angst bei. Ich ertappe mich selbst dabei, dass ich nicht mehr rational die Ereignisse in saubere Kategorien teile, sondern bei jeder Meldung wieder denke: Aha, es geht weiter.

Der Bürgermeister kann sich noch gut an eine

Zeit erinnern, da der Terror die Welt scheinbar schon mal in den Griff hatte. Palästinensische Fatah-Kämpfer kaperten Flugzeuge, in Deutschland und Japan mordete jeweils eine Rote Armee Fraktion, in Italien die Roten Brigaden. In Amerika verbreitete die Manson Family Schrecken und in Nordirland tobte ein Bürgerkrieg. Damals lebten die Menschen auch in einer angespannten Situation, wie im schon legendären „Deutschen Herbst“, als in unserem Land gefühl der Ausnahmezustand herrschte.

Klar, nichts lässt sich miteinander vergleichen. Und angesichts der vielen unschuldigen Opfer damals wie heute verbietet sich auch ein „schlimmer“ oder „nicht so schlimm“ als vergleichende Wertung der Situationen. Aber einen Unterschied gibt es doch: die Umlaufgeschwindigkeit der Nachrichten. Und die Bereitschaft zu Reaktionen ohne vollständige Sachverhaltsaufklärung. Wenn vor ein paar Tagen der amerikanische Präsident zum Amoklauf in München ein Statement abgibt, während das deutsche Fernsehen noch Sondersendungen vom OZE ausstrahlt, ist dies zwar einerseits ein großartiges Zeichen der Solidarität. Andererseits hat es in der konkreten Situation die Terrorangst geschürt. Deshalb ist es ein guter und wichtiger Schritt, dass jetzt in aller Welt die Medien über selbstverpflichtende Standards in der Berichterstattung nach Gewalttaten nachdenken, die Verunsicherung bekämpfen und eine Heroisierung der Täter vermeiden sollen.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist fest entschlossen, weder persönlich noch in unserer Stadt Verunsicherung und Angst aufkommen zu lassen. Ihm gefällt das Motto der Briten während der Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg „Keep calm and carry on“ – ruhig bleiben und weitermachen, um dem Feind eine entscheidende Niederlage beizubringen: Dass es ihm nicht gelingt, die Öffentlichkeit zu verunsichern und das Leben zu lähmen. In diesem Sinne poste ich auch ein Zitat von Martin Luther King: „Wir müssen Deiche des Mutes bauen gegen die Flut der Furcht.“

the Sabriul

## Die Stimmzettel kommen per Post

Stadt Pfaffenhofen beschließt als erste bayerische Kommune die automatische Versendung von Abstimmungsunterlagen

Wenn es im Herbst zwei Bürgerentscheide in Pfaffenhofen gibt, können die Bürgerinnen und Bürger getrost daheim bleiben: Ihre Kreuzchen können sie ganz bequem schon vorher machen und per Post ins Rathaus schicken.

Die Stadt Pfaffenhofen a. d. Ilm ist die erste bayerische Kommune, die die automatische Versendung von Abstimmungsunterlagen bei Bürgerentscheiden beschließt. Die neue Möglichkeit wurde schnell umgesetzt.

### Selbstverwaltungsrecht

Bisher konnten Briefwahlunterlagen nur auf Antrag zugeschickt bzw. ausgehändigt werden. Erst vor wenigen Wochen teilte der Bayerische Städtetag den Kommunen eine Information des Innenministeriums mit, dass sie künftig im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts in einer Ortssitzung vorsehen können, dass die Unterlagen an alle Abstimmungsberechtigten generell zusammen mit der Abstimmungsbenachrichtigung versandt werden können.

### Satzungsänderung

Prompt stellte die „Bunte Koalition“ im Pfaffenhofener Stadtrat aus SPD, Grünen, FW und ödp am 1. Juli einen Antrag auf Erleichterungen bei Bürgerentscheiden in Pfaffenhofen, inklusive der automatischen Zusendung der Wahlunterlagen. Die Stadtverwaltung hat mittlerweile die bestehende Satzung zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheid (BBS), die noch vom Dezember 2000 stammt, entsprechend überarbeitet. Die neue Satzung wurde

nun im Stadtrat beschlossen. Die Stadt Pfaffenhofen ist nun die erste Kommune in Bayern, die eine entsprechende Satzung erlässt.

### Deutlich höhere Wahlbeteiligung

Durch die automatische Zusendung der Abstimmungsunterlagen kann man eine deutlich höhere Wahlbeteiligung erwarten, da die Bürger sich am Stichtag gar nicht mehr auf den Weg ins Wahllokal machen müssen. Damit würde auch das Ziel der Stadt Pfaffenhofen, eine maximale Bürgerbeteiligung zu bieten, erreicht. Und die höheren Kosten, die durch die kostenfreie Rücksendung der Unterlagen entstehen, können durch Einsparungen am Tag des Bürgerentscheids ausgeglichen werden: Da die allermeisten Bürger ihre Stimme per Briefwahl abgeben werden, wird es wohl nur ein einziges Wahllokal im Rathaus geben, in dem man den Urnengang noch persönlich erledigen kann.

### Bürgerwindpark und Hallenbad

Bei den im Oktober anstehenden Bürgerentscheiden stehen zwei hochaktuelle Themen im Fokus, die in Pfaffenhofen derzeit heiß diskutiert werden. Zum einen wird über den „Bürgerwindpark Pfaffenhofen“, ein Projekt der Bürgerenergiegenossenschaft

zur Errichtung von maximal drei Windrädern im Fömbacher Forst, abgestimmt. Die zweite Frage betrifft den Bau des seit langem gewünschten neuen Hallenbades im Schulzentrum. Hier geht es allerdings nicht um das Ob, sondern das Wie: Dass ein Hallenbad gebaut wird, ist längst beschlossene Sache. Ob es aber wieder ein einfaches Schulbad werden soll oder ob die Stadt sich ein kleines Familienbad leisten will, das steht zur Debatte – mitsamt den finanziellen Folgen für die einmalige Investition und den dauerhaften Unterhalt.

### Abstimmungsalter weiter bei 18 Jahren

Neben der automatischen Versendung der Abstimmungsunterlagen hatte der Antrag der Bunten Koalition übrigens noch einen Punkt enthalten: Die Verwaltung war mit der Prüfung beauftragt, ob das aktive Abstimmungsalter in der Pfaffenhofener Bürgerentscheidungs-Satzung auf 16 Jahre gesenkt werden kann. Dies ist aber nicht mit der geltenden bayerischen Rechtslage vereinbar, die das maßgebliche Wahlalter auf 18 Jahre festlegt. Insofern wäre dafür zunächst eine Gesetzesänderung auf Landesebene nötig, wie sie seit 1996 immerhin bereits acht Bundesländer vorgenommen haben. Daher hat die Verwaltung den Pfaffenhofener Vorschlag zur Absenkung des Wahlalters für Bürgerentscheide im Rahmen der an die Regierung und das Innenministerium gerichteten Anfragen thematisiert. □

## Bilanz Messe München 2015:

## Weiter auf Erfolgskurs

„Die Messe München hat mit ihrem Umzug auf das neue Messegelände im Jahr 1998 eine Entwicklung genommen, auf die wir alle stolz sein können“, konstatierte der Vorsitzende der Geschäftsführung, Klaus Dittrich, bei der Bilanzpressekonferenz der Messe München. Unmittelbar danach habe der Aufbruch in das weltweite Auslandsgeschäft begonnen. „Durch dieses Zusammenspiel konnte die Messe ihren internationalen Spitzenplatz erreichen. Und beides zusammen sichert die Existenz ihrer weltweit führenden Veranstaltungen in München.“

Die Messe München habe auch im Jahr 2015 wieder gezeigt, dass sie zu den tragenden Säulen für die Münchner und die bayerische Wirtschaft gehört. Nicht nur für die großen Global Player, sondern besonders für den Mittelstand biete sie mit ihren Messen im In- und Ausland unverzichtbare Vertriebs- und Marketingplattformen und sei ein verlässlicher Begleiter in neue Märkte. Die Messe München stelle für die Landeshauptstadt und die ganze Region einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar.

Dieser Erfolg drückt sich laut Dittrich auch in Zahlen aus, die in der Messelandschaft nicht selbstverständlich sind: Zum sechsten Mal in Folge hat die Messe München im Jahr 2015 trotz eines nach wie vor hohen

Kapitaldienstes für den Neubau des Geländes schwarze Zahlen geschrieben.

## Über 1,9 Mio. Besucher

Damit schließt die Messe München an das erfolgreiche Jahr 2015 an, in dem sie erneut stärker gewachsen ist als der Durchschnitt der Messestandorte in Deutschland. Mehr als 1,9 Millionen Besucher (plus 2,5 Prozent) und rund 34.000 Aussteller (plus 2,3 Prozent) nahmen an den Veranstaltungen teil. Insgesamt wurden 206 Gastveranstaltungen durchgeführt. Die Messe München hat an ihrem Heimatstandort 13 eigene Messen und 17 im Ausland durchgeführt. Der krönende Abschluss des Jahres 2015 war der Kauf der Baumaschi-

nenmesse CTT in Moskau. Es ist die größte Messe Russlands und die größte Akquisition in der Unternehmensgeschichte.

Die erste Eigenveranstaltung des Jahres, die BAU, erzielte mit über 254.000 Fachbesuchern (+ 9 %) einen neuen Rekord. Dabei stieg die Zahl der ausländischen Besucher gegenüber der Vorveranstaltung im Jahr 2013 überproportional um 25 % auf über 75.000. Die Weltleitmesse für Architektur, Materialien und Systeme belegte wieder alle 16 Hallen des Messegeländes. Knapp 121.700 qm Standfläche (+ 1 %) waren an 1.988 Aussteller (- 2 %) aus 42 Ländern vermietet.

## Internationale Leitmesse

Auch die ISPO MUNICH belegte wie bereits in den Vorjahren die gesamte Hallenfläche des Messegeländes. Über 83.000 Fachbesucher (+ 3 %) aus 131 Ländern bestätigten erneut ihre Bedeutung als internationale Leitmesse der Sportbranche. 86 % der 2.529 Aussteller (- 1 %) kamen aus dem Ausland.

Die Reise- und Freizeitmessen erzielte mit 1.194 Ausstellern (+ 7 %) aus 60 Ländern und mit über 118.000 Besuchern (+ 8 %) ein deutliches Plus gegenüber dem Vorjahr.

Zu den Gastveranstaltungen auf dem Gelände der Messe München, darunter neue Veranstaltungen wie die AIRTEC – International Aerospace Supply

Fair und die InPrint – Die Fachmesse für Industrielle Drucktechnologie, konnten nach Angaben der Veranstalter insgesamt rund 217.000 Besucher begrüßt werden.

## GHM-Veranstaltungen

Auch die Veranstaltungen, die die Gesellschaft für Handwerksmessen auf dem Münchner Messegelände durchführt, können auf ein erfolgreiches Jahr 2015 zurückblicken. Auf der opti, internationale Fachmesse für Augenoptik, wurden rund 25.700 Fachbesucher aus 86 Ländern von über 500 Ausstellern willkommen geheißen. Die Internationale Handwerksmesse und ihre über 1.000 Aussteller aus 36 Ländern zogen mit rund 131.000 Besuchern 2 % mehr an als bei der Vorjahresveranstaltung. Auch die Heim+Handwerk (inkl. FOOD & LIFE) konnte mit über 135.000 Besuchern und über 1.100 Ausstellern ihr Vorjahresergebnis verbessern.

Der Konzernumsatz betrug 277,4 Millionen Euro, der Gewinn vor Steuern, Zinsen und Abgaben (EBITDA) 83,6 Millionen Euro. „Damit können wir zum sechsten Mal in Folge die Geschäftsergebnisse für den Neubau des Messegeländes verzinsen“, hob der stellvertretende Vorsitzende der Geschäftsführung, Dr. Reinhard Pfeiffer, hervor.

Jenseits des Tagesgeschäfts nahmen die Messe München 2015 noch drei weitere Themen intensiv in Anspruch: Im September wurden kurzfristig rund 17.000 Flüchtlinge aufgenommen. Mittlerweile ist die Messe München Gründungsmitglied des

bundesweiten Netzwerks „Unternehmen integrieren Flüchtlinge“ geworden.

Ein zweites Thema ist die Verkehrsinfrastruktur zum Messegelände, die verbessert werden muss. Deshalb wurde mit Umlandgemeinden, den Landkreisen und den beiden Kammern das S-Bahn-Bündnis Ost initiiert. Ziel ist der vierspurige Ausbau der S-Bahnlinie 2-Ost und eine eigene S-Bahnstation am Messegelände. Außerdem wurde unter dem Motto „Frauen verbinden“ ein starkes Netzwerk von Unternehmerinnen und Frauen in Spitzenpositionen gegründet. Diesem haben sich mittlerweile mehr als 300 Frauen angeschlossen.

## Strategisches Ziel für 2016

Mit einer Kraftanstrengung des gesamten Konzerns konnte laut Dittrich die Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass 2016 das strategische Ziel, „nämlich von Zuschüssen unserer beiden Hauptgesellschafter Freistaat Bayern und Landeshauptstadt München unabhängig zu werden“, erreicht wird. „Trotz eines nach wie vor hohen Kapitaldienstes für den Neubau des Messegeländes werden wir 2016 zum siebten Mal in Folge schwarze Zahlen schreiben.“

## Starkes Messejahr 2016

Das Messejahr 2016 verläuft bisher sehr erfolgreich, konstatierte der Messechef. Es sei ein besonders starkes Messejahr, weil drei der größten Veranstaltungen stattfinden: ISPO MUNICH, bauma und die Umwelttechnologiemesse IFAT. Die IS-

PO MUNICH erreichte mit 2.645 Ausstellern eine neue Bestmarke, die bauma erreichte mit 585.000 Besuchern auch einen neuen Rekord. Die IFAT setzte in 50 Jahren ihres Bestehens ebenfalls neue Maßstäbe. Auch die Auslandsmessen entwickelten sich sehr positiv. Ihr Umsatzanteil konnte in den vergangenen fünf Jahren um 50 Prozent gesteigert werden. Insgesamt wird 2016 mit einem Rekordumsatz von über 400 Millionen Euro gerechnet.

Mit dem Bau der beiden neuen Hallen C5 und C6 sowie einem weiteren Konferenzzentrum kommt die Messe München der stetig steigenden Nachfrage von Ausstellern und Gastveranstaltern nach. Die Kosten werden auf 105,8 Millionen Euro geplant und von der Messe München eigenständig finanziert.

## Neues Messegelände

Damit wird das neue Messegelände vollendet: 1998 wurde die Neue Messe in Riem mit zwölf Hallen und dem ICM – Internationales Congress Center München eröffnet. In zwei weiteren Bauabschnitten wurde das Gelände um vier Hallen erweitert. Jetzt wird das Gelände mit dem Bau der letzten zwei Hallen entsprechend der ursprünglichen Planung vollendet. Nach der Fertigstellung im Jahr 2018 verfügt die Messe München über 18 Hallen mit 200.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche und rund 400.000 Quadratmetern Freigelände. Die Kosten für alle Bauphasen betragen insgesamt rund 1,58 Milliarden Euro. **DK**

## Vorschau auf GZ 17

In unserer Ausgabe Nr. 17, die am 15. September 2016 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzien
- Umwelt- und Abfalltechnik
- Kommunalfahrzeuge GaLaBau
- Dienstfahrzeuge
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV

## LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

## Absperreffosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

## Abzeichen

**FAHNEN KOCH COBURG**  **Fahnen Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Postfach 1654  
96406 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-5527-23  
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

## Ankauf / Briefmarken

**Briefmarken-Ankauf**  
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten  
Briefmarkenauktionshaus Schulz  
Frauentorgraben 73 - 90443 Nürnberg  
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

**Inserieren bringt Erfolg!**  
www.gemeindezeitung.de

## Brandschutz

**HEKATRON**  
**HEKATRON Remote – das Original**  
Fernzugriff auf höchstem Niveau mit der Integral IP Zentrale

## Bau

**ERLUS AG**  
Hauptstraße 106  
D-84088 Neufahrn/NB  
T 08773 18-0  
F 08773 18-113  
www.erlus.com

**ERLUS**   
Qualität aus Deutschland

## Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:  
www.twitter.com/gz\_aktuell  
www.facebook.com/GZaktuell

## Fahnenmaste + Fahnen

**FAHNEN KÖSSINGER**   
• Fahnen  
• Maste  
• Roll-Ups  
• Bekleidung  
• und vieles mehr

www.fahnen-koessinger.de  
Telefon: 09451 / 9313-0

## Fahnenmaste + Fahnen

**HELA-MAST**   
Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten, Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsammler  
HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal  
Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10  
E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

## Fahnen/Fahnenmasten

**FAHNEN KOCH COBURG**  **Fahnen Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Postfach 1654  
96406 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-5527-23  
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

## Gewerbepbau

**Laumer Bautechnik GmbH**  
Bahnhofstr. 8  
84323 Masing  
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume  
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

## Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**CONSTANZE VON HASSEL**  
Telefon 081 71.9307-13  
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

## Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**THERESA VON HASSEL**  
Telefon 08171.9307-10  
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

## Komfortlüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung

**LTM**  **LTM GmbH**  
Eberhardtstr. 60 | 89073 Ulm  
Tel. 0731 - 40 98 67 - 0  
info@ltm-ulm.de  
www.ltm-ulm.de

## Kommunalfahrzeuge

**Henne Nutzfahrzeuge GmbH**  
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

**Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG**  
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

**Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge**  
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

**Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG**  
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

**Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG**  
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

**KLMV GmbH**  
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

## Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

**Henne Nutzfahrzeuge GmbH**  
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

**Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG**  
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

**Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge**  
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

**Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG**  
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

**Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG**  
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

**KLMV GmbH**  
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

## Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

## Ihr ABO der BAYERISCHE Gemeindezeitung

- im Einzelabo für 81,43 € und
  - ab 10 Zeitungen im Sammelabo für
  - 28,89 € (Lieferung an eine Adresse) oder
  - 40,93 € (Lieferung mit Einzelversand)
- Auf Wunsch jeweils als Kombination print/ePaper

## Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern Einsteighilfen, Fallschutzeinrichtungen Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme** 

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218  
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

## Sitzmöbelhersteller

**Das Krenzer-Modularsystem KRENZER ... clevere Raumkonzepte**

Fordern Sie unsere neuen Verkaufsunterlagen an!

Walter Krenzer GmbH & Co KG · Industriestraße 26 · 35684 Dillenburg (Frohnhäusen)  
Tel.: 02771/3208-0 · E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de · www.krenzer-sitzmoebel.de

## Wartehallen/Außenmöblierungen

**LANGER**   
38685 Langelsheim | www.langer-georg.de  
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

## Weihnachtsbeleuchtung

**weihnachtsbeleuchtung**  
beratung · planung · vertrieb  
grünware · lichtschlauch · led

**deko-jochum** 

bahnhofstraße 8  
91233 neunkirchen a. sand  
telefon: 09123/99 812 99  
telefax: 09123/99 812 98  
deko-jochum@t-online.de  
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für **Platte Star**

**Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!**